

Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 44 – 6. November 2010
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Diese Woche

Aktuell

Einigkeit im Stiftungsrat
»Eckpunkte« für das Vertriebenenzentrum überzeugen – Interview mit Stephan Grigat 2

Preußen / Berlin

Kirchenstürmer bleiben stur
Magdeburg will St. Ulrichskirche wieder aufbauen 3

Hintergrund

Markt mit eigenen Regeln
Der Immobilienmarkt folgt langen Zyklen – Es könnte weiter aufwärts gehen 4

Deutschland

Nach dem Geschmack der Grünen
Linke Geschichtspolitik: Die neue Studie über das AA 5

Ausland

Es rumpelt in der EU
Ungleichgewichte in Europa als Problem für harten Euro 6

Kultur

Dynamik der Selbstfindung
Die Kunst der Renaissance und ihre nationalen Eigenarten 9

Geschichte

Das zweite Türkenreich
Zentrum in Fernost – Das Zweite Göktürkische Reich 10



Lächelnd in Lauerstellung: Sollte die Kanzlerin vorzeitig scheitern, würden wahrscheinlich diese drei Politiker die Nachfolge unter sich ausmachen: Norbert Röttgen, Karl-Theodor zu Guttenberg und Ursula von der Leyen. Doch trotz schlechter Umfragen ist Merkels Position vorerst noch nicht gefährdet.

Foto: pa

Neue Machtbalance

Die Union nach dem CSU-Parteitag und dem Mitgliederentscheid in NRW

Der Verlauf des CSU-Parteitags und der knappe Sieg Norbert Röttgens im Kampf um die Führung der nordrhein-westfälischen CDU haben die Gewichte in der Union subtil verschoben. Die langfristigen Folgen sind größer als die kurzfristigen.

Viel war die Rede davon, dass Horst Seehofer als Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender auf dem Parteitag der CSU in München irgendwie „glimpflich“ davongekommen sei. „Seehofer rettet sich in die nächste Runde“, schrieb etwa die „Bild“-Zeitung. Tatsächlich ist die von vielen Medien erwartete oder gar erhoffte Kraftprobe mit Karl-Theodor zu Guttenberg ausgeblieben. Seehofer hat bei den Themen Parteireform, Integration, Frauenquote und Steuern seine Positionen durchbekommen.

Eine Machtprobe zwischen dem 61-jährigen Seehofer – immer noch eines der großen Schwergewichte der deutschen Politik – und zu Guttenberg war allerdings trotz allem Medienrummel keineswegs zu erwarten. Zu Guttenberg hätte verrückt sein müssen, zum jetzigen Zeitpunkt nach Spitzenämtern in Bayern zu greifen, egal ob CSU-Vorsitz oder Ministerpräsidentenamt. Beides wäre eine Verschlechterung gegenüber seiner jetzigen Position. In Berlin arbeitet die Zeit für ihn, während er in Bayern auf (noch) schwierigere Aufgaben als seine jetzigen stoßen würde. Alle Beteiligten wussten das, und insofern waren die Personalspekulationen wirklich so „deppert“ wie zu Guttenberg sie nannte.

> Röttgens Risiko: Er muss wohl zurück auf die Landesebene

Umso spannender ist, wie sich der Erfolg Norbert Röttgens in der Kampfkandidatur um den Vorsitz der NRW-CDU auswirken wird. Zweifellos gehört er nun zu den Schwergewichten in der CDU und zu den potenziellen Nachfolgern der Kanzlerin (siehe Leitartikel). Doch im Unterschied zum Strahlemann aus Oberfranken wird Röttgen in den nächsten zehn Tagen gleich zweimal wieder auf die Probe gestellt: Mit welchem Ergebnis wird ihn der Landesparteitag in Bonn morgen wählen? (Anders gesagt: Wie viele Gräben hat die Mitgliederbefragung aufgerissen?) Und mit welchem Ergebnis wird der CDU-Bundesparteitag ihn dann Mitte November zum Parteivize küren? Selbst gute Ergebnisse bei beiden Wahlen sind keine Garantie für den weiteren Aufstieg. Der Bundesumweltminister mit den grünen Anwandlungen hat bei Weitem nicht die Beliebtheit zu Guttenbergs. Und er muss wohl wieder zurück auf die Landesebene. Ein CDU-Chef an Rhein und Ruhr ist quasi „unvermeidlich“ Spitzenkandidat bei der dortigen Landtagswahl. Die ist zwar regulär erst 2015, aber angesichts einer schwachen Minderheitsregierung könnte es auch schneller gehen, und die CDU steht nur bei knapp über 30 Prozent. Strebt Röttgen mittelfristig vom Bund über das Land zurück ins Kanzleramt? Zu Guttenberg hätte es da einfacher: Er ist in Berlin und will dort wohl auch bleiben. Eines Tages könnte ihn die Unionsfraktion auch ohne den CSU-Vorsitz zu ihrem Kanzlerkandidaten machen.

Konrad Badenheuer

Wilhelm v. Gottberg:

Der Sieger

Die CDU in NRW hat einen neuen Landesvorsitzenden auf den Schild gehoben. Norbert Röttgen, der Bundesumweltminister, hat sich in einer Mitgliederbefragung gegen seinen Mitbewerber, den früheren NRW-Integrationsminister Armin Laschet, klar durchgesetzt. An diesem Wochenende wird er auf dem Landesparteitag in Bonn zum Nachfolger des zurückgetretenen früheren Vorsitzenden Rüttgers gewählt. Damit ist der Bundesumweltminister über Nacht zu einem politischen Schwergewicht der CDU auf Bundesebene geworden.

Dies wird sich schon auf dem kommenden CDU-Bundesparteitag zeigen. NRW stellt rund ein Drittel aller Parteitagsdelegierten. Röttgen kann zu einem Hoffnungsträger der CDU werden. Der 45-jährige promovierte Jurist ist ehrgeizig, rhetorisch gewandt und besitzt als Umweltminister bereits Kabinettserfahrung. Er kann sich zu einem Rivalen für die Kanzlerin entwickeln. Der CDU-Parteiapparat in NRW hatte sich im Vorfeld der Mitgliederbefragung für Laschet entschieden. Ein Beispiel für das Vorhandensein von Seilschaften in der Partei und für mangelnde Bodenhaftung der Parteifunktionäre. CDU-Fraktionsführer Laumann und Landesgeneralsekretär Krautscheid haben nun ein Problem.

Der unterlegene Kandidat Laschet war Europaabgeordneter, ehe ihn Rüttgers 2005 zum Integrationsminister berief. Laschet ist ein Protagonist für Multikulti; er konnte in seiner fünfjährigen Amtszeit als Minister keine wesentlichen Akzente setzen. Er trägt Mitverantwortung für das desaströse Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl im Mai. Die Mitglieder der CDU in NRW haben darauf reagiert.

Ankara zeigt sein Gesicht

Israel wird Feind und Europas Fundamente türkisch verändert – Sarrazin über Wulff

Die türkische Führung ist offenbar dabei, die strategische Ausrichtung des Landes nachdrücklich zu verschieben. Wie israelische Medien berichten, entschied der nationale Sicherheitsrat in Ankara, Israel künftig als „Gefahr“ für die Türkei einzustufen. Demgegenüber würden laut dem Rat Iran, Syrien und Armenien nicht mehr als gefährlich angesehen. Erstmals wird islamischer Fundamentalismus nicht mehr als Bedrohung der nationalen Sicherheit gedeutet. Dem Gremium sitzt der türkische Präsident Abdullah Gül vor.

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu, der seit Jahren als Hauptstratege von Ankaras Außenpolitik gilt, gab zudem Erhellendes über die Europa-Politik der Türkei preis. In der englischsprachigen türkischen Zeitung „Turkish Review“ sagte er grundlegende Umwälzungen für den Fall eines türkischen EU-Beitritts voraus.

> »Harmonie-Kitsch-Soße« unangebracht

Dieser Beitritt würde die „zivilisatorischen Fundamente“ Europas verändern, weg von der „streng westlichen Identität“ hin zu mehr Religion und „Monotheismus“. Europa müsse dann seine eigenen Grundlagen infrage stellen, damit würde auch das europäische Christentum „islamischer“. Hintergrund: Strenge Muslime lehnen die christliche Dreifaltigkeit als „Vielgötterei“ ab und fordern ihre Abschaffung.

Unterdessen äußerte Ex-Bundesbanker Thilo Sarrazin scharfe Kritik an der Türkei-Reise von Christian Wulff. In der Türkei werde das Christentum bestenfalls geduldet, sagte er der „Bild am Sonntag“. Der Anteil der Christen an der türkischen Gesamtbevölkerung sei seit 1914 von 25 Prozent auf 0,2 Prozent gefallen, diese Zahlen sprächen für sich. An der deutschen Schule in Istanbul sei Deutschunterricht in den unteren Klassen seit einigen Jahren verboten. Der Bundespräsident habe über diese wenig erfreulichen Zustände eine „Harmonie-Kitsch-Soße“ gegossen.

Die Äußerung Wulffs, der Islam gehöre zu Deutschland, wies Sarrazin zurück. Die deutsche Kultur sei weitgehend ohne Bezug auf den Islam entstanden. Daran änderten auch die Muslime in Deutschland nichts mehr. Amüsiert zeigte sich Sarrazin über die „Gleichheit der Reaktionen in Union und SPD“ auf sein Buch. Er sei gespannt, ob den jüngsten forschen Äußerungen von Politikern über Integrationsunwillige Taten folgten oder ob es sich nur um opportunistische Anpassung an die Volksmeinung gehandelt habe.

Hans Heckel

Teurer Boom

»Erneuerbare« verteuern den Strom weiter

Schon jetzt hat Deutschland mit die höchsten Strompreise in Europa, doch weitere Erhöhungen sind absehbar. Obwohl die Preise in der Stromerzeugung stabil sind, ist durchgesickert, dass die Stromversorger im kommenden Jahr mit Zuschlägen um bis zu zehn Prozent kalkulieren. Das entspricht einem Preisanstieg um etwa zwei Cent je Kilowattstunde. Ein durchschnittlicher Zwei-Personen-Haushalt müsste dann jährlich etwa 70 Euro mehr für Strom aufwenden.

> Auch die EU dreht an der Preisschraube

Die Entscheidung über das genaue Ausmaß des Anstiegs dürfte Mitte November fallen. Praktisch einziger Grund ist der ungebrochene Anstieg der Förderung für die Erneuerbaren Energien. Die Kürzung der Solarförderung in diesem Jahr hat zu einem Solarboom geführt, der nun das Fördervolumen aufbläht, das die Stromverbraucher bezahlen müssen. Insgesamt wird im Jahr 2011 mit einer Förderung der „Erneuerbaren“ im Umfang von 13 Milliarden Euro gerechnet. Auch die EU dreht an der Strompreis-Schraube. Sie will den Ausbau der Ökostrom-Netze – finanziert durch den Verbraucher über höhere Strompreise.

PAZ

MELDUNGEN

Kinder ohne Deutschkenntnis

Berlin – Die Bundesregierung will für 2011 bis 2014 400 Millionen Euro für die frühkindliche Sprachförderung bereitstellen. Kindertageseinrichtungen können bis zum 15. Dezember pro Jahr 25 000 Euro für die Einstellung einer Halbtagskraft für die Sprachförderung beantragen. Die Bundesregierung gibt anlässlich des Projektes „Offensive Frühe Chancen“ an, dass der Anteil der Kinder mit festgestelltem Förderbedarf je nach Bundesland von knapp 13 bis hin zu 56 Prozent beträgt. Es sei jedoch derzeit vom Wohnort des Kindes abhängig, wie intensiv die Sprachförderung bereits erfolgt. Der Umfang liegt zwischen 35 und 270 Stunden pro Kind. Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer begrüßte die Initiative als „wunderbares und wichtiges Signal. Wenn Bundes- und Landespolitik, Eltern und Kitas frühzeitig an einem Strang ziehen, können wir das Ziel, allen Kindern eine faire Chance zu garantieren, erreichen!“ *Bel*

Eskalation mit Zeitzünder

London/Frankfurt – Der EU-Gipfel war schon längst vorbei, als an den europäischen Anleihemärkten Unruhe ausbrach. Zwar beschlossen die Regierungschefs wenig Konkretes, doch die feste Haltung von Bundeskanzlerin Merkel, im Falle neuer Staatspleiten dürften nicht mehr allein die Steuerzahler bluten, sondern auch die Banken und die Inhaber der Anleihen müssten einen Teil der Ausfälle schultern, hat mit etwas Verzögerung offenbar doch noch Eindruck hinterlassen. Die Kurse griechischer, aber auch irischer und portugisischer Staatspapiere fielen, im Gegenzug stiegen die Renditen fast bis auf die Rekordwerte der Krise im Mai. *K.B.*

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt vom Personalshop bei

Die Schulden-Uhr:
Tempo sinkt

Der Bund der Steuerzahler hat das Tempo der Schuldenuhr von 3527 Euro auf 2589 Euro pro Sekunde gedrosselt. Hintergrund ist das hohe Wirtschaftswachstum. Das höchste Wachstum seit 1991 führt in diesem Jahr zu erheblichen Steuermehreinnahmen und geringeren Ausgaben für Arbeitslose. Die Lage ist jedoch nicht einheitlich. Auf Länderebene benötigt Berlin in diesem Jahr 153 Millionen Euro weniger neue Kredite als veranschlagt. Bremen hingegen braucht sogar 146 Millionen Euro mehr. Ziemlich unverantwortlich handelt die neue rot-grüne Minderheitsregierung von Nordrhein-Westfalen. Sie hat einen Nachtragshaushalt 2010 vorgelegt, der trotz des Steuersegens eine Steigerung der Neuverschuldung um 2,3 auf fast neun Milliarden Euro vorsieht.

1.701.826.899.728 €

Vorwoche: 1.724.438.655.775 €
Verschuldung pro Kopf: 20 817 €
Vorwoche: 21 094 €

(Dienstag, 2. November 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Einigkeit im Stiftungsrat

Die »Eckpunkte« für das Vertriebenenzentrum haben überzeugt – Interview mit Stephan Grigat

Der Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin hat über die „Eckpunkte“ für die Arbeit der Stiftung und insbesondere für die geplante Dauerausstellung beraten. Die *Preußische Allgemeine* sprach darüber mit Stephan Grigat, der in diesem Gremium die Landsmannschaft Ostpreußen vertritt.

PAZ: *Um die personelle Besetzung des Stiftungsrates hat es ein langes und erbittertes politisches Tauziehen gegeben. Waren die von Stiftungsdirektor Manfred Kittel vorgestellten inhaltlichen Eckpunkte genauso umstritten?*

Stephan Grigat: Die Inhalte des geplanten Zentrums sind in der interessierten Öffentlichkeit in der Tat umstritten. Erkennbar ist das schon daran, dass noch bevor Professor Kittel die Eckpunkte für die Arbeit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und die geplante Dauerausstellung auch nur dem Stiftungsrat präsentieren konnte, von politisch interessierter Seite ein als Gegenkonzept aufzufassendes „Alternativkonzept“ vorgelegt wurde.

Manfred Kittel ist es aber mit großer Sachkenntnis gelungen, ein Konzept vorzulegen, das von allen Mitgliedern des Stiftungsrates trotz abweichender Ausgangs- und Standpunkte als brauchbare Arbeitsgrundlage angesehen worden ist.

PAZ: *Das aber noch nicht beschlossen wurde?*

Grigat: Der Stiftungsrat hat sich bei seiner Sitzung am 25. Oktober zunächst einmal erst in seiner neuen Zusammensetzung konstituiert. Der Stiftungsrat – genauer: dessen 19 anwesende Mitglieder – hat diese Konzeption dann eben einmütig als gute Beratungsgrundlage begrüßt.

PAZ: *Wie geht es jetzt weiter?*

Grigat: Die Eckpunkte wurden zunächst veröffentlicht, denn der Stiftungsrat ist der Auffassung, dass die Diskussion über die endgültige Fassung der Eckpunkte – auch – öffentlich geführt werden soll. Jeder gutwillige Interessierte ist aufgefordert, seine Meinung einzubringen. Im Übrigen soll sich vor der weiteren Beratung und Beschlussfassung im Stiftungsrat der Wissenschaftliche Beraterkreis der Stiftung mit dem Papier beschäftigen.

PAZ: *Der Beraterkreis selbst ist momentan nicht komplett.*

Grigat: Über die Besetzung dieses Gremiums muss der Stiftungsrat noch entscheiden. Es wird noch über Vorschläge zu beraten sein, weil das Gremium durch das Gesetz vom 14. Juni von neun auf 15 Mitglieder erweitert wurde.

PAZ: *Zu den Inhalten: Was sind aus Ihrer Sicht die kritischen Punkte in der Konzeption?*

Grigat: Fangen wir mal mit den positiven Punkten an: Alle Stiftungsratsmitglieder wollen eine Dauerausstellung, die die Vertreibung der Deutschen als Kernanliegen der Stiftung in den Mittelpunkt rückt. Hierüber herrscht große Einmütigkeit.

Vielfach ist außerhalb der Gremien versucht worden, den Fokus der Dauerausstellung auf die NS-Verbrechen als Ursache der Vertreibung zu verengen. Wichtig ist mir aber vor allem, den Blick auf das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu richten. Natürlich müssen auch Anlass und Ursachen der Vertreibungsverbrechen beleuchtet werden. Kernanliegen sollten aber Weg und Schicksal der Vertriebenen sein und bleiben. An deren Schicksal soll die Ausstellung vor allem dauerhaft erinnern. Ohne ihr furchtbares Schicksal hätte es die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nicht gegeben, die ja Ausformung des vielzitierten „sichtbaren Zeichens“ sein soll. Wir müssen bedenken: Es gibt Denkmale und Gedenkstätten für fast alle Opfergruppen, außer eben für die deutschen Heimatvertriebenen. Diese Lücke soll die Stiftung schließen.

Der BdV und seine Unterstützer haben immer Wert auf einen Beginn der Darstellung spätestens ab dem Ersten Weltkrieg gelegt, weil bereits damals – insbesondere durch die Pariser Vorortverträge – manche Ursache für die spätere Eskalation von Gewalt und Gegengewalt gelegt wurde und weil es eben schon im und nach dem Ersten Weltkrieg Vertreibungen gegeben hat ...

PAZ: *Etwa die der Armenier 1915 und die Verdrängung sehr vieler Deutscher aus Polen zwischen 1919 und 1924 ...*

Bernd Neumann will zügige Verwirklichung

Grigat: ... genau, wobei in der momentanen Konzeption von diesen beiden Vorgängen bisher leider nur die Verschleppung der Armenier enthalten ist, aber auch beispielsweise der sogenannte griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch von 1922. Tatsache ist: Wenn man eine europäische Sichtweise auf die Vertreibungen im 20. Jahrhundert will, dann muss man eigentlich mit dem Ersten Weltkrieg beginnen und das ist nun auch vorgesehen.

PAZ: *Aber die NS-Zeit bleibt wohl ein starker Schwerpunkt?*

Grigat: Es steht ja bereits im Gesetz über die Stiftung, dass die Darstellung der Vertreibung „im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik“ geschehen soll.

Klar ist, dass jede Schilderung eines historischen Zusammenhangs lückenhaft bis zur Verfälschung ist, wenn sie aus dem Zusammenhang gerissen wird. Deswegen ist die Darstellung des Kontextes nicht nur richtig, sondern auch wichtig. Allerdings muss ebenso klar sein, dass die Vorgeschichte die Vertreibung weder rechtfertigt noch entschuldigt! Mord, Vergewaltigung und Raub sind für sich immer ein Verbrechen, natürlich auch dann, wenn solche Taten an den Angehörigen eines Verbrechers, umso mehr, wenn sie unterschiedslos an der Gesamtbevölkerung eines ganzen Landstrichs begangen werden.

PAZ: *Zu den stärksten Kritikern des Zentrums hat sich in der letzten Zeit der Zentralrat der Juden in Deutschland entwickelt. Wie wurde die Abwesenheit der beiden Vertreter des Zentralrats bei der Sitzung aufgenommen?*

Grigat: Ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, der Zentralrat sei ein Hauptkritiker der Stiftung. Bislang habe ich nur Kritik an Frau Steinbach und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Stiftungsrats vernommen. Eine Stellungnahme des Zentralrates zu den Eckpunkten oder anderen konzeptionellen Grundlagen der Stiftung selbst habe ich bislang noch nicht gehört. Den Rückzug des Zentralrats der Juden aus dem Gremium bedauere ich. Es ist schade, dass offenbar die Hürden für eine Rückkehr immer höher gehängt werden. Zuletzt ist von Herrn Korn schon öffentlich überlegt worden, den Rücktritt von Erika Steinbach als BdV-Präsidentin zur Vorbedingung zur Rückkehr des Zentralrates der Juden in den Stiftungsrat zu machen. Ich finde einerseits, dass man nicht derartige Vorbedingungen stellen kann, so etwas wird auch niemandem sonst zugemutet, andererseits wäre es sicher besser, die gewählten Stiftungsratsmitglieder würden ihre Kritik im Gremium und nicht über Interviews äußern.



Vielseitig: Der Rechtsanwalt Stephan Grigat ist Mitglied im Bundesvorstand der LO und Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Goldap.

PAZ: *Sie sind mit Mitte 40 einer der jüngeren unter den Spitzenvertretern der deutschen Vertriebenen. Wie wurden Sie im Stiftungsrat aufgenommen?*

Grigat: (lacht) ... es gibt noch deutlich jüngere. Das Lebensalter spielt wohl keine so große Rolle. Die Atmosphäre im Stiftungsrat ist freundlich, kollegial und professionell. Die „alten“ Mitglieder, also diejenigen, die bereits vor der Gesetzesänderung Mitglied des Stiftungsrates waren, legten Wert auf die Feststellung, dass bislang alle Entscheidungen einstimmig gefallen sind.

PAZ: *Letzte Frage. Wenn das Zentrum endlich kommt, werden sich die Vertriebenen darin wiederfinden?*

Grigat: Staatsminister Bernd Neumann und Stiftungsdirektor Manfred Kittel wollen wie die übrigen Stiftungsratsmitglieder ein gutes Zentrum und sie wollen keine Verzögerungen. Damit sind zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt, dass wir ein Zentrum bekommen, in dem dieses schwierige und komplexe Thema angemessen behandelt wird und in dem sich auch und gerade die Opfer der Vertreibung, wie Sie sagen, wiederfinden.

Heißes Eisen für zu Guttenberg

Die Empfehlungen der »Weise-Kommission« haben drastische Folgen für die Mitarbeiter der Bundeswehr

In ihrer 114 Seiten umfassenden Studie „Vom Einsatz her denken“ deckt die „Weise-Kommission“ gravierende Mängel in der Führungsstruktur der Bundeswehr auf und bietet zahllose Empfehlungen an, wie diese Mängel in den nächsten sechs bis acht Jahren weitestgehend abzustellen sind.

Das größte öffentliche Echo erzielt die Empfehlung, das Ministerium zu halbieren und möglichst schnell in Berlin zusammenzuführen mit der Erkenntnis: „Das Ministerium ist von Grund auf neu zu konzipieren.“ Der Vorschlag „halbieren“ alarmierte die „Rheinschiene“. Klarer wäre der Begriff „ausgliedern“ gewesen. Denn darum geht es.

Von den derzeit rund 3000 Dienstposten im Ministerium – 1200 militärische und 1800 zivile – sollen rund die Hälfte mit „ministeriellen“ Aufgaben möglichst bald nach Berlin verlegt werden. (Davon müssen vermutlich aber noch die Dienstposten abgezogen werden, die bereits in Berlin sind.) Mit dieser Umgliederung ist eine weitere Stärkung des Generalinspekteurs verbunden. Er wird „Oberkommandierender der Streitkräfte“ (Chief of Defence).

Die Inspekteure werden aus dem Ministerium ausgegliedert und zu Befehlshabern ihrer Teilstreitkräfte ernannt. Die Angehörigen dieser Stäbe können in Bonn verbleiben. Die Lobby der „Rheinschiene“ kann aufatmen.

Diese Umgliederung und der kostenträchtige Umzug nach Berlin haben mehr Vor- als Nachteile. Es hat auch Sinn, alle mit dem Einsatz verbundenen Aufgaben in dem Einsatzführungskommando in Potsdam zu bündeln. Die Verantwortungsbereiche und Zuständigkeiten werden transparenter.

Vorerst ist keinerlei Spareffekt sichtbar

Eine weitere Empfehlung ist die Bestätigung des Aussetzens – de facto des Abschaffens – der Wehrpflicht. Diese Entscheidung bezeichnet der Verteidigungsminister mittlerweile als „patriotische Verantwortung“. Die Ausführungen der Kommission zu dieser Empfehlung machen deutlich, dass man bei der Nachwuchsgewinnung Probleme erwartet. Die Bundeswehr gerät wegen der demographischen Entwicklung in einen immer härteren Kampf um qualifizierten Nachwuchs. Die Überlegung, den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr auch für Staatsbürger von EU- und Nato-Staaten zu öffnen, macht die Sorgen deutlich.

Die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses wird die entscheidende Frage der nächsten Jahre sein, zumal der Finanzminister eine Reduzierung von um je 20 000 Berufs- und Zeitsoldaten verlangt. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass die Kommission eine Truppenstärke von 180 000 Soldatinnen und Soldaten vorschlägt – zirka 20 000 über dem vom Minister favorisierten Modell 4. Diese höhere Truppenstärke würde die Durchhaltefähigkeit der deutschen Streitkräfte erhöhen.

Dennoch – die Reduzierung von 70 000 Soldaten der Bundeswehr bedeutet die Streichung von etwa 70 Standorten, wenn man bei den bisherigen Regeln bleibt, dass ein Standort aus wirtschaftlichen Überlegungen 1000 Soldatinnen und Soldaten haben sollte. Hier wird die Politik aktiv, wenn es zu diesen Fragen der Streichung von Standorten kommt.

Ein heißes Eisen bleibt die Reduzierung des Zivilpersonals der Bundeswehr. Die Kommission empfiehlt eine Reduzierung von etwa 75 000 auf rund 50 000 Dienstposten. Die Rechte und Ansprüche der Beamten und Angestellten machen die Realisierung dieser Empfehlung zu einer schwierigen Aufgabe.

Bei der Präsentation der Studie machte der Vorsitzende der Kommission, Frank-Jürgen Weise, deutlich, dass die Umsetzung der Empfehlungen die

Vielen Kasernen droht die Schließung

Bundeswehr effizienter machen, aber in den nächsten Jahren keine finanziellen Einsparungen bringen würde.

Das steht allerdings im Widerspruch zu den Vorgaben des Finanzministers. Nach seinen Vorstellungen soll die Bundeswehr die Kosten um 8,3 Milliarden reduzieren und es ist davon auszugehen, dass der Finanzminister – und die Kanzlerin? – auf diesen Einsparungen auch bestehen wird.

Im Verteidigungsministerium soll – unter Berücksichtigung aller Vorgaben – bis Ende Januar 2011 das Konzept für die zukünftige Bundeswehr entwickelt werden. Eine Umsetzung der „Weise-Empfehlung“ im Verhältnis 1:1 wird es nicht geben können. Erst auf der Grundlage dieses Konzeptes kann die Feinausplanung erfolgen, die im Sommer 2011 abgeschlossen werden soll. Erst dann kann beurteilt werden, ob die Bundeswehr und die deutschen Streitkräfte schlanker und effizienter sein werden.

Bei allen Entscheidungen muss berücksichtigt werden, dass „Vom Einsatz her denken“ bedeutet, dass die rechtlichen, versorgungsrechtlichen, medizinischen und materiellen Bedingungen für unsere Soldatinnen und Soldaten verbessert werden müssen. Sie riskieren Gesundheit und Leben für ihr Vaterland. Die Bundeswehr ist kein Betrieb wie jeder andere.

Dieter Farwick

Der Autor kam 1961 als Wehrpflichtiger zur Bundeswehr. Er ist Brigadegeneral a.D. und Chefredakteur von www.worldsecuritynetwork.com. Er war Direktor des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr und ist Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London.

Ein Chinese im Babylon

Von Vera Lengsfeld

Der Mann auf der Bühne des Filmtheaters „Babylon“ entlockt seiner Langflöte Töne, wie sie in diesem Raum noch nicht gehört wurden. Man vernimmt das Rauschen des gelben Flusses, die Stürme in den Bergen von Chinas Norden und das Klagen der geschundenen Kreatur. Es wird im bis auf dem letzten Platz besetzten Saal totenstill. Selbst die notorischen Dauerhuster halten den Atem an. Für fast alle ist die chinesische Musik so fremd wie die Sprache im Reich der Mitte. Aber alle verstehen sie.

Liao Yiwu hatte nichts zu lachen, als er mitten in der von Mao inszenierten Hungerkatastrophe Ende der 50er Jahre auf die Welt kam. Deshalb wurde er Humorist. Seine Satiren in Wort und Ton machten ihn zu einen der populärsten und meistgedruckten Autoren der 80er Jahre.

Bis ihm angesichts der Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 das Lachen endgültig verging. Sein Langgedicht „Das Massaker“ brachte ihm vier Jahre Gefängnis ein. Dort schrieb er seine Gedichte in winzigen Zeichen zwischen die Zeilen des einzigen Buches, das er dort hatte. Von einem alten Mönch, von dem niemand mehr sagen konnte, wie lange er schon einsaß, lernte er Langflöte spielen.

Seit seiner Entlassung verdient er seinen Lebensunterhalt als Straßenmusiker in einer Kleinstadt an der Grenze zu Tibet und veröffentlicht Interviews mit Menschen aus Chinas Gesellschaft von unten. Bis zu seiner Reise nach Deutschland hatte er China noch nie verlassen. Es ist sein letzter Abend. Am nächsten Morgen wird er nach Peking fliegen und dann in seine Provinzstadt zurückkehren.

Wer Liao Yiwu erlebt hat, weiß in dieser kurzen Zeit mehr über China, als die Touristen, die seit einiger Zeit das Land bereisen und vom Aufschwung mit Recht fasziniert sind, je erfahren werden.

Neben dem Glanz und Glitzer der kommunistischen Marktwirtschaft gibt es nach wie vor die finsteren Seiten der totalitären Diktatur. Die Standbilder der Kommunisten sind aus der Öffentlichkeit verschwunden. Maos Bildnis ist nur noch über dem Eingang der Verbotenen Stadt zu sehen. Aber sein Geist hat das Land nach wie vor im tödlichen Griff.

Im Westen wird das gern vergessen. China ist ein wichtiger Handelspartner und ein begehrter Markt für zukünftige Geschäfte. Da neigt man dazu, die täglichen Menschrechtsverletzungen zu ignorieren.

Liao Yiwu gibt denen, die im Dunklen übersehen werden, eine eindrückliche Stimme. „Unter der Erde ist der Mensch nicht einen Dreck wert“, singt er und mahnt, sich für das Leben hier und heute starkzumachen. Im Kino „Babylon“ ist seine Botschaft angekommen.

Kirchenstürmer bleiben stur

Magdeburg will St. Ulrichskirche wieder aufbauen – Linke startet Volksbegehren dagegen



Seit 1998 heißt die leere Fläche, auf der die Ulrichskirche wiedererstehen soll, „Ulrichsplatz“: Nachkriegsbauten im sowjetischen Zuckerbäckerstil säumen die geplante Baustelle

Bild: pa

Den Bombenterror hatte die Magdeburger St. Ulrichskirche einigermaßen intakt überstanden. Doch in ihrer kirchenfeindlichen Raserei ließen die Sozialisten sie 1956 sprengen. Nun stemmt sich die Linkspartei gegen einen Ratsbeschluss, das Gotteshaus bis 2017 wiederaufzubauen.

Nun sollen die Magdeburger per Volksabstimmung entscheiden, ob die am 5. April 1956 von den damaligen SED-Machthabern gesprengte St. Ulrichskirche im Zentrum der Landeshauptstadt wiederaufgebaut wird. Das Gotteshaus hatte die Luftangriffe gegen die Wohnquartiere der Stadt relativ unbeschadet überstanden – das Dach war zerstört, der Innenraum schwer beschädigt; sie waren im März 1945 ein Raub der Flammen geworden. Doch das Gemäuer hielt der Verwüstung stand. Sieben weitere Kirchen ließen die kommunistischen Aktivisten des Kirchenkampfes aus dem Stadtbild tilgen. St. Ulrich war nach Meinung vieler Einwohner aber die bedeutendste, sie war immerhin rund 1000 Jahre alt.

Am 31. Oktober 2007 gründete eine Gruppe engagierter Magdeburger das Kuratorium zum Wiederaufbau der Kirche. Seitdem sammelt das Kuratorium Spenden. Das Gotteshaus soll zum 31. Oktober 2017, dem 500. Jahrestag von Luthers Thesenanschlag, als „Dokumentationszentrum des Protestantismus“ wiedereröffnen. Am 23. Oktober kamen 25 Mitglieder des Kuratoriums zusammen, um Gehwegplatten entlang des Grundrisses der Ulrichskirche auf dem Ulrichsplatz (er wurde 1998 so benannt) zu verlegen.

Die vom Stadtgartenbetrieb genehmigte Aktion lockte zahlreiche neugierige Passanten an, von denen viel Zuspruch für den Wiederaufbau kam. So wurden immerhin schon die Umrisse sichtbar. Die Platten werden bis zum Frühjahr 2011 liegen bleiben, so dass sich die Magdeburger schon mal ein realistisches Bild davon machen können, wo die Kirche einst stand. Zudem ist ein Modell des Gotteshauses in Bahnhofnähe zwischen den trostlosen Wohnbauten aus den frühen Tagen der SED-Herrschaft zu sehen.

Aggressive Methoden der Aufbaugegner

Die Mehrheit des Stadtrates, getragen von CDU, FDP, SPD, Grüne, begrüßte des Unterfangen und reservierte das Grundstück für die kommenden zehn Jahre für den Wiederaufbau. Das war im Juni 2010. Seither formierte sich – initiiert von der Linkspartei – Widerstand. Eine undurchsichtige Rolle spielte dabei der von der SPD gestellte Oberbürgermeister Lutz Trümper. Die Aktivisten der Linkspartei und andere Gegner des Kirchenwiederaufbaus sammelten Unterschriften unter dem Motto „Demokratie wagen – Bürger fragen!“ 16 000 Unterschriften – bei zirka 230 000 Einwohnern – kamen zusammen und erzwangen damit die Abhaltung einer Volksbefragung. „Es gibt bereits viele Kirchen in Magdeburg, die für Konzerte oder sogar als Gaststätte genutzt werden“, sagt Bettina Faßl, eine Sprecherin der Initiative. Die örtliche Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Rosemarie Hein, befand, die Initiative gegen die Kirche sei ein „Gewinn für die direkte Demokratie“, was eine empörte Kritikerin zu dem sarkastischen Kommentar veranlasste, die Täter von damals versuchten ihr damaliges Tun heute demokratisch verbrämt zu rechtfertigen.

Auch die aggressive Art der roten Unterschriftensammlung fand mitunter offene Ablehnung. Auf einer Internetplattform beschwerte sich Björn Bonath: „Die Methoden zur Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren werden immer radikaler! Kurze Story dazu: Letzte Woche hatte ich eine Unterschriftenliste gegen die UK [Ulrichskirche, d. Red.] in meinem Briefkasten (obwohl ein ‚Keine Werbung‘ Aufkleber daran klebt), mit dem kurzen Hinweis ‚kopieren und überall unterschreiben lassen!‘ Dasselbe bei meinen Nachbarn und einigen Freunden von mir, denen das Projekt Rekonstruktion UK größtenteils egal ist. Alle waren über die Methoden sehr erschrocken! Sie meinten zu mir, dass sie im Falle einer Abstimmung jetzt auf jeden Fall hingehen und für die Rekonstruktion stimmen werden!“

Anstatt nun aber unverzüglich die geforderte Abstimmung abhalten zu lassen, will Oberbürgermeister Trümper das Bürgervotum nun zusammen mit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 durchführen lassen. Kritiker des Stadtoberhauptes behaupten, dass Trümper als heimlicher Gegner des Wiederaufbaus den Termin bewusst gewählt habe: Die dann zu erwartende höhere Wahlbeteiligung geht ihrer Meinung nach eher zu Lasten der Kirche. *Hans Lody*

Geheimvertrag durchgesickert

Großer Reibach nach Privatisierung der Berliner Wassernetze

Berlin hat von den größten Städten Deutschlands die höchsten Tarife für Wasser und Abwasser. Die Schuld dafür geben Kritiker der Teilprivatisierung der Wasserwerke, deren Gesamtumstände vom Senat bislang geheim gehalten wurden. Privatinvestoren und das Land Berlin verdienen gleichermaßen am Geschäft mit dem Versorger. Nach der Teilprivatisierung vor einem Jahrzehnt stieg der Trinkwasserpreis von 1,76 Euro auf 2,17 Euro je Kubikmeter und der Schmutzwassertarif von 1,97 Euro auf 2,46 Euro.

Was Privatisierungskritiker seit Jahren auf dem Rechtsweg zu erreichen versuchen, ist jetzt teilweise per Indiskretion gelungen: Die Offenlegung der geheimen Berliner Wasserverträge. Der „taz“ wurde der Vertrag zugespielt. Die Zeitung stellte das 200 Seiten dicke Werk ins Internet.

Kritiker werfen dem Senat vor allem vor, den Investoren 1999 Gewinngarantien gegeben zu haben, die nun die Berliner Privathaushalte einzulösen hätten. Seit 1999 nahmen die Miteigentümer RWE und Veolia im Berlingeschäft Schätzungen zufolge eine Milliarde Euro ein. Die öffentliche Hand partizipierte mit 780 Millionen Euro. Die Konzerne hatten zuvor nur 1,7 Milliarden für ihre Anteile bezahlt.

Gewinngarantien für Konzerne erregen Protest

Das „Bündnis Wassertisch“ will mit einem jetzt erzwungenen Volksentscheid auch die offizielle Offenlegung aller „Beschlüsse, Verträge und Nebenabreden“ erreichen, denn nur dann wären sie auch juristisch anfechtbar. Statt der erforderlichen 172 000 Unterschriften wurden 280 000 gesammelt.

Die Angelegenheit ist wegen der politischen Interessenlage kompliziert, weil die Teilprivatisierung von der damaligen Koalition aus CDU und SPD eingeleitet wurde. Heute regiert Rot-Rot. So kann sich die Linkspartei kaum an die Spitze der Initiative stellen, ohne ihren Partner zu treffen. Die oppositionelle CDU wiederum müsste ihre eigene Politik aufs Korn nehmen.

Grüne und FDP hingegen schießen aus allen Rohren: „Die Details der Teilprivatisierung offenbaren den wirtschaftspolitischen Dilettantismus der Berliner CDU“, so FDP-Fraktionschef Christoph Meyer. Heidi Kosche von den Grünen: „Ziel unserer Fraktion ist es, Verträge, die mit der öffentlichen Hand geschlossen werden und alle der Verwaltung vorliegenden Informationen, die nicht dem Datenschutz oder überwiegenden Sicherheitsbedenken unterliegen, zu veröffentlichen.“ *Theo Maass*

Berlin holt mächtig auf

HWWI: Nur noch knapp hinter Konkurrent Hamburg

Berlin ist besser als sein Ruf: „Die Bevölkerung wächst, die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu und die Produktivität steigt“, so eine Studie, die Deutschlands 30 Großstädte vergleicht. Sie wurde vom renommierten Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) vorgelegt, einem der fünf führenden deutschen Einrichtungen zur Wirtschaftsforschung.

Die Berenberg-Bank war Auftraggeber der Untersuchung. Berlin ist demnach „Aufsteiger des Jahres“. Seit 2008 schaffte es die Hauptstadt von Rang 24 auf Rang acht. „Hervorzuheben sind zudem die Platzierungen von Berlin, Dresden und Leipzig unter den ersten elf Städten, die sich in der jüngeren Vergangenheit durch eine hohe Dynamik auszeichneten und günstige demografische Prognosen aufweisen“, lautet das Fazit des HWWI.

Viel hat sich in Berlin seit dem Jahr 2000 verbessert, das belegt die Studie, doch viel Spree-Dynamik ist weichen Kriterien wie der „Internationalität“ geschuldet. Bei Schulabgängern mit Hochschulreife – ein Kriterium – liegt Berlin gleich hinter Bonn, Hamburg, Dresden und Leipzig. Einen weiteren Pluspunkt stellt die Bevölkerungsentwicklung von 2003 bis 2009 dar, bei der Berlin mit fast zwei Prozent Zuwachs aber nicht Spitze ist. Mit 60 866 Zuwanderern belegt die Hauptstadt den zweiten Platz hinter München mit 76 018 und vor Hamburg mit 52 955 Zuwanderern.

Wirtschaftliche Dynamik hat sich deutlich erhöht

Auch bei der Gretchenfrage „Erwerbstätige“ lobt die Studie Berlins Fortschritte. Nach jahrelangem Rückgang nehme die Zahl der erwerbsmäßig arbeitenden Berliner seit jüngster Zeit schwunghaft zu. Die positive Entwicklung an sich sagt allerdings wenig über den Beitrag der Politik zu dem Aufschwung: Die „Dynamik der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen“ habe sich nämlich allgemein bei den Städten im Vergleich zur Vorgängerstudie „deutlich erhöht“.

An der Produktivität allein kann Berlins gutes Abschneiden übrigens nicht liegen. Hier liegt es mit rund sechs Prozent Zuwachs (2003 bis 2008) noch hinter Gelsenkirchen, das jüngst deutlich stärker zulegte. Städte mit ähnlich schlechter wirtschaftlicher Ausgangslage haben sich also besser entwickelt. Bei der Bevölkerungsprognose bis 2020 sieht das Papier Berlin anders als im allgemeinen Lob nur im Mittelfeld (ein Prozent Zuwachs), während Konkurrent Hamburg 3,3 zugebilligt werden – viel gefühlte Dynamik, also. *SV*

Zeitzeugen



Peter Ramsauer – Der CSU-Politiker wird in der Öffentlichkeit eher als Verkehrs- denn als als Bundesbauminister wahrgenommen. Doch in seiner Hand liegen wichtige Fördermittel. So revoltierten kürzlich die Länderminister, da die Städtebauförderung um die Hälfte gekürzt werden sollte. Schlagzeilen macht auch sein Eintreten gegen den energetischen „Sanierungszwang“.

Wesley R. Edens – Der US-Großanleger war 1998 Mitgründer der Private-Equity-Firma Fortress. Im September 2004 erwarb sie für 3,5 Milliarden Euro die bis dahin bundeseigene GAGFAH mit 81000 Wohnungen. Die Mieten stiegen daraufhin um bis zu 20 Prozent. Da Fortress nahe am tiefsten Punkt des deutschen Immobilienmarktes zugriff, dürfte sich der Kauf durch Wertzuwächse inzwischen gut rentiert haben.



Henry George – Immobilieneigentum kann zu anstrengungslosem Einkommen in Form von Miete und Pacht führen, was linke Gesellschaftskritiker als „Bodenrente“ seit langem verteufeln. Das Phänomen ist zwar um einiges komplizierter (und kleiner!) als von Marxisten meist gedacht, es war aber auch für konservative Denker immer wieder eine Herausforderung. Besonders intensiv hat darüber der US-Ökonom Henry George (1839–1897) nachgedacht. Mit einer Einheitssteuer auf Land wollte er die Bodenspekulation stoppen.

Paul Lücke – Der CDU-Politiker war von 1957 bis 1965 Minister für Wohnungsbau, anschließend Innenminister. Auf Lücke geht wesentlich die Schaffung des Wohnungseigentumsgesetzes zurück, mit dem der Bau von Eigentumswohnungen erleichtert wurde. Auch die Einführung der Wohnungsbauprämie im Bausparrecht ist von dem sechsfachen Vater Lücke initiiert worden.



Jürgen Schneider – Der 1934 geborene Baulöwe zog in den 80er Jahren eine gewagte Immobilienspekulation hoch. Anfang 1994 brach der Schuldenturm zusammen, Schneider wurde wegen Betrugs, Kreditbetrugs und Urkundenfälschung zu fast sieben Jahren Haft verurteilt. Auch die Deutsche Bank hatte in Geschäften mit Schneider mehrfach gegen das Gesetz verstoßen.

Markt mit eigenen Regeln

Der Immobilienmarkt folgt langen Zyklen – Die Preise könnten weiter steigen

Die Immobilienmärkte entwickeln sich von Land zu Land sehr unterschiedlich. Von der gigantischen Spekulationswelle bis 2008 in Großbritannien, Spanien, Irland und den USA war Deutschland nicht betroffen, im Gegenteil: Der Markt stagnierte. Nun haben sich die Vorzeichen umgekehrt.

Globalisierung heißt auch, dass es für Güter weltweit nur noch einen Preis gibt: Da Öl, Weizen und Orangensaft billig zu transportieren sind, kosten diese Waren in Neuseeland dasselbe wie am anderen Ende der Welt, in Mitteleuropa, denn Angebot und Nachfrage reagieren weltweit auf Preisunterschiede.

Für Immobilien gelten andere Regeln. Sie sind, wie der Name schon sagt, nicht transportabel. Das verbindet sie übrigens mit Dienstleistungen aller Art, die jeweils im Moment und am Ort ihrer Erbringung konsumiert werden – egal ob es sich um die Reparatur eines Autos, die Behandlung durch einen Arzt oder um einen Haarschnitt handelt.

Für Immobilien wie Dienstleistungen gibt es deswegen ausgeprägte lokale und regionale Preisunterschiede. In den letzten Jahren hieß das konkret: Während in Großbritannien und Spanien eine immer absurdere Spekulation die Immobilienpreise durch die Decke gehen ließ, dümpelte der deutsche Markt vor sich hin. Seit einem Höhepunkt in den frühen 90er Jahren hatten Besitzer von Häusern, Wohnungen und Grundstücken meist keine Freude mehr an der Wertentwicklung ihres Eigentums. Von lokalen Ausnahmen abgesehen gab es jahrelang – von etwa 1993 bis 2006 – keine nennenswerten Wertzuwächse. In den Jahren 1994 bis 1996 brachen die Preise in Deutschland sogar empfindlich ein. Zentrum des Rückschlags waren die neuen Länder, wo sich die Preise in diesen beiden Jahren im Durchschnitt halbierten.

Eigenheimzulage hat Preise künstlich hochgetrieben

Was war der Grund für eine derart lange Stagnation und den erwähnten Einbruch um 1995? Eine alte Anlegerweisheit besagt, dass Güter welcher Art auch immer nur dann lange im Wert stagnieren können, wenn sie zu Beginn dieser Periode überteuert waren. Dafür gibt es viele Beispiele. So stiegen etwa deutsche Aktien zwischen 1961 und 1982 kaum im Wert, weil sie eben Anfang der 60er Jahre maßlos überteuert waren. Dasselbe gilt für den Goldpreis zwischen 1980 und 2002: Das gelbe Metall war 1980 historisch teuer, gut 20 Jahre später hingegen historisch billig. Seitdem steigt es wieder rasant.

Ähnliches könnte nun für deutsche Immobilien gelten. Nach einem nur ein oder zwei Mal kurz unterbrochenen, „säkularen“ Anstieg der Preise seit der Währungsreform von 1948 bis eben kurz nach der Wiedervereinigung, folgte ab 1993 eine gründliche Korrektur: Die unterschätzte demographische Entwicklung – insbesondere im Osten – wurde nun „eingepreist“. Außerdem endete schrittweise die Eigenheimzulage: Sie wurde 1996 gründlich reformiert und 2004/06 abgeschafft. Auch diese Reform ließ einige Luft aus den durch künstlich angefachte Nachfrage überhöhten Preisen.

Doch inzwischen haben sich die Vorzeichen verändert: Sparverträge und Lebensversicherungen bringen kaum mehr einen Inflationsausgleich. Andererseits machen die für Sparer bitteren Minizinsen Baufinanzierungen billig. Auf dem gegenüber 1993 real immer noch deutlich ermäßigten Niveau erscheinen vielen Deutschen Immobilien attraktiv.

Und falls wirklich die Inflation anziehen sollte, ist eine teilweise kreditfinanzierte Immobilie optimal: Das „Betongeld“ steigt im Wert, gleichzeitig wird die Restschuld durch Inflation entwertet. So kam schon mancher Anleger wenn nicht zu Wohlstand, so jedenfalls zu einer guten Altersvorsorge. *Konrad Badenheuer*



Ein bisschen „Monopoly“ ist immer dabei: Immobilien sind Anlageobjekte par excellence, die vor Inflation schützen können. Seit die Menschheit in Städten lebt, wird mit Eigentum an Grundstücken und Gebäuden aber auch spekuliert. Bild: mauritius

Der US-Markt kommt nicht aus der Krise

In vielen Ländern verfolgen Politiker das Ziel, dass möglichst viele Menschen in den eigenen vier Wänden leben sollen. In Deutschland dienten dazu Instrumente wie die Eigenheimzulage und das Baukindergeld. In Großbritannien und den USA waren die Mittel andere, aber das Ziel dasselbe. Der früheren britischen Ministerpräsidentin Margaret Thatcher ging es dabei nicht nur um sozialen Ausgleich. Die „eiserne Lady“ kalkulierte, dass der normale Brite, sobald ihm eine Wohnung gehört, sich „auf der Seite der Vermögenden wähnen“ und nicht mehr Labour wählen würde – in vielen Fällen ging diese Rechnung auf.

In den USA betreibt der Staat traditionell wenig Sozialpolitik, dafür ist aber die Steuer- und

USA: Förderpolitik wurde nachlässig

Abgabenlast viel geringer. Doch auch hier wurde versucht, mehr Bürgern Wohneigentum zu verschaffen. Bewerkstelligt werden sollte das nicht zuletzt mit dem 1938 gegründeten, zunächst staatlichen Immobilienfinanzierer FNMA, der seit seiner Privatisierung 1968 „Fannie Mae“ heißt und seit der Finanzkrise 2008 wieder vom Staat kontrolliert wird. Zusammen mit der 1968 vom US-Kongress gegründeten Hypothekenbank Freddy Mac sollten die beiden Unternehmen US-Bürgern den Erwerb von Immobilien ermöglichen, die bei privaten Banken nicht zum Zuge gekommen wären.

Das hat lange funktioniert, doch dann wurden die Kriterien so aufgeweicht, dass Bürger ohne jedes Eigenkapital zu Hauskäufern wurden. Es war eine der Hauptursachen für die Weltfinanzkrise. Inzwischen haben Fannie Mae und Freddy Mac zusammen über 110 Milliarden Dollar Staatsmittel erhalten und sind immer noch marode, denn die Immobilienpreise in den USA sinken immer noch. *K.B.*

Steigende Preise

Wachsende Inflationsangst überschattet den Immobilienmarkt

Die Preise für Wohneigentum und die Mieten in deutschen Großstädten steigen schnell. Noch vor zwei Jahren galt Deutschland, so der Immobilienverband IVD, im europäischen Vergleich als günstig. Das Ende dieser Situation ist zumindest in den Ballungsgebieten absehbar. Zuletzt stiegen die Preise für gebrauchte Eigentumswohnungen um 5,3 Prozent im Jahr. Da in den Statistiken nur Durchschnittspreise genannt werden, liegen die tatsächlichen Steigerungen oft weit über diesen Werten. Tatsächlich machten in attraktiven Stadtteilen die Mieten bei Neuverträgen Sprünge um bis zu 25 Prozent.

Dass der Wohnraum in Großstädten immer knapper wird, merken besonders Wohnungssuchende. Für 50 Quadratmeter in mittlerer bis guter Lage wird in Hamburg oder München bis zu 1000 Euro Warmmiete fällig. Bei Neuvermietungen in Großstädten kommt es zu den erwähnten großen Sprüngen bei den Mieten. Galten noch vor einigen Jahren 35 Prozent des Nettoeinkommens als Grenze für eine Warmmiete, werden heute bereits über 40, in teuren Großstädten über 50 Prozent fällig. So bleibt immer weniger zum Leben übrig.

Daher versuchen derzeit viele Mieter eine Eigentumswohnung zu kaufen. Bei den historisch niedrigen Hypothekenzinsen verspricht der Eigentumserwerb eine günstigere Lösung, sofern man 20

Staat hat sich aus Wohnungsbauförderung zurückgezogen

bis 30 Prozent Eigenkapital mitbringt. Im Vergleich zu Nachbarländern hat Deutschland hier Nachholbedarf. da nur 43 Prozent der Bundesbürger Immobilieneigentum besitzen.

Doch so einfach ist der Erwerb nicht. Die an der Spitze der Preisskala liegenden Städte München, Stuttgart, Düsseldorf, Köln und Hamburg weisen Kaufpreise (für eine Eigentumswohnung in mittlerem Wohnwert) von 1480 bis 2200 Euro pro Quadratmeter aus. Doch für diese Preise sind Wohnungen oft kaum mehr zu bekommen. Der Markt ist leergefegt, wie Makler berichten. Bei Zwangsversteigerungen spielen sich auf den Amtsgerichten tumultartige Szenen ab. Schnäppchenjäger haben dort schon lange keine Chance mehr. Für eine renovierungsbedürftige 50-Quadratmeter-Wohnung in Hamburg-Winterhude interessierten sich kürzlich über 120 Bieter. Die renovierungsbedürftige Wohnung ging schließlich für 182000 Euro an einen neuen Eigentümer und lag damit 48 Prozent über dem amtlich festgestellten Verkehrswert. Das ist kein Einzelfall, berichten Rechtspfleger, die diese Versteigerungen vorbereiten.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen zum einen darin, dass sich der Staat aus der Wohnungsbauförderung weitgehend zurückzog. Zum anderen lässt sich billiger Wohnraum wegen der hohen Umweltauflagen kaum noch rentabel bauen. Weitere Faktoren sind immer mehr Single-Haushalte und die wachsende Angst vor Inflation. Die Vermögensumschichtung in die Sachwerte ist zwar noch keine Flucht. Sie hat aber in großem Stil eingesetzt und nach dem Boom bei den Rohstoffen nun auch den Immobilienbereich erfasst. *HEB*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9725**

Nach dem Geschmack der Grünen

Die neue Studie über das Auswärtige Amt in der NS-Zeit – Ein Stück linker »Geschichtspolitik«

Bestellt und geliefert: Der Auftraggeber Joschka Fischer wollte eine wissenschaftlich lackierte Unterlage für sein linksgrünes Weltbild, sehr viele deutsche Diplomaten vor 1945 seien überzeugte Nazis gewesen. Er gab eine entsprechende Studie in Auftrag und die Historiker lieferten nun das Gewünschte – wenn auch mit teils absurden methodischen Schwächen.

Die Lektüre der fast 900 Seiten starken Studie, die unter dem Titel „Das Amt und die Vergangenheit“ auch als Buch erschienen ist, lässt den kritischen Leser ratlos zurück: Das sollen nun die erdrückenden Belege sein, dass das Auswärtige Amt direkt in die Vernichtung der Juden eingebunden war? Dass das Auswärtige Amt „eine verbrecherische Organisation“ gewesen sein soll (so der Historiker Eckart Conze, der die Kommission zur Erstellung dieser Studie leitete)? Dass gar die Deutschen zwischen 1933 und 1945 insgesamt „eine verbrecherische Organisation“ waren? Letzteres erklärte der Historiker Mosche Zimmermann, einer der vier Bearbeiter der neuen Studie.

Dass bei weitem nicht alle Diplomaten Schuld auf sich geladen haben, gibt die Untersuchung an einer Stelle selbst zu, um an vielen anderen Stellen wieder zu verallgemeinern. Die Studie lässt bei Licht besehen mehr Fragen offen als sie klärt. Deutlicher gesagt: Sie enthält und verbreitet vor allem Meinungen, die zum linken Zeitgeist passen. Die Belege für die Vorwürfe – beziehungsweise den Nachweis, dass aus den aufgeführten Dokumenten die gewagten Rückschlüsse gezogen werden dürfen – bleibt sie dagegen oft schuldig.

Beispiel 1: Franz Krapf, dessen Nachruf in der „AA intern“ Joschka Fischer 2004 verhinderte, womit er die „Nachruf-Affäre“ auslöste, die am Anfang dieser Studie stand. Krapf war während des Zweiten Weltkrieges an der deutschen Botschaft in Tokio stationiert. Über ihn heißt es in der Studie wörtlich: „Über Krafts Tätigkeit ist wenig bekannt, aber klar ist: Selbst im fernen Ostasien waren deutsche Diplomaten mit der ‚Endlösung‘ der Judenfrage befasst.“ In Klartext heißt das: Es gibt keine Hinweise auf Verfehlungen Krapfs. Die Verweigerung eines ehrenden Nachrufs war insofern schlicht ein Akt der Ehrabschneidung an dem verstorbenen Spitzendiplomaten, der nach plausiblen Aussagen aus der frühen Nachkriegszeit sogar dem Widerstand nahestand.

Beispiel 2: Die in vielen Medien dargestellte Reisekostenabrechnung des Leiters des sogenannten Judenreferats, Franz Rademacher, die als Reisezweck „Liquidation von Juden in Belgrad“ enthält, beweist für sich genommen nicht die Täterschaft Rademachers, sondern nur eine entsprechende Mitwisserschaft. Im Übrigen ist gerade die schwere Belastung Rademachers ein alter Hut: Er wurde deswegen 1947 von den Amerikanern verhaftet und später wegen Beihilfe zum Totschlag an Juden zu drei Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt.

Beispiel 3: Ernst von Weizsäcker ist im Nürnberger „Wilhelmstraßen-Prozess“ 1949 als Kriegsverbrecher zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, 1950 kam er im Zuge einer allgemeinen Amnestie wieder frei. Auch zu seinem Fall – und etwa seinem Einfluss auf die Ausbürgerung Thomas Manns – hat

> Setzte Fischer bewusst eine Spitze gegen Scheel und Genscher?

die Studie eigentlich nichts Neues ergeben, das Schreiben von 1936 aus Bern war bei Fachleuten bereits bekannt und keinesfalls vom Politischen Archiv des AA geheimgehalten worden, wie nun von den Verfassern der Studie insinuiert wird. Interessant ist aber der Umstand, dass (zum Beispiel laut der Untersuchung „Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte“ von Paul Egon Hübinger von 1974) es das AA immerhin noch geschafft hat, Manns Ausbürgerung zu verzögern, bis er sich 1936 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft sichern konnte. Dadurch verlor er die deutsche automatisch, und das Signal, das sich die Nazis von der Ausbürgerung erhofft hatten, ging ins Leere.

Die Studie, die nun von der linken Journaille so begeistert aufgenommen wurde, wirft natürlich weitere Fragen auf. Immerhin war das AA nach dem Krieg nur in kurzen Phasen eine Domäne der CDU/CSU, sondern vielmehr der SPD und FDP. Müsste man in linker Konsequenz das AA nicht umbenennen, um – wenn man die Studie ernst nimmt – den schädlichen Traditionsbogen, der von Judenverfolgern im AA ausgeht, zu tilgen? Müsste die historische Rolle der ehemaligen NSDAP-Mitglieder Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher neu bewertet werden?

Und: Wie steht es mit Willy Brandt, der ja offensichtlich weder in seiner Zeit als Außenminister ab 1966 noch dann als Kanzler etwas getan hat, um die belastete Vergangenheit des AA aufzuarbeiten? Schon wagt es Frank-Walter Steinmeier, im „Cicero“ am Denkmal des SPD-Übervaters zu kratzen: Er nennt die Nicht-Aufarbeitung unter Brandt ein „betrübliches Kapitel“, da Ex-NSDAP-Mitglieder unter den Diplomaten wie Nüßlein unter Brandt nicht nur im Dienst gehalten, sondern sogar noch belobigt worden seien.

Dass bei der neuen Studie aktuelle Parteipolitik einen kaum geringeren Stellenwert gehabt haben dürfte als der Versuch einer Aufarbeitung der Vergangenheit, legt die Motivlage der Grünen und ihres damaligen starken Mannes Joschka Fischer nahe, der die Studie 2004 als Bundesaußenminister in Auftrag gegeben hat. Schon damals war die FDP ein politischer Hauptkonkurrent der Grünen: Man umwarb dieselben, meist gebildeten und wohlhabenden Wählergruppen in westdeutschen Großstädten.

Das AA war aber seit vielen Jahren eine FDP-Domäne als Fischer 1998 Außenminister wurde. Auch personalpolitisch hatten die Liberalen dem Haus ihren Stempel aufgedrückt. Vor diesem Hintergrund bekommt Fischers Entscheidung von 2004, generell keine früheren NSDAP-Mitglieder in AA-Diensten mit einem Nachruf zu ehren, eine besondere Note. Vielleicht hatte er gar nicht einmal übersehen, dass sich diese Weisung eines Tages auch gegen Scheel und Genscher richten würde, sondern diese Spitze gegen die FDP bewusst gesetzt? Dafür spricht, dass in den 50er Jahren frühere NSDAP-Mitglieder in der FDP eine starke Seilschaft gebildet hatten, die offenbar auch einen mutigeren personellen Neuanfang im AA abzuwehren half. Auch daran erinnert die in vielen Punkten fragwürdige Studie nun, die den Grünen verständlicherweise weit besser gefällt als SPD und FDP. *A. Heinrich/PAZ*



Hans-Dietrich Genscher und Joschka Fischer im März 1998: Wie echt ist der Respekt Fischers für den Liberalen? Der Interessengegensatz zwischen Grünen und FDP ist jedenfalls groß. Bild: pa

MELDUNGEN

Oettinger drängt auf Endlager

Brüssel – EU-Energiekommissar Günther Oettinger macht Druck auf jene Länder, in denen mit Kernkraft Strom erzeugt wird. Jede Regierung müsse bis 2014 ein nationales Programm zur Endlagerung von nuklearen Abfällen entwickeln, heißt es in Oettingers Richtlinienentwurf. Dieser verlangt auch, dass die Stromkonzerne an der Finanzierung beteiligt werden. In der EU werden 140 Kernkraftwerke betrieben, die in 14 der 27 EU-Mitgliedsländern stehen. Bisher haben nur Frankreich, Schweden und Finnland angekündigt, in den nächsten 20 Jahren ein Endlager in Betrieb nehmen zu wollen, in den anderen Ländern ist die Frage der Endlagerung noch ungeklärt. Die Kommission will bisher jedoch nur „Fahrpläne“ eingereicht bekommen, für die Beschaffenheit der Lager stellt sie keine Forderung. Oettinger setzt auch keine Fristen, bis wann die Endlager in Betrieb gehen sollen. *Bel*

Schröder gegen Deutschenhass

Berlin – Trotz politischem Gegenwind hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) erneut das Thema Deutschenfeindlichkeit unter jungen Ausländern aufgegriffen. Als Gründe für das aggressive Verhalten eines nicht geringen Anteils der muslimischen Jugendlichen nannte die 32-Jährige mangelnde Bildung, falsche Freunde, Macho-Normen sowie Gewalterfahrungen in der Familie. „Dabei regt es mich auf, wenn so getan wird, als hätte das alles damit zu tun, dass diese Gesellschaft gegenüber diesen Jugendlichen nicht freundlich genug ist. Wenn bestimmte Strömungen des Islam ein Überlegenheitsgefühl gegenüber Nichtmuslimen vermitteln, ... dann ist das Teil des Problems“, so die Familienministerin. *Bel*

Zwei rechte Gründungen

Am 28. Oktober gründete sich formal die Partei des CDU-Dissidenten und Islamkritikers Rene Stadtkewitz unter dem Namen „Freiheit“. Aaron König, bisher bereits Mitglied von „Libertas“ und der „Piratenpartei“, gehört nicht dem Vorstand an, obwohl er erst kürzlich auf Veranstaltungen in der Umgebung von Stadtkewitz ausgemacht wurde. Nach eigenen Angaben waren an der Gründung etwa 50 Personen beteiligt. Weitere bekanntere Persönlichkeiten scheinen sich der Partei bislang nicht angeschlossen zu haben. Marc Doll (ehemals CDU, ohne öffentliches Amt) Dr. Schmitt (Vorstandsmitglied von PAX Europa) und eine Raperin mit dem Künstlernamen Dee Ex gehören dem Vorstand an.

Am Wochenende tagte auch die Konkurrenzorganisation der „Freiheit“, „Pro Deutschland“, im Rathaus Neukölln. Dort formierte sich der Kreisverband Neukölln und stellte Kandidaten für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus auf. Nachdem das Verwaltungsgericht Bürgermeister Heinz Buschkowski (SPD) dazu verpflichtet hatte, „Pro Deutschland“ Räume im Rathaus zur Verfügung zu stellen, ließ dieser aus Sicherheitsgründen das Rathaus räumen. Grüne und Linkspartei kritisierten diese Maßnahme. An der Veranstaltung waren 35 Personen beteiligt. *Theo Maass*

Die Partei neuen Typs

Gewandeltes Bürgerinteresse am besten bei den Grünen lebbar

Zur Freude über den enormen Zuspruch bei Meinungsumfragen gesellten sich bei den Grünen zuletzt auch Nachrichten über steigende Mitgliederzahlen: Mit mehr als 51 000 Parteifreunden bundesweit sind so viele Menschen bei den Grünen eingeschrieben wie nie zuvor. Und die weitere Entwicklung deutet klar nach oben.

Paradoxerweise enthüllen die Zahlen gleichzeitig die stark abnehmende Neigung der Deutschen, überhaupt einer Partei beizutreten: In den Umfragen rangieren die Grünen auf Augenhöhe mit der SPD und nicht weit hinter der Union. Daran gemessen nehmen sich 51 000 Mitglieder mehr als bescheiden aus: Das SPD-Parteibuch tragen zehnmal so viele, rund eine halbe Million. Ebenso viele sind Mitglied der CDU, die CSU bringt es auf rund 160 000 Angehörige, die FDP auf gut 70 000, die Linkspartei auf gut 78 000.

Die schwindende Anziehungskraft von Parteimitgliedschaft belegt auch das hohe Durchschnittsalter der Mitglieder, das selbst bei den Grünen bei 47 Jahren liegt. Womit sie noch die „jüngste“ Formation sind: Bei der FDP liegt es bei 51, der CDU bei 56 und bei den Sozialdemokraten gar bei 58 Jahren. In der noch immer von alten SED-Genossen dominierten Linkspartei ist der Durchschnittsgenosse sogar stolze 62,5 Jahre alt.

Die Grünen scheint das Missverhältnis von hohem Wählerzuspruch und noch besseren Umfragezahlen auf der einen und der geradezu mickrigen Mitglieder-

> Bürgerinitativen und Kampagnen statt Parteimitgliedschaft

zahl auf der anderen Seite kaum zu stören. Mehr als auf ihre Mitgliederbasis bauen die Grünen auf ihre enge Verzahnung mit großen Einflussorganisationen, darunter mächtige Umweltgruppen wie Greenpeace oder linke Globalisierungsgegner wie „Attac“. Hier finden die Grünen ein personelles Vorfeld, das ihre Mitgliederschwäche mehr als ausgleicht.

Die SPD findet so ein Vorfeld immer noch bei den DGB-Gewerkschaften und zum Ärger der Union auch in der (vor allem evangelischen) Kirche. Die bürgerlichen Parteien indes können hier nur auf wenig zurückgreifen. Dies könnte sich noch einmal als problematisch herausstellen, denn der Blick über die Grenzen zeigt, dass die Zeiten der großen Mitgliederparteien vorbei sein dürfte: Die britischen Konservativen etwa verfügen gerade noch über 260 000 Angehörige, die Labour Partei nicht einmal mehr über 200 000. In den USA sind es nicht die Parteiapparate, sondern lose vernetzte Initiativen wie die „Tea Party“-Bewegung, welche die politische Szene beherrschen.

So gesehen erscheinen die Grünen geradezu als Partei neuen Typs, wie er sich in den angelsächsischen Ländern längst durchgesetzt hat: Nur ein kleiner Kopf fest eingeschriebener Mitglieder, dafür die enge Verzahnung mit befreundeten und vernetzten Organisationen, der sich viel mehr Bürger anschließen als an eine Partei. Grund: Sie wollen sich nicht dauerhaft binden und engagieren. Sie finden sich viel eher und leichter zusammen unter einer einzelnen Forderung. Diese bringt sie dann in die Nähe einer bestimmten Partei, die sich des Themas annimmt und so die Unterstützung der Parteilosen erntet. Die Grünen schaffen sich ihre Kampagnenfähigkeit seit jeher auf diese Weise, während die Union ihr Umfeld eher vernachlässigt hat. *Hans Heckel*

Unter Genossen

Gabriel streitet mit der Ebert-Stiftung

Einen ungewöhnlichen Schlagabtausch liefern sich dieser Tage SPD-Chef Sigmar Gabriel und die an sich SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). In aller Öffentlichkeit fordert Gabriel die „Neuausrichtung“ der Stiftung und mehr Einfluss der SPD auf deren Personalpolitik – und beißt bei den „Freunden“ in der Stiftung auf Granit.

Erstaunlich ist vor allem die Begründung des früheren Bundesumweltministers.

> Es geht auch um den neuen FES-Chef

Wie der „Spiegel“ berichtete, fehle seiner Partei „ein programmatisch-intellektuelles Kraftzentrum“. So jedenfalls stehe es in einem Sechs-Seiten-Papier, in dem Gabriel den Umbau der Stiftung mit ihren insgesamt 614 Mitarbeitern im In- und Ausland verlangt. „Dieses Kraftzentrum für die Entwicklung der Ideen der sozialen Demokratie müsste eigentlich die Friedrich-Ebert-Stiftung sein“, zitiert der „Spiegel“ weiter und lässt offen, was die entsprechenden Abteilungen im Willy-Brandt-Haus von dieser Einschätzung halten. Übrigens erhält die FES Jahr für Jahr rund 120 Millionen Euro aus Steuermitteln. Die SPD selbst brachte es im Jahre 2006 auf knapp 167 Millionen – Tendenz kräftig sinkend.

Offenbar hatte die FES Gabriel zuvor empfindlich brüskiert. Während der nämlich intern angeregt habe, den künftigen Stiftungsvorsitzenden in Absprache mit der SPD zu küren, hätten die Verantwortlichen in der Stiftung unter Führung der bisherigen Vorsitzenden Anke Fuchs (73 Jahre) eigenmächtig Peter Struck, 67, nominiert. Seitdem ist der Konflikt offenbar eskaliert.

Auf die Veröffentlichung von Gabriels schonungsloser Analyse wollte die Stiftung auch auf Anfrage zunächst nichts sagen. In der Sache seien die Fronten verhärtet: Die Stiftung will unverändert ihren bisherigen Vize Struck, früher Verteidigungsminister und langjähriger Chef der SPD-Bundestagsfraktion, an ihrer Spitze sehen, doch eben dies lehnt Gabriel weiterhin ab.

Er will laut „Spiegel“ Ex-Finanzminister Peer Steinbrück an die Spitze der Stiftung hieven und generell deren Vorstand (mit einem aktuellen Altersdurchschnitt von fast 68 Jahren) deutlich verjüngen. Bisher stehen sich die roten Protagonisten unbeugsam gegenüber. *PAZ*

MELDUNGEN

Medwedew brüskiert Japan

Tokio – Dmitrij Medwedews Besuch auf der Kurilen-Insel Kunashiri hat Japan brüskiert. Tokio hätte im Vorfeld des Apec-Gipfels Mitte Novemver in Yokohama, an dem auch der russische Präsident teilnehmen wird, neuen Streit um die Inselgruppe lieber vermieden. Doch Medwedew suchte ausgerechnet die nur 16 Kilometer vor Hokkaido liegende Insel, die auf Russisch „Kunaschir“ heißt, für seine Stippvisite aus. Damit brach er ein stillschweigendes Tabu, denn seit 65 Jahren hat kein russisches Staatsoberhaupt einen Fuß auf das umstrittene Gebiet gesetzt. Die Kurilen gerieten nach 1945 unter russische Kontrolle, zwei Jahre später wurden die Bewohner vertrieben. Japan betrachtet die Inseln als besetztes Staatsgebiet. *MRK*

Exhumierungen in Bosnien

Visegrad – Mitarbeiter der „International Commission on Missing Persons“ (ICMP) haben aus dem Uferschlamm des kurzfristig trockengelegten Perucac-Stauseess im Osten Bosnien-Herzegowinas rund 500 menschliche Knochen von etwa 110 Personen geborgen. Unterstützt von Lehrern und Studenten nutzten die Kriminologen die wenigen Tage, um nach Überresten von Opfern des Bosnienkrieges zu suchen. Vermutlich gehören die Skeletteile zu jenen bosnischen Muslimen, die im Juni 1992 auf die Brücke des nahegelegenen Ortes Visegrad getrieben, von bosnischen Serben ermordet und ins Wasser geworfen wurden. Noch heute ist das Schicksal von etwa 15000 Bosniern, vor allem von Muslimen, ungeklärt, auch wenn die rund 170 Mitarbeiter des ICMP schon über 11000 Getötete identifizieren konnten. Meist gelingt dies nur anhand von DNA-Proben, die mit den Proben suchender Angehöriger verglichen werden. *Bel*

Es rumpelt ordentlich in der EU

Die Ungleichgewichte in Europa bleiben das kaum lösbare Hauptproblem für einen harten Euro

Auf dem EU-Gipfel Ende Oktober kämpfte Angela Merkel mit Macht für eine neue Euro-Krisen-Architektur. Von Stimmrechtsentzug für Defizitsünder, automatischen Strafen und vielem mehr war die Rede. Herausgekommen ist ein „Prüfungsauftrag“ zur gezielten Änderung der EU-Verträge zum Schutz der Währung.

25 Telefongespräche soll es die Bundeskanzlerin gekostet haben, um ihren EU-Kollegen im Vorfeld des Gipfels die brisante Lage zu erläutern. Dabei ließ sie auch nicht unerwähnt, dass Deutschland der größte Zahler im EU-Haushalt und beim Euro-Rettungsschirm ist. Doch die Ergebnisse des Gipfels erscheinen mager. Der Stimmrechtsentzug sowie automatische Sanktionen für Haushaltssünder waren schon nach dem Strandspaziergang mit Frankreichs Präsident Nikolas Sarkozy vom Tisch. So wird weiterhin eine Jury von Defizitsündern über die eigenen Strafen zu entscheiden haben. In den letzten zehn Jahren wurde deswegen keine einzige Strafe verhängt. Schockiert reagierten besonders die Stabilitätsanhänger aus Nordeuropa, erleichtert dagegen die Kriseländer aus dem Süden und Westen des Kontinents.

Der einflussreiche Merkel-Gegner, der luxemburgische Ministerpräsident Claude Juncker, Chef der 16 Euro-Länder, wollte zuerst gar nicht über einen Stimmrechtsentzug für notorische Defizitsünder reden. Nun zeigte er sich froh, dass das Thema „vom Tisch und auf die lange Bank“ geschoben ist. Gleichwohl wäre ein fest verankerter Krisenmechanismus – bis hin zur geregelten Insolvenz einzelner Länder – für die Stabilität des Euro und damit die Wirtschaft Europas fundamental.

Das „Insolvenzrecht für Staaten“, das es bisher nicht gibt, soll nach den Brüsseler Beschlüssen aber nun entwickelt werden. Auch private Gläubiger wie Banken will man heranziehen und einen Fonds gründen. Dieser soll im Falle eines Falles zur Abdeckung von Schulden insolventer Staaten herangezogen werden.

Ob diese Pläne einmal Wirklichkeit werden, bleibt zweifelhaft. Zehn Jahre dauerte es, bis der Lissabon-Vertrag alle Hürden genommen hatte. Volksabstimmungen in einigen Ländern können auch jetzt wieder den mühsam ausgehandelten Kompromiss zu Fall bringen. Soviel Zeit hat Angela Merkel aber nicht, da Deutschland bisher mit den größten Beträgen beim Euro-Rettungsschirm geradestehen muss. Und niemand kann derzeit genau sagen, wie man einen insolventen Staat abwickeln sollte. Wenn nichts geschieht, nimmt das europäische Drama darum seinen Lauf. Es trägt alle Kennzeichen und die Unausweichlichkeit einer griechischen Tragödie.

Für die marginale Bereitschaft einer Änderung der EU-Verträge hat die Bundeskanzlerin bereits

> **Euro-Stabilität: Bisher gibt es fast nur Absichtserklärungen**

zwei wichtige Opfer (Stimmrechtsentzug und automatische Sanktionen) gebracht. Die EU-Partner aber haben ihr die Geltung des EU-Rettungsschirmes über das Jahr 2013 hinaus abgetrotzt. Angesichts der gewaltigen Summen dieses Fonds (750 Milliarden Euro) wird vielen Politikern hierzulande angst und bange. Die Schuldenkrise im eigenen Land ist noch keinesfalls bewältigt und die Bundeskanzlerin kann keine Scheckbuch-Politik wie noch Helmut Kohl betreiben. Gewaltige Beträge stehen beispielsweise noch aus dem Bankenrettungsfonds im Risiko. Der deutsche Staat ist mit fast zwei Billionen Euro deutlich höher verschuldet als es die europäischen Defizitkriterien erlauben: Anfang 2010 betrug die öffentliche Verschuldung 73,2 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts, erlaubt sind aber nur 60 Prozent. Europa droht zu einem Fass ohne Boden zu werden – und das eigene Land ebenfalls.

Genau diese übermäßigen Schulden sollen jedoch in Zukunft der Maßstab für eventuelle Sanktionen werden. Nicht mehr das aktuelle Haushaltsdefizit eines Jahres, sondern die Gesamthöhe der Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll 60 Prozent nicht überschreiten. Wer die Grenze überschreitet, soll mit automatischen Sanktionen rechnen müssen. Nur eine qualifizierte Mehrheit (der Länderstimmen und 74 Prozent der gewichteten Stimmen) soll solche Sanktionen verhindern können. Damit wird die bisherige Praxis umgedreht. Da derzeit bisher fast alle Länder Europas diese Grenze überschreiten (80 bis 130 Prozent), dürften alle vereinbarten Mechanismen an der Realität scheitern.

Dass viele europäische Staats- und Regierungschefs den Ernst der Lage noch nicht erkannt hatten, zeigte sich im Vorfeld des Gipfels. Verärgert reagierten viele Staatschefs auf den deutsch-französischen Vorstoß und fühlten sich zurückgesetzt. Den Alleingang Deutschlands und Frankreichs fand EU-Chef Juncker „schlicht unmöglich“. Es rumpelte ordentlich in der Europäischen Union. Die „Eiserne Kanzlerin“ war in aller Munde und sorgte auch innenpolitisch für Ärger. Nicht nur die Opposition, sondern auch der liberale Koalitionspartner hätte gerne die automatische Bestrafungsregelung für Euro-Sünder gesehen.

Sitzt also Deutschland bereits in der „Euro-Falle“ oder hat es doch substanzielle Fortschritte beim Gipfel von Brüssel gegeben? Außer Prüfaufträgen und Absichtserklärungen für weitere Verhandlungsrunden ist derzeit nichts entschieden. Ein langes und hartes Ringen steht den 27 EU-Ländern bevor. Dabei dürfte das wirtschaftliche Ungleichgewicht in euroäischen Ländern weiter das Hauptproblem eines nicht lösbaren Konfliktes bleiben. Genau davor hatten anerkannte Ökonomen bei der Einführung des Euro laut und deutlich gewarnt. *Hinrich E. Bues*


Foto: action press

Knallharter Interessenkonflikt: Merkel will vermeiden, dass die EU endgültig zur „Transferunion“ wird.

»Bruderkrieg« der Parteien

Polen: 100 Tage Präsident Komorowski – Kaczynski schmollt

Bronislaw Komorowski, am 6. August als Präsident Polens vereidigt, muss die erste Politiker-Prüfung nach 100-tägiger Amtszeit nicht fürchten. Laut jüngsten Umfragen ist nur Jerzy Buzek, der aus Polen stammende Präsident des Europa-Parlaments, populärer als er. Dafür rangiert er vor Premier Donald Tusk. Beider Erfolg und der ihrer liberal-konservativen „Bürgerplattform“ (PO) hat die politischen Konkurrenten, Ex-Premier Jaroslaw Kaczynski und seine „Recht und Gerechtigkeit“-Bewegung (PiS), zu wilden Rundumschlägen getrieben: Als im Oktober ein Geisteskranker einen Anschlag auf das PiS-Büro in Lodz verübte und dabei einen Funktionär tötete, sah Kaczynski das als Resultat einer „Hasskampagne“, die Tusk und Komorowski gegen ihn und die PiS führten. Die Öffentlichkeit nahm diese Anklage als Bestätigung des alten Witzes: „In der PiS machen Paranoiker Karriere, in der PO Gewitzte!“

Ein solcher Gewitzter ist Komorowski, 1952 in Schlesien geboren, nach 1980 Soldiarnosc-Aktivist, nach 1989 Politiker und Parlamentarier, zuletzt Marschall des Sejm, also Parlamentspräsident. Im Wahlkampf brachte er Mitbewerber Kaczynski zur Weißglut. Die Öffentlichkeit amüsierte sich über seine witzigen Apercus, als er zum Beispiel Studentinnen auf die Frage, warum er Damen die Hand küsse, Bescheid gab: Irgendwo muss man doch anfangen.

Pointen sind nur Dreingaben zu einer generell erfolgreichen Politik, wie sie die PO seit nunmehr drei Regierungsjahren betreibt. 2009 war Polen das einzige EU-Land, dessen Wirtschaft (um 1,7 Prozent) wuchs, Aktuell 2010 übertrifft das Wachstum mit 3,5 bis vier Prozent alle Prognosen. Die Arbeitslosigkeit stieg nach dem Krisenjahr 2009 nur leicht von 10,9 auf 11,5 Prozent an. Der Außenhandelsumsatz betrug von Januar bis August 157 Milliarden Euro, 25 Milliarden mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

> **Das Ziel: Weiter 67 Milliarden Euro jährlich von der EU**

Ein rundes Viertel dieses Handels wickelt Polen mit Deutschland ab, seinem bei weitem wichtigsten Partner. Für Komorowski kann das so weitergehen, denn er ist kein sturer Deutschen- und Euroskeptiker wie sein Vorgänger, der im April bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk umgekommene Lech Kaczynski.

Wie Komorowski ist, zeigte sich Anfang September, als er bei seinem Berliner Antrittsbesuch das französisch-deutsch-polnische „Weimarer Dreieck“ wiederbelebte, das 1991 gegründete Konsultationsforum, das im April seine Selbstauflösung wegen „Nichtbeachtung seiner Arbeitsergebnisse“ beschloss. Davon ist nun keine Rede mehr, vielmehr soll das Dreieck 2011 mit einem Dreiländer-Gipfel erneut durchstarten. Die alten Ziele, Polens Weg in EU und Nato zu ebnen, sind erreicht, in der zweiten Jahreshälfte 2011 wird Polen die EU-Präsidentschaft innehaben und kann neue Ziele mit alten Partnern angehen: auch als relatives Boomland weiterhin 67 Milliarden Euro jährlich aus den EU-Ausgleichsfonds zu beziehen und 2500 polnische Soldaten aus Afghanistan zurückzuholen. Seit 2001 kämpfen sie dort.

Daheim hat Komorowski in vier Anläufen kein Versöhnungsgespräch mit Kaczynski zustande gebracht, weil der sich im Sejm verschanzt und über das „aggressive Niveau in Polens Politik“ lamentiert. Polens Medien beklagen den „Bruderkrieg“ zwischen PiS und PO, die beide aus dem antikommunistischen Widerstand kommen und kaum programmatische Differenzen aufweisen, aber desto mehr persönliche. *Wolf Oschlies*

Das Regime wird nervös

Ägypten vor zwei heiklen Wahlgängen – Übergriffe auf Christen

Eine Hofübergabe vom Vater an den Sohn, wie sie in den arabischen Monarchien funktioniert, in Syrien klappte, wahrscheinlich im Irak geklappt hätte und in Libyen klappen dürfte, ist sichtlich auch in Ägypten geplant, wo Präsident Hosni Mubarak seinen jüngeren Sohn Gamal als Nachfolger „aufbaut“. Allerdings mehren sich die Anzeichen dafür, dass nicht alles glatt gehen wird – dass sich aber auch keine realistische Alternative abzeichnet.

Gamal Mubarak hat ein Studium absolviert, war jahrelang im Ausland tätig, hat wirtschaftliche Erfahrungen, ist häufig bei repräsentativen Auftritten zu sehen und bekleidet seit 2002 hohe Ämter in der „Staatspartei“ NDP. Was ihm aber fehlt, ist Charisma und – noch weit wichtiger – ein starker Rückhalt in der Armee. Im Gegensatz dazu war sein Vater Luftwaffen-Chef und bereits Vizepräsident, als er dem 1981 durch Muslim-Extremisten ermordeten Anwar Al-Sadat nachfolgte.

Neben der an sich schon prekären Lage im Krisenherd Nahost, des unpopulären „kalten Friedens“ mit Israel, der dramatischen Verschärfung der Gegensätze zwischen Arm und Reich und der auch im ägyptischen Straßenbild sichtbaren Islamisierung ist seit vorigem Jahr ein weiterer „Störfaktor“ hinzugekommen: Mohammed El Baradei, der Friedensnobelpreisträger und frühere Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur.

Seit er mit kritischen Äußerungen über das Regime aufhorchen ließ, knüpfen sich die Hoffnungen eines heterogenen Spektrums von Unzufriedenen an seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2011. Was aber unter dem auf Machterhalt zugeschnittenen Wahlgesetz gar nicht möglich ist, denn es lässt nur Kandidaten zu, die in den letzten Jahren ein hohes Amt in einer der erlaubten Parteien innehatten. Was auch Kandidaten der Muslim-Bruderschaft ausschließt, denn die ist als Partei verboten – wenngleich Muslim-Brüder als „Unabhängige“ derzeit 80 der 508 Parlamentssitze innehaben.


Gamal Mubarak Bild: pa

Trotzdem zeigt sich das Regime bereits vor den Parlamentswahlen am 28. November nervös, denn El Baradei hat zu einem Boykott dieser scheindemokratischen Veranstaltung aufgerufen. Der SMS-Verkehr wurde eingeschränkt, die Zensur wurde verschärft, es gab etliche Verhaftungen, der Chef der Tageszeitung „Al-Dustur“ wurde gefeuert und mehrere private TV-Kanäle wurden geschlossen – wegen Vorwürfen der Verbreitung von „Pornographie“. Letzteres ist ein Wink an die Muslim-Brüder, die ihrerseits aus der diffusen Gruppierung um El Baradei ausscherten und zur Wahlbeteiligung aufriefen. Auch dass Übergriffe auf Christen kaum verfolgt werden, passt dazu. Jüngstes Kuriosum ist eine Wiederannäherung an den Iran, zu dem die Beziehungen 1979 abgebrochen worden waren.

Ein NDP-Sprecher erklärte nun, der Präsident werde im Frühjahr selber erneut kandidieren – was in Anbetracht von dessen Gesundheitszustand nur als Beruhigungspille für die eigenen Kader zu verstehen ist. El Baradei seinerseits hat vorige Woche eine Kandidatur ausgeschlossen, „weil das unter den gegebenen Umständen sinnlos wäre“. Und so wird das Regime seine innen- wie außenpolitische Gratwanderung weiter fortsetzen können. *R. G. Kerschhofer*

Die Pleite leichter machen

Zahl der Insolvenzen nimmt zu – Das deutsche Recht macht es Unternehmen und Verbrauchern unnötig schwer

Ob selbst verschuldet oder unverdient – das deutsche Insolvenzrecht baut einige Hürden für einen Neustart auf. Diese sollen nun reduziert werden.

Karstadt-Quelle war der spektakulärste Insolvenzfall des letzten Jahres, aber auch andere bekannte Firmen wie Schiesser, Märklin und Rosenthal gerieten im Lauf der letzten 24 Monate in Zahlungsschwierigkeiten. In all diesen Fällen konnten zumindest Teile der Unternehmen gerettet werden. 2009 meldeten laut Justizministerium 33000 Unternehmen Insolvenz an, was einem Anstieg von zwölf Prozent entsprach, aber nur etwa zwei Prozent der zahlungsunfähigen Unternehmen nutzten die Chance der Plansanierung.

Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stieg 2009 um drei Prozent auf über 100000 Personen. Der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen rechnet für dieses Jahr gar mit 110000 Verbraucherinsolvenzen. Angesichts der Tatsache, dass im letzten Jahr wegen der internationalen Wirtschaftskrise steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit viele Arbeitnehmer in Zahlungsschwierigkeiten brachten und inzwischen bei vielen die finanziellen Reserven aufgebraucht sind, überrascht die steigende Zahl nicht. Das Problem liegt vielmehr in dem Umstand, dass die Zahl der dauerhaft überschuldeten Haushalte kontinuierlich zunimmt. Aktuell wird davon ausgegangen, dass mehr als drei Millionen Haushalte überschuldet sind. Vor allem junge Menschen würden durch hohe Konsumausgaben, schlechte Vorbilder, zu wenig Wissen und mangelnde Eigenverantwortung immer öfter in die Schuldenfalle laufen. „Die Lage ist seit Jahren prekär“, klagt Marius Stark von der Arbeitsstelle Sozialberatung für Schuldner in der verbandlichen Caritas gegenüber der *PAZ*. Nur etwa zehn bis 15 Prozent der betroffenen Privatpersonen würden überhaupt eine Schuldnerberatung aufsuchen. Ein Grund dafür sei die Hemmschwelle, die mit so einem Gang verbunden ist. Doch: „Wir sind RTL-Schuldnerberater Peter Zwegat dankbar, denn der zeigt jede Woche rund vier Millionen Zuschauern, dass es Lösungen gibt“, so Stark. Ein weiterer Grund, warum so wenige Betroffene bei der Schuldnerberatung Hilfe suchen, sei schlicht jener, dass es zu wenig öffentliche Beratungsstellen gebe. Zwar gibt es auch private Schuldnerberatungen, doch die wollen Geld verdienen und zokken häufig die sowieso schon Armen zusätzlich ab.



Foto: Bildstelle

„Das Geschäft mit der Armut ist ein sehr lukratives Geschäft“, so Joachim Niering von den „Anonymen Insolvenzlern“ auf *PAZ*-Anfrage. In einigen Regionen müssten Schuldner bis zu elf Monate auf ein erstes Gespräch bei der öffentlichen Schuldnerberatung warten und würden daher Hilfe bei privaten Beratern suchen. Im Internet werben Schuldnerberater, aber auch Rechtsanwälte damit, dass Schuldner sich in England insolvent melden sollten. Dort würde das Verfahren schneller gehen und die Wohlverhaltensphase, die in Deutschland sechs Jahre beträgt, dauere dort nur zwölf Monate.

> In England ist man nach einem Jahr »durch«

Wie schnell und unbürokratisch Unternehmen und Verbraucher insolvent gehen können, hat Auswirkungen auf die Wirtschaft eines Landes. Dass das deutsche Insolvenzrecht zahlreiche Schwächen aufweist, dessen ist sich auch die Bundesregierung bewusst. Bereits im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, hier einige Verbesserungen vorzunehmen. Derzeit arbeiten Mitarbeiter von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger an der ersten Stufe der drei geplanten Veränderungen. Noch in diesem Jahr sollen die Verbesserungen bei Unternehmensinsolvenzen Gesetz werden. Ziel ist es, dass Insolvenzen mehr als Chance für die Sanierung denn als Todesstoß betrachtet werden. Derzeit würden Unternehmen überwiegend erst in letzter Minute einen Insolvenzantrag stellen, doch dann seien meist bereits die letzten Reserven verbraucht und selbst der beste Sanierungsplan helfe nichts mehr. Dem Insolvenzverwalter bliebe dann häufig nur noch, die Rolle des Bestatters statt die des Lebensretters zu übernehmen, so Leutheusser-Schnarrenberger. Künftig soll es Unternehmen leichter möglich sein, in Eigenverwaltung einen Sanierungsplan zu erstellen. Auch sollen Schuldner und Gläubiger Einfluss bei der Wahl des Insolvenzverwalters erhalten, der bilang vom Richter ausgesucht wird. Und da gerade Unternehmensinsolvenzen eine komplizierte Materie darstellen, die neben juristischen, auch wirtschaftlichen Fachverstandes bedarf, soll künftig nur noch ein hierfür spezialisiertes Insolvenzgericht pro Landgerichtsbezirk die Aufgabe übernehmen. Von politischer Seite erhofft man so eine sachgerechtere und zügige Abwicklung des Verfahrens, schließlich geht es bei Unternehmensinsolvenzen stets auch um Arbeitsplätze.

Ein wenig hinderlich ist für das Justizministerium, dass es die Vorgabe von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erfüllen muss, durch die Änderungen im Insolvenzrecht dem Staat Ersparnisse von jährlich 500 Millionen Euro einzubringen. Dies ist besonders kompliziert, weil die FDP-Politikerin Leutheusser-Schnarrenberger Schäubles Anliegen, dass die Forderungen des Staates und der Sozialversicherungen bei der Insolvenz vorrangig bedient werden, verhindert hat. Ihr Argument: Für die Sanierung bliebe weniger Kapital übrig, wenn zuerst der Staat bedient würde. Außerdem wären andere Gläubiger dann möglicherweise weniger bereit, ihrerseits auf Teile ihrer Forderungen zu verzichten.

Im nächsten Jahr will das Ministerium vor allem bei den Verbraucherinsolvenzen die sechsjährige Wohlverhaltensperiode bei der Restschuldbefreiung halbieren. „Es erweist sich relativ schnell, ob jemand in der Lage ist, seine Schuld zu begleichen“, so Niering. Die Wohlverhaltensphase trägt zwar den Erziehungsgedanken in sich, doch letztendlich würden die allerwenigsten aus Bösartigkeit in die Insolvenz geraten. Ihnen würde Aufklärung in Finanzfragen und die Chance eines schnellen Neustarts viel mehr helfen. Auch Stark von der Caritas meint, dass das Gros der Menschen unter seinen Schulden leide und es gar nicht so geschickt sei, sich auszurechnen, wie es am besten seine Gläubiger prelle.

Zudem steht der Gläubigerschutz keineswegs im Mittelpunkt des deutschen Insolvenzrechts. Als erstes bedient sich immer der Insolvenzverwalter aus der Insolvenzmasse. Das hat aktuell im Fall Karstadt für Verärgerung bei den Gläubigern gesorgt, die Einspruch gegen die 34 Millionen Euro erhoben haben, die sich Insolvenzverwalter Klaus Görg zugesprochen hat.

Die Festlegung des Anforderungsprofils an Insolvenzverwalter und andere damit verbundene Fragen sollen dann auch in einer dritten Gesetzesänderung zusammen mit Regelungen zur Konzerninsolvenz behandelt werden.

Rebecca Bellano

KURZ NOTIERT

Wer hat die besseren Luftfahrtingenieure? In den kommenden Jahren steht der internationalen Flugzeugindustrie ein technischer und ökonomischer Luftkrieg bevor: Die aufstrebende Supermacht China will mit eigenen Modellen international ein gewichtiges Wort mitreden, Japan baut an einem Großraumjet und Russlands Wladimir Putin möchte nach dem vergeblichen Versuch, mit einer 550 Passagiere fassenden doppelrumpfigen Iljuschin den internationalen Anschluss zu schaffen, ebenfalls neu aufgestellt in die Luft gehen. Bisher hat selbst die russische Staatsgesellschaft Aeroflot die ausgereiften Modelle der europäischen und amerikanischen Konkurrenz bevorzugt und somit die einstige Topmarke Tupolew in den Konkurs getrieben. *J. Feyerabend*

Rückschlag für Hochtief: Die australische Tochter Leighton des deutschen Baukonzerns Hochtief hat deutlich weniger Gewinn gemacht als zuvor erhofft. Dies wiederum senkt den Konzernwert und macht dem spanischen Hochtief-Konkurrenten ACS die feindliche Übernahme leichter. *Bel*

Bald neue 22-stellige Kontonummer für alle EU-Bürger? Die EU-Kommission hat wegen der vielen Einwände aus den EU-Mitgliedsländern die Veröffentlichung ihres Verordnungsentwurfs für EU-weit einheitlich 22-stellige Kontonummern von Oktober auf Januar verschoben. Das deutsche Finanzministerium wehrt sich massiv dagegen, dass bis spätestens 2013 jeder Deutsche eine neue IBAN-Kontonummer erhalten soll. Zwar ist man in Berlin für die Schaffung eines einheitlichen Zahlungsverkehrsraumes, doch deswegen müssten nicht die Nummern für den nationalen Zahlungsverkehr komplett geändert werden. Vielmehr sollten die Banken im Falle grenzüberschreitender Geldtransfers „im Hintergrund“ die Umstellung übernehmen. Würde sich Brüssel durchsetzen, müssten in Deutschland alle Lastschriften, Daueraufträge und EC-Karten geändert werden. *Bel*

Über die Verhältnisse gelebt

Katholische Unternehmer in Sorge um die Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft, ein weltweit bewundertes Erfolgsmodell, gerät in die Zange von Globalisierung und politischem Missmanagement. Das kritisierte Werner Marnette, ehemals Chef der größten Kupferhütte Europas (Norddeutsche Affinerie) und Wirtschaftsminister a.D. auf der Bundestagung von 150 katholischen Unternehmern (BKU) Ende Oktober in Hamburg.

Seit Bundeswirtschaftsminister Ludwig Ehrhard (1897–1977) die Soziale Marktwirtschaft begründete, gilt sie als Erfolgsmodell und Garant des deutschen Wirtschaftsaufschwungs. Heute aber brauche sie eine Neujustierung, forderte Marnette. Trotz gegenwärtig glänzender Zahlen hierzulande sei ungewiss, ob eine der größten Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte tatsächlich überstanden sei. Die Politik verliere das Vertrauen der Bürger. Bei einer Staatsquote von über 50 Prozent werde das Land „ruiniert“ und die soziale Marktwirtschaft „erodiere“. Ein „Schulden-Himalaya“ drohe, Bund, Länder und Gemeinden zu erschlagen. Die Schuldenbremse bis 2020 erfülle nur eine „Alibi-Funktion“. Allein in den Jahren 2008 und 2009 sei die Staatsverschuldung in Deutschland um rund 200 Milliarden Euro gestiegen.

Die milliardenschweren Fehler bei den Landesbanken seien symptomatisch für die gegenwärtige Lage. Der Staat sei „ein schlechter Unternehmer“, ruft Marnette aus, und erntet dafür Beifall. Das Desaster der Landesbanken spreche

> Aufschwung ist nicht dem Staat, sondern der Industrie zu verdanken

hier für sich. Es gereicht Marnette im Kreis der katholischen Unternehmer zur Ehre, dass er das Rückgrat besessen hat, wegen der undurchsichtigen Geschäfte der Landesbank vom Posten des Wirtschaftsministers in Schleswig-Holstein zurückgetreten zu sein.

Den gegenwärtigen Aufschwung der Wirtschaft verdanke man nicht der Politik, so der Manager, sondern allein der Exportkraft der Industrie. Deutschland käme deswegen so gut aus der Rezession heraus, weil hierzulande noch 25 Prozent der Wertschöpfung aus der industriellen Fertigung generiert würden. Dagegen wäre diese Quote in England oder den USA nur halb so hoch. Entsprechend wenig hätten diese Länder zu exportieren und entsprechend groß seien heute dort die wirtschaftlichen Probleme.

Was nach Politikerschelte klingt, wird auf der Tagung des BKU von der Politik direkt bestätigt. Hamburg ächzt unter einer Schuldenlast von 23 Milliarden Euro, so der Bericht des Hamburger Staatsrates der Finanzbehörde, Michael Voges. Allein der Schuldendienst für Zins und (eine kleine) Tilgung machen eine Milliarde Euro pro Jahr und damit knapp zehn Prozent des Hamburger Haushaltes aus. Trotz eines „Sparpaketes“ von 576 Millionen Euro wachse der Schuldenberg weiter. „Was wird aus Vater Staat?“, fragt daher der besorgte Staatsrat. Der Schuldendienst und die Ausgaben für die soziale Sicherung der Bürger (54,6 Prozent des Haushaltes) könne heute eine der reichsten Städte Europas kaum noch schultern. So bleibt kein Geld mehr übrig für die notwendigen Investitionen. Der Staat habe „über seine Verhältnisse gelebt“, hört man nun auch aus Hamburg.

Hinrich E. Bues

Der Teflon-Banker

Erneut besteht HSH-Chef Nonnenmacher Untersuchungsausschuss

Und wieder wurde der Chef der HSH Nordbank, Dirk Jens Nonnenmacher, nicht seines Amtes enthoben. Dabei hatte er doch dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Kiel Rede und Antwort zu den vielen Vorwürfen gegen ihn stehen müssen, doch offenbar hat er sich überzeugend geschlagen. „Eine falsche Bilanz ist keine gefälschte Bilanz“, klärte er dann auch selbstbewusst die Landtagsabgeordneten auf. So manches hochriskante Geschäft der HSH-Nordbank sei zwar aus heutiger Sicht falsch bilanziert worden, deswegen habe die Bank ja ihre Bilanz in diesem Sinne korrigiert.

Für viele Schleswig-Holsteiner und Hamburger ist es ein Rätsel, wieso der Mann trotz zahlreicher Skandale immer noch die Bank leitet, die von ihnen als Steuerzahler gestützt wird. Gleich in zwei Fällen ermitteln derzeit die Staatsanwälte gegen den 47-jährigen Mathematiker. Einmal geht es darum, wer wann was über dubiose Risikogeschäfte der Landesbank wusste, und dann um die Bespitzelung und die Fingierung eines Kündigungsgrundes eines unliebsamen Mitarbeiters durch die Sicherheitsfirma Prevent.

Zwar heißt es, der Aufsichtsrat der HSH Nordbank wolle am 2. Dezember über die Zukunft des Bankchefs beraten, doch eine Entlassung scheint äußerst unwahrscheinlich. Bisher steht der Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper fest hinter Nonnenmacher und betonte bereits mehrfach, dass, wenn Nonnenmacher gehen

> Die Staatsanwaltschaft ermittelt gleich in mehreren Fällen

müsse, er auch sein Amt niederlegen wolle. Und auch die im Aufsichtsrat vertretenen Landespolitiker haben schlicht das Problem, dass sie offenbar bisher niemanden haben finden können, der den Job von Nonnenmacher übernehmen wollte.

Bisher reduziert sich das Defizit der HSH Nordbank von Quartal zu Quartal, so dass Hamburg und Schleswig-Holstein hoffen dürfen, dass die gegebene Garantie in Höhe von zehn Milliarden Euro nicht greifen wird. Diese soll erst zum Einsatz kommen, wenn die Landesbank einen Verlust von mehr als 3,2 Milliarden Euro erleiden sollte, jedes Defizit, das kleiner ist, muss die Bank selber schultern. Und genau deswegen soll man im Hamburger Rathaus davon ausgehen, dass Nonnenmacher wohl auch den Neujahrsempfang 2011 der Bank ausrichten wird.

Allerdings wissen die Landesregierungen in Kiel wie in Hamburg, dass Nonnenmacher für die Bevölkerung eine Hassfigur ist. Seine arrogante Art und die Tatsache, dass alle Skandale keine Folgen für ihn zu haben scheinen, sorgen für Unmut. Doch wie heißt es so schön: Es gilt die Unschuldsvermutung bis zum Beweis des Gegenteils. Und bisher konnte nichts bewiesen werden. „Irgendwann kommt es aber gar nicht so sehr darauf an, was ihm persönlich vorzuwerfen ist – wir müssen dann vor allem die Reputation der Bank im Blick haben und deshalb einen personellen Neuanfang suchen“, gibt der Kieler FDP-Chef Wolfgang Kubicki zu bedenken. Allerdings wird Nonnenmacher nicht von alleine gehen. Selbst wenn ein Nachfolger gefunden ist, würde ohne Beweise eine Abfindung fällig werden. Und die gönnt man dem HSH-Chef noch weniger als sein Amt. *Bel*

Kalte Dusche

Von Hans Heckel

Die neuen Töne aus Ankara lassen aufhorchen: Israel als neuer Gefahrenherd, der Iran und die Islamisten hingegen keine Bedrohung mehr – so die für manchen überraschende Lageanalyse des türkischen Sicherheitsrats. Das ist eine kalte Dusche für all jene, die eben noch von der „Europatauglichkeit" des Landes phantasiert haben.

All die süßen Reden, der radikalislamische Hintergrund der Regierung Erdogan sei bloß die Erfindung notorischer Fremdenfeinde, verhallen in der unübersehbaren Realität. Aber nicht bloß für deutsche Träumer sollte die Wende Ankaras Anlass zur Einkehr sein. Auch die USA wären nun eigentlich aufgerufen, in Berlin in aller Form Abbitte zu leisten.

Jahrelang drängte Washington die zögerliche deutsche Kanzlerin Merkel, ihre Vorbehalte gegen einen EU-Beitritt der Türkei aufzugeben. Nun demaskiert sich der orientalische Protegée der USA als Gegner Israels und nähert sich gleichzeitig dem Iran an.

Wer allein davon noch nicht kuriert ist, den sollten die Auslassungen des türkischen Außenministers zu den anvisierten Folgen eines türkischen EU-Beitritts endgültig zur Vernunft bringen. Das europäische Christentum müsse „islamischer" werden, wenn die Türken zur EU gehörten, prophezeit Ahmet Davutoglu in dreister Anmaßung.

Schon jetzt beobachten die Deutschen voller Sorge das Einsickern der Scharia in ihr Rechtssystem. Davutoglu hat frank und frei ausgesprochen, wohin die Reise gehen soll.

Verdrehte Fakten

Von Stefan Hug

Im Zuge der hitzigen Debatte über Einwanderung und Integration geistert seit einiger Zeit ein Argument durch die Leitmedien der Republik, das sich bei genauer Untersuchung als falsch, ja irreführend erweist.

So behauptet neben der „Zeit" beispielsweise auch das ZDF auf seiner Internetseite, dass die Zahl der Türken in Deutschland abnehme. Die „Zeit" präzisiert: Seit 2006 ziehen mehr Menschen von hier in die Türkei, als aus dem Land am Bosporus nach Deutschland kommen. 2008 und 2009 habe der Saldo jeweils knapp über 10 000 Personen betragen.

Man wundert sich, wie selbst einflussreiche „Qualitätszeitungen" aus dieser einzelnen Statistik die Aussage konstruieren, dass die Zahl der Türken in Deutschland zurückgehe – und mit dieser Behauptung die Angst vor einer Islamisierung oft genug als unbegründete Phobie geißeln. Denn die Wanderungsbilanz zwischen beiden Staaten sagt für sich genommen wenig über das Wachstum der nach Millionen zählenden türkischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland aus. Denn diese bekommt schließlich Kinder.

Trotz Abwanderung: Die Zahl der Türken steigt weiter

Hier legt das Statistische Bundesamt eindeutige Zahlen vor: 2008 waren es 17 327, im Jahr 2009 15 759 Neugeborene, deren Eltern *beide* die türkische Staatsbürgerschaft hatten und sie nach deutschem und auch türkischem Recht an ihre Kinder weitergaben. Macht unterm Strich allein über 33 000 zusätzliche Türken in Deutschland ohne Einwanderung. Und diese Zahl ist gleich dreifach unvollständig: Hinzu kommen jene, wo nur ein Elternteil die türkische Staatsbürgerschaft hat, das andere Elternteil hingegen beispielsweise Staatsbürger eines anderen islamischen Landes. Die Kinder können dann türkische oder auch libanesische Bürger sein, ob sie durch ihre bloße Geburt in Deutschland schon intergriert sind, ist eine offene Frage. Das selbe gilt für die Kinder derjenigen, die eingebürgert sind, sich aber weiterhin als Türken empfinden. Auch ihre Zahl wird statistisch nicht erfasst, geht aber ebenfalls in die Tausende.

Überdies wurden in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt 2837 Asylbewerber meist kurdischer Volkszugehörigkeit aus der Türkei aufgenommen.

Der von ZDF und „Zeit" mit soviel aufklärerischem Gestus vermeldete Wanderungsverlust der vergangenen beiden Jahre von über 20 000 Personen wird durch diese Effekte vermutlich um mehr als das Doppelte ausgeglichen. Der von Thilo Sarrazin beklagte Trend bleibt also unverändert: Die orientalisch-muslimischen Bevölkerungsgruppen wachsen, junge deutsche Leistungsträger hingegen emigrieren scharenweise. Der Bevölkerung entgeht das nicht, auch wenn große Medien harte Fakten verschweigen und verdrehen.

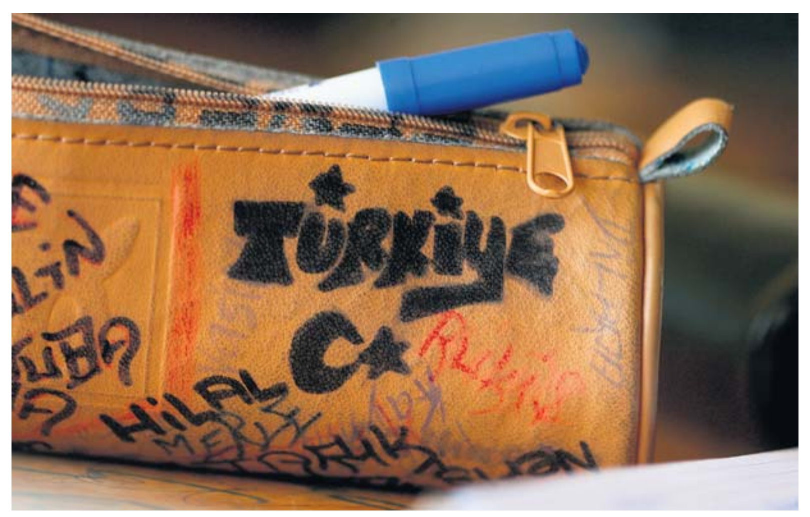
Wählte Gehorsam

Von Jan Heitmann

Dass Admiral Erich Raeder von einem Tribunal der Sieger im Jahre 1946 für seinen konsequenten Gehorsam juristisch verurteilt wurde (siehe Artikel Seite 11), ist vor dem Hintergrund der nicht unumstrittenen Legitimation des Gerichtshofes und der prozessualen Rahmenbedingungen seinerzeit auch auf Kritik gestoßen.

Gleichwohl hat sich der Großadmiral schuldig gemacht, indem er die Augen vor schwerstem Unrecht verschloss und seine hohe Position nicht dazu nutzte, auch nur im Ansatz dagegen aufzubegehren oder wenigstens seine Missbilligung zu äußern.

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine war ein Mann von noblem Charakter und lauterer Gesinnung, dem persönlich jede inhumane Neigung fremd war. Jedoch teilte er, betont konservativ und christlich eingestellt, mit anderen Spitzenmilitärs, aber auch hohen Beamten und Diplomaten die Tragik, sich nicht aus dem überlieferten Loyalitäts- und Gehorsamsdenken der protestantischen Kultur lösen zu können. Seinem Verständnis von Gehorsam und Ehre steht das Vermächtnis des preußischen Generals Johann von der Marwitz gegenüber: „Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte."



Was ist die gefühlte Heimat der Deutschtürken der zweiten Generation? Dieses Mäppchen einer Schülerin des Clauberg-Gymnasiums in Duisburg gibt einen Hinweis.

Bild: pa

Gastbeitrag



Die verdrängte Deutschenfeindlichkeit

Von Wolfgang Reith

Das Problem der Deutschenfeindlichkeit an deutschen Schulen ist keineswegs neu, wird aber jetzt erst im Rahmen der durch das Sarrazin-Buch angestoßenen Integrationsdebatte „plötzlich" entdeckt. Erfreulich daran ist zumindest die Tatsache, dass nun wenigstens öffentlich darüber diskutiert werden darf, denn bisher wurde das Phänomen ja schlichtweg ignoriert oder sogar bestritten. Dazu einige Anmerkungen aus eigener Erfahrung:

Von 1973 bis zu meiner Pensionierung 2009 war ich erst Lehrer und schließlich Schulleiter an einer Schule im Duisburger Norden (dort, wo seit zwei Jahren die bislang größte Moschee Europas steht). In den siebziger und achtziger Jahren waren die türkischen Schüler und deren Eltern voll integriert, die Schüler waren fleißig und strebsam, sie waren im Deutsch-Unterricht manchmal sogar besser als einige deutsche Schüler, weder gab es Schülerinnen noch Schülermütter mit Kopftuch. Das änderte sich Ende der 80er Jahre, als nach und nach eine türkische Infrastruktur und damit eine gewollte Ghettoisierung im Stadtteil entstand und sich eine Parallelgesellschaft bildete, in der bald eigene Gesetzmäßigkeiten herrschten. 1988 überschritt die Zahl der türkischen Schüler an unserer Schule die 50-Prozent-Marke, und da wurden die ersten Forderungen erhoben, nun müssten sich die Deutschen assimilieren. Türkische Schüler der 10. Klassen betonten, im Geschichtsunterricht hätten sie gelernt, Demokratie heiße „Herrschaft der Mehrheit des Volkes", und weil nun die Türken im Stadtteil die Mehrheit bildeten, sollten sich die Deutschen ihnen anpassen, und Türkisch sei als gleichberechtigte Sprache neben dem Deutschen zuzulassen. Tatsächlich gab es plötzlich türkischsprachige Formulare im Rathaus und in den Banken, und ebenso tauchten erste zweisprachige Schilder in der Öffentlichkeit auf. Man wollte sich betont „ausländerfreundlich" geben, und die Ausländer ihrerseits sahen keine Notwendigkeit mehr, die deutsche Sprache zu lernen. Kaum stellten die Türken die Mehrheit, bestanden sie darauf, dass bei Konferenzen übersetzt würde. Natürlich hing das auch damit zusammen, dass ab Ende der 80er/Anfang der 90er Jahren verstärkt Ehefrauen aus der Türkei importiert wurden (im Gegensatz zu den hier aufgewachsenen türkischen Frauen waren jene wenigstens noch nicht von der westlichen Kultur „verdorben"), die auch hierzulande nicht die deutsche Sprache erlernten, weil sie von ihren Ehemännern isoliert wurden. Übrigens ließen in den letzten Jahren Eltern, die als Kinder selbst unsere Schule besucht hatten und jetzt ihre eigenen Kinder zu uns schickten, ihre Aussagen von Dolmetschern übersetzen. Wenn ich erstaunt fragte, warum sie dies täten, denn schließlich hätten sie doch an unserer Schule einen deutschen Abschluss erreicht, dann erhielt ich oft in radebrechendem Deutsch die Antwort, man habe zwischenzeitlich alles verlernt.

Erfahrungen eines Schulleiters aus dem Duisburger Norden

Bald trug auch die Mehrheit der türkischen Mädchen und Frauen Kopftücher – selbstverständlich „freiwillig", wie immer wieder betont wurde –, und wer das nicht tat, dem wurde gelegentlich vom Hodscha gesagt, dass dies nicht nur unislamisch sei, sondern dass man als „nackt herumlaufende Frau" auch keine Chance habe, nach dem Tode ins Paradies zu kommen. Oft waren die Eltern fortschrittlicher im Denken als ihre Kinder, die nachmittags immer häufiger in die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Koran-Schulen gingen.

Die türkischen Lehrer, die seit 1980 für den muttersprachlichen Unterricht an unserer Schule tätig waren – in der Regel modern, europäisch gebildet und durchweg aus der Westtürkei stammend –, wurden gerade deswegen von den rückständigen anatolischen Landsleuten nicht akzeptiert, sondern von vielen abgelehnt, weshalb mehr und mehr Eltern ihre Kinder vom Unterricht in der Muttersprache (!) abmeldeten. Einen türkischen Lehrer, der in der Nähe von Izmir zu Hause war, meinten einige Schüler bei mir „anschwärzen" zu müssen, indem sie mir erklärten, der sei ja „halber Grieche" und deshalb nicht ernst zu nehmen. Eine türkische Kollegin wurde, weil sie kein Kopftuch trug, von den Eltern so unter Druck gesetzt, dass sie sich schließlich unter Tränen an eine andere Schule am Niederrhein versetzen ließ.

In den 90er Jahren kam es dann zu ersten antideutschen Handlungen. Es waren weniger körperliche Auseinandersetzungen, vielmehr wurden deutsche Schüler, aber auch manche Lehrerinnen wegen ihrer „unislamischen Lebensweise" als Schweinefresser, Schlampen (vor allem Mädchen, die bereits Freunde hatten), Ungläubige und schlimmstenfalls als Nazis beschimpft. Wenn ich bei Schulleiter-Konferenzen oder im Jugendausschuss der Stadt solche Probleme ansprach, wurde ich sofort ausgegrenzt, ja man bezichtigte mich einer offenkundig fremdenfeindlichen Haltung. Höchstens zwei oder drei weitere Schulleiter unterstützten mich, der große Rest hüllte sich in Schweigen.

Türkische Lehrerin wurde bedrängt, weil sie kein Kopftuch trug

In einer Nacht des Jahres 2002 wurde die Fassade der Turnhalle unserer Schule mit den Worten beschmiert: „Deutsche raus! Deutschland den Türken!" Wir benachrichtigten die Kriminalpolizei, die auch tatsächlich kam, doch erklärten mir die Beamten, es handele sich da um keine Straftat, und so gebe es auch keinen Anlass zu ermitteln. Als ich Unverständnis bekundete, wurde ich belehrt, dass der Fall umgekehrt hätte laufen müssen: Wenn nämlich an der Wand die Worte „Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!" gestanden hätte, wäre dies ein Fall für den Staatsschutz gewesen.

Seit 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen einen Schulversuch mit „Islamischer Unterweisung" (seit 2006 „Islamkunde"), einem islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, an dem auch unsere Schule teilnahm, weil wir dies nicht nur für sinnvoll erachteten, sondern darin zugleich ein Korrektiv zu den zahlreichen Koran-Schulen im Umfeld sahen. Anfangs war es noch Neugier, die viele (nicht die meisten!) islamischen Schüler dorthin „trieb". Doch schon nach zwei Jahren ließ das Interesse merklich nach, ältere Schüler und vor allem Schülereltern beschwerten sich über diesen Unterricht, weil der (moderne) Lehrer „keinen richtigen Islam" lehre. Obwohl ich jedes Jahr einen Bericht über den Schulversuch und seine Erfolge (Nichterfolge waren nicht vorgesehen!) vorlegen musste und meine Beobachtungen sehr deutlich zum Ausdruck brachte, reagierte man amtlicherseits überhaupt nicht darauf. Stattdessen nimmt der Zulauf zu den Koran-Schulen und den Moschee-Vereinen im Stadtteil zu, und was dort „gepredigt" wird, ist hinreichend bekannt.

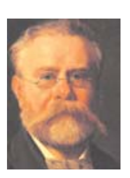
Die jetzt begonnene Debatte um dieses bisherige Tabuthema ist dringend vonnöten, und sie darf auf keinen Fall „ergebnisoffen" diskutiert werden. Deutschenfeindlichkeit muss endlich als das gesehen werden, was sie ist, nämlich als diskriminierende und kriminelle Handlungsweise vor allem islamischer jugendlicher Machos und Rambos, die glauben (und das auch sagen!), in Deutschland gebe es ja keine Gesetze, weil eine Demokratie eben ein freier Staat sei, in dem man ungestraft alles tun und lassen dürfe. Dieser Einstellung gehört dringend ein Riegel vorgeschoben.

Wolfgang Reith war von 1973 bis 2009 Lehrer und Schulleiter einer Hauptschule im Duisburger Norden, einem sozialen Brennpunkt. Er ist Träger der Ehrennadel des Preußeninstituts und außerdem Präsident der Afrika Fördergesellschaft e. V.

In Kürze

Auf Fritz Reuters Spuren

Denkmäler erinnern an den Dichter, auch sind Straßen in fast jeder größeren deutschen Stadt nach ihm benannt. Am 7. November jährt sich der Geburtstag des bedeutendsten Schriftstellers der niederdeutschen Sprache, Fritz Reuter, zum 200. Mal. Die Journalistin Birgid Hanke hat eine kurzweilige Biographie Reuters herausgebracht, die Einblick in das bewegte Leben des Dichters gibt. In Stavenhagen (heute Landkreis Demmin) wurde er als Sohn des Bürgermeisters Georg Johann Jakob Reuter geboren. Auf Wunsch des Vaters studierte er Jura in Rostock und Jena, wo er 1832 Mitglied einer Burschenschaft wurde, die er jedoch nach Meinungsverschiedenheiten wieder verließ. 1833 wurde Fritz Reuter im Zuge der sogenannten Demagogenverfolgung verhaftet, zum Tode verurteilt, dann aber in Festungshaft genommen, wo er bis 1840 blieb. Seinen ersten literarischen Erfolg hatte er 1853 mit „Läuschen un Rimels“. Mit Titeln wie „Ut mine Festungstid“ und „Ut mine Stromtid“ hat Reuter die niederdeutsche Sprache gesellschaftsfähig gemacht. Fritz Reuter starb am 12. Juli 1874 in Eisenach. *os*



***Birgid Hanke: „Reformer, Demokrat, Schriftsteller – Auf Fritz Reuters Spuren“**, Ellert und Richter Verlag, Hamburg 2010, 160 Seiten mit 42 Abbildungen, broschiert, 8,95 Euro*

Dynamik der Selbstfindung

Die Kunst der Renaissance hat nördlich der Alpen nationale Eigenarten entwickelt

Die Kunst der Renaissance erfreut sich zurzeit besonderer Beachtung. In Ausstellungen wie in Publikationen werden Künstler wie Michelangelo, Albrecht Dürer oder Lucas Cranach gewürdigt.

Nach mehr als 20 Jahren zeigt die Albertina in Wien eine Ausstellung mit Werken von Michelangelo Buonaroti (1475–1564). Der Italiener ist neben Leonardo da Vinci und Raffael einer der bedeutendsten Künstler der Renaissance. Gezeigt werden 120 Blätter aus eigenen Beständen der Albertina, aber auch Leihgaben aus großen Museen und aus Privatbesitz.

Noch heute streiten sich Wissenschaftler über die Echtheit so mancher graphischer Arbeiten Michelangelos. Das umfangreichste Werkverzeichnis enthält immerhin rund 600 figürliche Zeichnungsblätter. Eine Zahl, die Experten anzweifeln, zumal Michelangelo noch kurz vor seinem Tod in zwei Schüben die meisten seiner Blätter verbrannt haben soll, da er sich eher als Bildhauer, Maler und Baumeister sah denn als Zeichner. So wird die Auswahl in Wien durch Arbeiten von Freunden und Künstlerkollegen ergänzt, denen man früher oft Zeichnungen des Meisters zugeschrieben hat. Darüber hinaus werden Gemälde und Reliefs gezeigt, die nach Entwürfen des Florentiners entstanden.

Nicht nur in Wien hat man derzeit ein Augenmerk auf die Kunst der Renaissance geworfen, auch in Bonn, Stuttgart und Regensburg sind Werke von verschiedenen Künstlern dieser Epoche zu sehen. Während Italien als Ursprungsland der Renaissance anzusehen ist, haben sich in den Ländern nördlich der Alpen nationale Eigenarten entwikkelt. Der Malerei der deutschen Renaissance haben sich Anne-Marie Bonnet und Gabriele Kopp-Schmidt, ausgewiesene Expertinnen auf dem Gebiet der Kunst des 15. und 16. Jahrhunderts, gewidmet. In einem prachtvollen, reich bebilderten Band geben sie einen Überblick über die wohl wichtigste Epoche in der Geschichte der deutschen Kunst, die Maler hervorbrachte wie Albrecht Altdorfer, Lucas Cranach, Albrecht Dürer, Hans Baldung Grien, Matthias Grünewald und Hans Holbein.

„Um 1500 entdeckten diese Künstler im Dialog mit der italienischen Kultur eine atemberaubend sinnliche und tiefsinnige neue Welt, die sie in ihren atmosphärischen Naturbildern, lebensvollen Portraits, in ihren großen Altarschöpfungen und erzählfreudigen Historienbildern zu fassen versuchten“, erläutern die Autorinnen. „Ihre Kunst wurde lange als ‚altdeutsch‘ und zumeist – verglichen mit der zur Norm erhobenen italienischen Renaissance – als unterlegen angesehen. Sie ist nicht nur als ebenbürtig anzusehen, sondern auch als überaus eigenwillig und in vielfacher Hinsicht einzigartig ... Die Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit, zunächst der ‚importierten‘, der durch die italienischen Zeitgenossen aufbereiteten Antike, setzte eine Dynamik der Selbstfindung in Gang, die zum Nachdenken über das Eigene und zum Entwurf einer selbstbewussten deutschen Kultur führte.“ *os*

Bild: Schirmer/Mosel

Hans Baldung Grien: Der Tod und die Frau (Öl, um 1518 bis 1520, Ausschnitt; Kunstmuseum Basel)

***Ausstellungen zur Kunst der Renaissance:** Michelangelo – Zeichnungen eines Genies. Albertina Wien, bis 9. Januar 2011. Renaissance am Rhein, LVR-Landes Museum Bonn, bis 6. Februar 2011. Hans von Aachen – Hofkünstler in Europa. Kunsthistorisches Museum Wien, bis 9. Januar 2011. Hans Holbein d. Ä. – Die Graue Passion in ihrer Zeit, Staatsgalerie Stuttgart, 27. November 2010 bis 20. März 2011. Furtmeyr: Meisterwerke der Buchmalerei – Aufbruch zur Renaissance in Regensburg, Historisches Museum Regensburg, 29. November 2010 bis 13. Februar 2011.*

***Anne-Marie Bonnet und Gabriele Kopp-Schmidt: „Die Malerei der deutschen Renaissance – Albrecht Altdorfer, Lucas Cranach, Albrecht Dürer, Hans Baldung Grien, Matthias Grünewald, Hans Holbein.“** Schirmer/Mosel Verlag, München 2010, 416 Seiten, 313 Abbildungen in Farbe, 128 Euro*

In Kürze

Körner-Ring für Hilde Schmahl

Die Schauspielerin Hildegard Schmahl erhält als vierte Darstellerin den Hermine-Körner-Ring. Die Schauspielerin, Theaterleiterin und Regisseurin Hermine Körner (1878–1960) hatte verfügt, dass dieser Ring immer im Besitz einer „Schauspielerin mit ernsthaftem Streben“ sein soll. Mit Hildegard Schmahl wurde eine treffliche Preisträgerin erwählt, hatte sie doch als Zehnjährige in einem Schulaufsatz geschrieben, was sie einmal werden möchte: „Schauspielerin, von allen geliebt und verehrt.“



Der Start in das Schauspielerleben war nicht leicht für Hildegard Schmahl. Die 1940 im pommerschen Schlawe Geborene wuchs in Hamburg in ärmlichen Verhältnissen auf und musste so manchen Schicksalsschlag hinnehmen. Nach der Ausbildung an der Schauspielschule von Hildburg Freese erhielt sie Engagements am Hamburger Thalia Theater, in Braunschweig, Bern und Bochum, später in Berlin, Stuttgart und Wien. Seit 2001 ist sie Mitglied der Münchner Kammerspiele. Hildegard Schmahl verkörperte zahlreiche Frauengestalten in klassischen Theaterstücken wie „Emilia Galotti“ und „Minna von Barnhelm“. Aber auch im Fernsehen ist sie immer wieder einmal zu sehen, so in „Die Manns – Ein Jahrhundertroman“ oder in „Nirgendwo in Afrika“. *os*

Generaldirigent des Städtebaus in Berlin

Der Architekt Martin Wagner aus Königsberg gab nachhaltige Anstöße für die moderne Stadtplanung

Es muss nur groß sein, muss was darstellen und muss Geld kosten und muss sich gut fotografieren lassen.“ Diese Worte des Architekten und Städteplaners Martin Wagner sind keineswegs auf heutige Bausünden gemünzt, vielmehr bezog sich Wagner mit seiner Kritik auf das Berliner Hansa-Viertel, ein im Rahmen der Internationalen Bauausstellung „Interbau 57“ in lokkerer Bauweise unter Mitwirkung zahlreicher namhafter Architekten entstandenes Wohnviertel im Tiergarten. Wagner selbst hatte sich durch seine Planungen und

Wohnraum schaffen zur Regeneration

Entwürfe als Berliner Stadtbaurat (1926–1933) vor allem im sozialen Wohnungsbau einen Namen gemacht. Er wollte mit Wohnraum nicht allein ein Dach über dem Kopf schaffen, sondern vielmehr einen „Regenerator der physischen Arbeitskraft, die täglich in den Fabrikräumen verbraucht wird“. Anders als in den Mietskasernen des 19. Jahrhunderts waren in den neuen Wohnungen Bad, Toilette und Zentralheizung Pflicht. Die Grundrisse orientierten sich am Ideal der Kleinfamilie, es gab getrennte Zimmer für Wohnen und Schlafen, es gab Balkon oder Loggia. Düstere Hinterhöfe sollten der Vergangenheit angehören, die Anlagen waren hell, die Bewohner sollten in den Grünanlagen Erholung finden.

In Zusammenarbeit mit dem Architekten Bruno Taut entstand ab 1925 in Berlin-Britz die Hufeisensiedlung, die als Meisterstück Wagners gilt. Sie zeichnet sich durch eine geschlossene Randbebauung an der Straße, große Freiflächen und eine einheitliche Gestaltung aus. Mit einem Abstand von 30 Jahren schrieb Wagner über die Hufeisensiedlung: „Ich scheue mich heute nicht zu sagen, dass es ein städtebauliches, wie ökonomisches Glanzstück der 20er Jahre war, aber – heute der Vergangenheit angehört! Die Zeit hat uns nicht nur 30 Jahre älter gemacht, sondern auch 30 Jahre vorwärts gebracht ... in Richtung eines Städtebaus, der wirklich soziologisch-ökonomisch-morphologische ‚Stadtschaften‘, aber nicht ‚Schlafschaften‘ erbaut.“ Dass seine Hufeisensiedlung allerdings noch einmal 50 Jahre weiter von der Unesco zum erhaltenswerten Weltkulturerbe ernannt werden würde, hat sich Martin Wagner ganz gewiss nicht träumen lassen.

Der Königsberger Martin Wagner, der vor 125 Jahren, am 5. November 1885, in der Pregelstadt geboren wurde, hatte sein Handwerk von der Pike auf gelernt. In Berlin und Dresden studierte er Architektur und Städtebau an der Technischen Hochschule und schloss sein Studium als Diplomingenieur ab. Seine erste Stelle bekam er in der Hochbauabteilung der Gemeinde Berlin-Weißensee. Nach einer Anstellung in Hamburg wurde er Leiter des städtischen Bauamts in Rüstringen (heute ein Teil von Wilhelmshaven). Ab 1914 war er beim Verband Groß-Berlin als Atelierleiter tätig. 1915 legte er seine Dissertation „Das sanitäre Grün der Städte“ vor, ein Problem, das ihn auch in der praktischen Arbeit beschäftigte. Noch 1918 wurde Wagner als Soldat eingezogen und an die Westfront geschickt.

Nach dem Ersten Weltkrieg wirkte der Architekt zunächst als Stadtbaurat von Schöneberg (damals noch nicht zu Berlin gehörend), dann als Geschäftsführer der Deutschen Wohnungsfürsorge AG. 1926 wurde er zum Stadtbaurat von Berlin gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu seiner Emigration 1933 inne. In diesen Jahren entstanden in Zusammenarbeit mit namhaften Architekten der Zeit neben der Hufeisensiedlung, die Siedlung Eichkamp, die Waldsiedlung Onkel-Toms-Hütte in Zehlendorf, das Strandbad Wannsee und das Bad am Müggelsee.

„Der Städtebau einer Weltstadt“, so erläuterte Wagner 1929 in einem Vortrag seine Visionen, „braucht sein Orchester von Architekten und Künstlern. Der Generaldirigent des Berliner Städtebaus kann immer nur Dirigent und nicht selbst eigener Künstler aller städtebaulichen Aufgaben sein. Ich habe es immer als meine vornehmste Aufgabe angesehen, für die großen Bauaufgaben Berlins die namhaftesten Künstler als tätige Mitarbeiter heranzuziehen und ihre Begabungen zu einem Orchester zusammenzustellen ... Der Dirigent kann überdies wechseln, die Partitur der Weltstadt aber will weitergespielt werden. Wir brauchen eine Art Tradition in der Arbeit auch in unserem kurzlebigen Zeitalter, und diese Tradition zu wahren, ist die Aufgabe der mit tätigen Künstlerschaft.“



Gilt als Martin Wagners Meisterstück: Die 2008 von der Unesco ausgezeichnete Hufeisensiedlung Bild: pa

Als 1933 Käthe Kollwitz und Heinrich Mann aus der Akademie der Künste abberufen wurden, protestierte Wagner vehement und legte seine Mitgliedschaft nieder. Nach den Wahlen im März wurde er als einer der ersten aus seinem Amt entlassen. Um seine Familie ernähren zu können, musste er sein Haus in der Siedlung Eichkamp verkaufen. Unter dem Namen seiner Frau veröffentlichte er noch einige Artikel in der „Deutschen BauZeitung“, dann aber war es Zeit, Deutschland zu verlassen. Hans Poelzig hatte in der Türkei sondiert, ob es dort für Wagner berufliche Möglichkeiten gebe. Die türkische Regierung sagte zu, ihn als Berater in Stadt- und Landesplanungsfragen einzustellen. Da ihm das Geld für die Fahrt fehlte, sammelte eine Gruppe junger Architekten untereinander die Fahrtkosten. 1936 traf Wagner in der Türkei ein. Die Arbeit in Istanbul und ab Dezember 1937 in Ankara war nicht sehr befriedigend. Als Leiter des gesamten Städtebaus in der Türkei verfügte er in seinem Büro kaum über Mittel und Fachkräfte.

Walter Gropius, der inzwischen an der Harvard-Universität lehrte, gelang es, für Martin Wagner dort ebenfalls einen Lehrstuhl zu

Ein böses Gerücht machte die Runde

erlangen. 1944 wird der Königsberger Bürger der USA und ein Jahr später zum Mitglied der „American Academy of Arts and Sciences“ gewählt.

Eine Rückkehr nach Deutschland wurde unmöglich, da Wagner zum einen immer streitbarer wurde und die dortigen Kollegen zum anderen sehr zurückhaltend waren, manche sogar geradezu bösartig. Immer wieder wurde im Zusammenhang mit Wagner das nicht mehr aus der Welt zu schaffende Gerücht kolportiert, er habe Berlin in Trümmern liegen lassen wollen, um es irgendwo in Brandenburg oder in der Lüneburger Heide wieder aufzubauen. Im Begriff, die Auseinandersetzungen vor Ort zu führen, starb Martin Wagner am 28. Mai 1957 in Cambridge/Massachusetts.

Silke Osman

Wahrzeichen der deutschen Nordseeküste

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven ehrt noch bis zum 30. Januar den Leuchtturm „Roter Sand“ mit einer Sonderausstellung. Anlass ist der 125. Jahrestag der Inbetriebnahme in der Wesermündung am 1. November 1885. Etwa 50 Kilometer vor Bremerhaven wurde „Roter Sand“ 1885 als erstes unmittelbar auf dem Meeresboden gegründetes Bauwerk errichtet. Rasch wurde das Leuchtfeuerbauwerk zum Wahrzeichen der deutschen Nordseeküste als erster oder letzter Gruß für alle, die über die Nordsee nach Deutschland heimkamen oder das Land verließen.

Von den 56 Metern Höhe des Bauwerks liegen 22 Meter unter dem Niedrigwasser. Der untere Teil des Turms enthält den Pegelschacht und Wasserzisternen, der darüber liegende Raum dient als Magazin. Darauf folgen Schlafraum, Küche und Wachraum sowie eine Galerie mit Laternenhaus.

Das 1964 außer Dienst gestellte Seezeichen wurde 1987 aus Mitteln des Bundes, des Landes Niedersachsen und des Fördervereins „Rettet den Leuchtturm Roter Sand e.V.“ gesichert. In einer spektakulären Aktion konnte der Turm damals gerettet werden. 1987 übertrug der Bund das Bauwerk



„Roter Sand“ Bild: Archiv

der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (SDS) und stellte ein Stiftungskapital für die Errichtung einer treuhänderischen Stiftung zur Erhaltung des Turmes zur Verfügung. Seither sind aus Mitteln der Stiftung Leuchtturm Roter Sand und der DSD mehr als 0,7 Millionen Euro in die Sanierung und Restaurierung dieses technischen Denkmals geflossen.

Das ehemals bedeutende Seezeichen zwischen Bremerhaven und Helgoland ist für Besucher zugänglich. Tages- und Übernachtungsfahrten können bei der BIS Bremerhaven-Touristik gebucht werden. Bisher zählte der Leuchtturm, dessen Inneneinrichtung originalgetreu wiederhergestellt wurde, mehr als 5500 Tages- und über 800 Übernachtungsgäste.

PAZ

Nähere Informationen über die Besuchs- und Übernachtungsmöglichkeiten sind erhältlich bei BIS Bremerhaven Touristik, Telefon (0471) 94646-100, Fax (0471) 94646-190, E-Mail: touristik@bis-bremerhaven.de. Weitere Informationen über die Ausstellung erteilt das Deutsche Schifffahrtsmuseum, Hans-Scharoun-Platz 1, 27568 Bremerhaven, Telefon(0471) 48207-0, Fax (0471) 48207-55, E-Mail: info@dsm.museum.

Zweiter Anlauf zum Großreich

Auch das Zweite Göktürkische Reich hatte sein Zentrum in Fernost – Die Geschichte der Türken (Teil 2)

Wie der Untergang des Ersten Göktürkischen Reiches mit dem Aufstieg der Tang-Dynastie im benachbarten China ging der Aufstieg des Zweiten Göktürkischen Reiches mit einer Schwächephase der Tang-Dynastie einher.

Dem Tang-Kaiser Taizong, der dem Osttürkischen Reich 630 dessen Ende bereitet hatte, war nach seinem Tod im Jahre 649 sein Sohn Gaozong auf den chinesischen Thron gefolgt. Gaozong wird als ruhige und fügsame Person ohne große Eigeninitiative beschrieben und geriet unter den Einfluss der Konkubine Wu Zetian. Sie ging als „schreckliche Kaiserin“ in die chinesische Geschichte ein, weil sie in den Jahren 655 bis 683 mit brutalen Methoden die Macht an sich riss. Nachdem sie zwei eigene Kinder und 683 den Kaiser selbst, dessen Ehefrau sie inzwischen war, ermordet und später zwei als Kaiser eingesetzte eigene Söhne abgesetzt beziehungsweise zur Abdankung gezwungen hatte, griff sie im Jahre 690 selbst nach der Kaiserwürde.

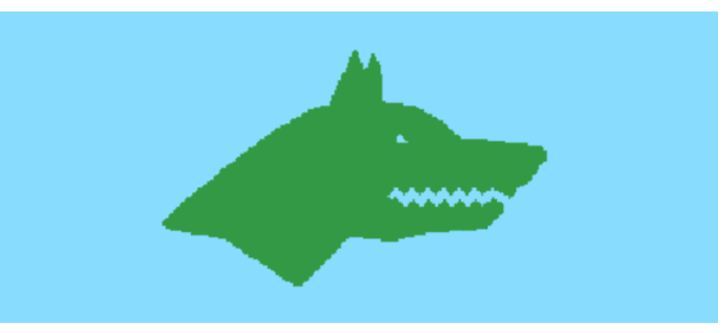
Diese Thronwirren und die fehlende Legitimation der vormaligen Konkubine Wu Zetian destabilisierten China. Zu dieser innenpolitischen Schwächung kam mit den Tibetern ein äußerer Feind, der 670 die sogenannten vier Garnisonen der Chinesen – Kaschgar, Choton, Kutsch und Karaschahr – und damit das Tarim-Becken in seine Gewalt brachte.

Damit war die Grundlage für die zweite große Reichsgründung der frühen Türken geschaffen. Sie lebten seit dem Untergang ihres ersten Reiches unter chinesischer Herrschaft und waren unzufrieden mit ihrer Oberschicht. Diese übernahm zusehends den luxuriösen chinesischen Lebensstil, während die Massen verarmten. Mit Raubzügen den Lebensstandard zu verbessern, war den türkischen Nomaden unter chinesischer Herrschaft ebenso verwehrt wie die eigenen Herden weiden zu lassen, wo sie wollten. Bei dieser Unzufriedenheit der Türken und der Schwäche ihrer chinesischen Herren bedurfte es für einen Aufstand nur noch einer geeigneten Führungspersönlichkeit.

Sie fand sich in Kutlug, was so viel heißt wie der mit Segen Behaftete oder Versehene. Dieser Stammesführer entstammte wohl dem Herrscherhaus des Ersten Türkischen Reiches; und obwohl er als Söldner in chinesischen Diensten gestanden hatte, war er der traditionellen türkischen Lebensweise verbunden.

Nach einer Niederlage gegen die Chinesen 681 floh er mit seinen Anhängern in das Hochgebirge des Yin-shan. Von dort zog er dann weiter in das Hangay-Gebirge. Kutlug hatte das Glück, in Bilgä Tonjukuk einen Berater zu haben, der ebenso klug wie loyal war. Von letzterem stammt ein bemerkenswertes Plädoyer für die Migration: „Die Türk sind an Zahl sehr gering; nicht einmal ein Hundertstel der Bevölkerung der T'ang [= Chinesen der Tang-Dynastie]. Dass wir trotzdem den T'ang immer wieder Widerstand leisten konnten, verdanken wir gerade der Tatsache, dass wir Wasser und Gras suchend herumziehen, keinen beständigen Wohnort haben und von der Jagd leben. Die Lehren in den buddhistischen und taoistischen Tempeln bringen den Menschen nur Güte und Nachgiebigkeit bei. Das ist nicht der Weg zum Kriegführen und Machterwerben.“

Auf Tonjukuks Rat hin wurden nun die türkische Stammeskonföderation der Oghusen nördlich des Hangay angegriffen und von der Ötükän-Gebirgsweide vertrieben. Das war folgenschwer, weil das Ötükän-Gebiet als heilig galt und seinem Beherrscher eine besondere Autorität verlieh. Mit dieser Autorität im Rücken gelang es Kutlug ab 682, die Göktürken hinter sich zu einen und ein Zweites Türkisches Reich zu gründen. Bis zu Kutlugs natürlichen Tod 691 oder 692 erreichte dieses Zweite Reich in etwa die Größe des früheren Osttürkischen Reiches. Die ihm verliehene Ehrenbezeichnung „Eltäris“, was so viel heißt wie Reichssammler, zeugt von diesem Werk.



Sinnbild des Göktürkenreiches: „Gök“ heißt Himmel oder blau; der Wolf ist das pantürkische Totemtier. Noch heute verwenden türkische Nationalisten – etwa die 1961 von Alparslan Türkes gegründete Gruppe der „Grauen Wölfe“ – dieses Raubtier gern als Symbol. Bild: Archiv

Das Reich war 22 Mal so groß wie die heutige Türkei

Da Kutlugs Sohn Kül-Tegin beim Tode seines Vaters erst sechs Jahre alt war, bestimmte der Reichstag (Kuriltai) des Reichsgründers Bruder Kapagan zum Regenten. Kapagan betrieb eine sehr expansive Politik. Ihm unterstellten sich freiwillig die Stämme der Karluken und Oghusen, aber er unterwarf auch nichttürkische Völker wie die Kitan. Bis 699 hatte das Zweite in etwa wieder das Ausmaß des Ersten Türkischen Reiches erlangt.

Zum Wohlstand des Reiches trugen auch Überfälle auf die Chinesen bei, laut deren Quellen allein 25 in der Regierungszeit Kapagans. Vergebens versuchten sich die Chinesen durch Tributzahlungen hiervon freizukaufen. Kaiserin Wu Zetian schickte ihm sogar einen ihrer Verwandten, als Kapagan von den Chinesen einen kaiserlichen Prinzen für seine Tochter begehrte. Statt den Verwandten der Kaiserin zu seinem Schwiegersohn zu machen, sperrte er ihn ein, da er die Legitimität der vormaligen Konkubine auf dem Drachenthron anzweifelte und einen Tang-Prinzen als ebenbürtigen Partner für seine Tochter wünschte. Kapagan trug denn auch das seine dazu bei, dass die Kaiserin 703 zugunsten von Gaozongs Sohn Zhongzong abdankte und die Herrschaft der Tang-Dynastie restauriert wurde.

13 Jahre später ereilte Kapagan in der heutigen Mongolei nördlich des Flusses Tula ein gewaltsamer Tod. Auf dem Rückweg von einer erfolgreichen Strafexpedition gegen den ebenfalls türkischen Bayirku-Stamm, der mit den Chinesen kollaboriert hatte, wurde er von Überlebenden dieses Stammes überfallen und getötet.

Nun proklamierte sich Kapagans Sohn Bögü zu dessen Nachfolger als Kagan (Großkhan, Kaiser). Während Kapagans Regierungszeit hatte sich jedoch Kutlugs Sohn Kül-Tegin als Heerführer profiliert. Daran änderte auch seine Schlappe im Kampf gegen die muslimischen Araber nichts, die ab 705 Mittelasien überrannten. Bei Buchara hatten diese ihn blutig zurückgeschlagen. Die Araber mit ihrem Islam waren seinerzeit jedoch noch zu unbedeutend als dass sie ihm oder dem Göktürkischen Reich, dem er diente, hätten gefährlich werden können.

Nach dem Tode seines Herren Kapagan tötete Kül-Tegin nun dessen Familie einschließlich Bögü und auch dessen Berater – mit einer wichtigen Ausnahme: Tonjukuk. Tonjukuk war der Schwiegervater von Kül-Tegins Bruder Mo-chi-lian. Diesen Bruder Mo-chi-lian, der bisher den Westteil des Reiches verwaltet hatte, setzte Kül-Tegin nun als neuen Kagan durch.

Bilgä Kagan (weiser Kagan), so sein Beiname, dienten als Berater sein Bruder Kül-Tegin und sein Schwiegervater Tonjukuk. Die Zusammenarbeit dieser drei Männer brachte dem Göktürkenreich 18 Jahre einer vorher nicht gekannten Stabilität. Das Territorium reichte vom Schwarzen Meer bis nach China und vom Altai bis zum Hindukusch und war mit 18 Millionen Quadratkilometern mehr als 22 Mal so groß wie das der heutigen Türkei.

Der Anfang vom Ende des Reiches begann mit dem Tode dieser drei Männer. Erst starb 732 Kül-Tegin, dann Tonjukuk. Und schließlich fiel Bilgä Kagan einem Giftanschlag zum Opfer. Dem Sterbenden war es noch vergönnt die Hinrichtung der Attentäter mitzuerleben, aber seinem Reich half das nicht mehr. Der „Reichssammler“ (Eltäris) Kutlug hatte die Stämme zu einem Reich gesammelt. Bilgä Kagans Nachfolger gingen sie wieder verloren. Nach chaotischen Thronwirren einigten sich 744 die Basmil, die Karluk und die Oghusen, standen auf und vertrieben das von Kuglut begründete Herrschergeschlecht ins chinesische Exil.

Manuel Ruoff

Friede durch Freihandel

England und Frankreich gewährten einander 1860 im Handel die Meistbegünstigung – andere Staaten folgten

Der Anfang 1860 zwischen England und Frankreich abgeschlossene „Cobden-Chevalier-Vertrag“ markierte in der Mitte des 19. Jahrhunderts den Höhepunkt einer kurzen, aber glücklichen Zeit des Freihandels, der bald auch auf Preußen und andere europäische Länder übergriff. Erst die Weltwirtschaftskrise von 1873 und ein aufkommender imperialer Nationalismus, der schließlich in den Ersten Weltkrieg führte, machten diese hoffnungsvolle Entwicklung zunichte.

Die im 18. und 19. Jahrhundert führende Industrienation und Weltmacht, Großbritannien, ergriff ab 1846 zunächst einseitig beachtliche Initiativen. Auf den britischen Inseln wurden die Schutzzölle auf Getreide abgeschafft. Damit fiel ein wichtiges Symbol des Protektionismus, es war ein klares Signal für liberale handelspolitische Beziehungen in Europa. Zugrunde lag dieser Wende die Einsicht von britischen Volkswirtschaftlern wie Adam Smith und David Ricardo, dass der Freihandel für beide Partner von Nutzen sei. Wenn jeder das, was er zumindest relativ günstiger herstellen kann, verkauft und kauft, was er nicht (oder auch nur „komperativ teurer“) herzustellen vermag, gewinnen beide Seiten, so die grundlegende volkswirtschaftliche Erkenntnis, die bis heute gilt.

Britische Politiker und Ökonomen, unter ihnen besonders Ri-



Richard Cobden Bild: Archiv

chard Cobden (1804–1865), gründeten daher Vereinigungen zur Verbreitung der Freihandels-Idee. In der Folgezeit gelang es Cobden und seinen Mitstreitern eine Gruppe von französischen Ökonomen für ihre Liberalisierungspläne zu gewinnen. Das war angesichts des Protektionismus, der seit Jean-Baptist Colberts (1619–1683) Zeiten in Frankreich herrschte, ein mehr als erstaunlicher Erfolg. Eine besondere Rolle spielte dabei Michel Chevalier (1806–1879), seines Zeichens Chefökonom Kaiser Napoleons III. Er fand bei dem Neffen Napoleons I., der längere Zeit im englischen Exil gelebt hatte, offene Ohren für seine Pläne.

So gelang es Cobden und Chevalier, gegen massive Widerstände von Parlament und Wirtschaftsverbänden, einen Vertrag auszuhandeln, der weitgehenden Freihandel zwischen beiden Ländern ermöglichte. Der englisch-französische Handelsvertrag von 1860 bedeutete nicht nur eine Zäsur in den Wirtschaftsbeziehungen Frankreichs mit seinem Nachbarn jenseits des Ärmelkanals, sondern bildete in gewisser Weise auch den Beginn einer neuen Ära europäischer Politik.

Der Cobden-Chevalier-Vertrag machte Schule und war in den 1860er Jahren ein Vorbild für Folgeabkommen, so auch mit dem Königreich Preußen im Jahr 1862. Das war durchaus gewünscht, denn die beiden Ökonomen waren fest davon überzeugt, dass die zwingende und unmittelbare Folge des Freihandels der Friede sei.

So weitete sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts das Staatensystem ins Globale aus, wirtschaftli-



Michel Chevalier Bild: Archiv

che und gesellschaftliche Kräfte beeinflussten die außenpolitischen Entscheidungen weit stärker als zuvor. Insgesamt lösten sich die bisher geltenden Grenzen zwischen Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik zunehmend auf, alle drei Bereiche verflossen mehr ineinander. Der Cobden-Chevalier-Vertrag ist ein frühes Beispiel für diesen Prozess.

Mit Blick auf die heutige Zeit fasziniert besonders die Parallele zwischen der Entstehung der europäischen Freihandelszone im 19. Jahrhundert und der Bildung eines europäischen Gemeinsamen Marktes (Common Market) im 20. Jahrhundert. Einige Forscher sprechen gar von einem „First Common Market“. Etwas überspitzt könnte man den Cobden-Chevalier-Vertrag auch als einen Vorläufer der rund 100 Jahre später unterzeichneten Römischen Verträge bezeichnen. Ein Unterschied besteht aber sicher darin, dass die liberale Weltwirtschaftsordnung im 19. Jahrhundert ohne nennenswerte internationale Organisationen entstand. Sie war bilateral und noch nicht multilateral strukturiert. Der Erste Weltkrieg zerschlug dann diese frühe europäische Wirtschaftsordnung; erst die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges führte die europäischen Völker auf neue, friedliche Bahnen und ermöglichte den heutigen europäischen Freihandel, einen Grundstein des gegenwärtigen Wohlstands.

Hinrich E. Bues

Marinechef unter dem Hakenkreuz

Vor 50 Jahren starb mit Generaladmiral Erich Raeder der höchste Offizier der deutschen Seestreitkräfte von 1928 bis 1943

Er verkörpert ein halbes Jahrhundert deutscher Marinegeschichte. 30 Jahre davon stand er an der Front und im Oberkommando der Marine an verantwortlicher Stelle, und fast 15 Jahre lang war er Chef der deutschen Seestreitkräfte. Vor 50 Jahren starb Großadmiral Dr. h.c. Erich Raeder im Alter von 84 Jahren in Kiel.



Befehlshaber und Befehlsempfänger: Adolf Hitler und Erich Raeder bei einem Flottenbesuch

Bild: pa

Geboren wurde Raeder am 24. April 1876 im damals noch preußischen Wandsbek. Von einer romantisch verklärten Liebe zur See beseelt, trat er im April 1894 in die Kaiserliche Marine ein. Nach den üblichen Ausbildungsabschnitten und Bordkommandos legte er 1897 die Seeoffiziersprüfung mit „allerhöchster Belobigung“ ab. Eine Reise als Adjutant des Kommandanten des Großen Kreuzers „Deutschland“ nach Ostindien regte ihn zu seiner ersten schriftstellerischen Arbeit an, einem Buch über den „Aufstand auf den Philippinen“. Bald darauf ergänzte er seine militärischen Kenntnisse durch wissenschaftliche Studien. Im April 1904 erhielt der Kapitänleutnant als Referent im Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes eine Verwendung, die in besonderem Maße seinen geistigen Fähigkeiten und Neigungen entsprach. Seine Aufgaben erfüllte er so gut, dass er im April 1911 zum Korvettenkapitän befördert und als Navigationsoffizier auf die kaiserliche Yacht „Hohenzollern“ kommandiert wurde. Den Kriegsausbruch 1914 erlebte Raeder als 1. Admiralstabsoffizier beim Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, auf dessen Flaggschiff er an verschiedenen Einsätzen und der Skagerrakschlacht teilnahm. Erst Anfang 1918 erhielt Raeder als Kommandant des Kleinen Kreuzers „Cöln“ sein erstes selbständiges Kommando.

Bei Kriegsende wurde Fregattenkapitän Raeder in die Waffenstillstandskommission entsandt und Ende 1918 als Chef der Zentralabteilung ins Marineamt versetzt. Damit war er einer der engsten Berater des Marinechefs, Admiral Adolf von Trotha. Als Folge der Verwicklung Trothas in den Kapp-Putsch war auch Raeder kompromittiert, so dass er im März 1920 in das Marinearchiv versetzt wurde. Hier arbeitete er zwei Jahre lang an der amtlichen Seekriegsdokumentation, zu der er zwei Bände beisteuerte. Für diese wissenschaftliche Leistung verlieh ihm die Universität Kiel 1926 die Ehrendoktorwürde. Im Juli 1922 wurde Raeder zum Konteradmiral und zum Inspekteur des Bildungswesens der Marine ernannt. Zwei Jahre später folgte die Ernennung zum Befehlshaber der Leichten Seestreitkräfte der Nordsee und im Januar 1925 die Versetzung auf den Posten des Chefs der Marinestation der Ostsee. Am 1. Oktober 1928 stieg Raeder an die Spitze der Reichsmarine auf.

Als Chef der Marineleitung widmete er sich – seiner rein soldatisch orientierten, christlich-konservativen Grundeinstellung entsprechend – ungeachtet der Zeitströmungen dem Aufbau einer leistungsfähigen, einsatzbereiten Flotte. Dieser Aufgabe fühlte sich der gänzlich unpolitische Raeder unter Reichskanzler Adolf Hitler ebenso verpflichtet wie unter dessen Vorgängern. Mit dem von ihm gewählten Weg einer unbedingten Staatstreue stellte er den Ruf der durch verschiedene Affären politisch kompromittierten Marine wieder her. Es gelang ihm, ihr innere Geschlossenheit und Stärke zu geben und sie so dem nationalsozialistischen Einfluss teilweise zu entziehen.

Mit der Gründung der Kriegsmarine 1935 wurde Raeder deren Oberbefehlshaber mit Ministerrang, seit April 1939 im Range eines Großadmirals. Zur Jahreswende 1938/39 legte er den „Z-Plan“ vor, der eine kleine aber kampfstarke Flotte vorsah, die vorwiegend aus schweren Überwassereinheiten und einer schlagkräftigen U-Boot-Waffe bestehen sollte. Ebenso nachdrücklich wie vergeblich warnte er Hitler vor einem frühzeitigen Waffengang, da die Marine noch lange nicht kriegsbereit sei. Grundsätzliche Einwände gegen den Krieg erhob er nicht.

Bei Kriegsbeginn 1939 war die von Raeder konzipierte Flotte demzufolge zu schwach, „um in einem mehrjährigen, weltweiten Seekrieg erfolgreich sein zu können“ und lediglich ausreichend, „um die britischen Seeverbindungen einige Zeit stören und in Ehren untergehen“ zu können, wie Raeder seinem Obersten Befehlshaber unverblümt erklärte. Dennoch zeigte die Kriegsmarine unter seiner Führung Leistungen, die weit über die Erwartungen hinausgingen. Der spektakuläre Verlust mehrerer Großkampfschiffe brachte seinen Stern indes zum Sinken. Als Hitler Anfang 1943 in einer Besprechung über die Zukunft der Großkampfschiffe ausfallend wurde, erbat der Marinechef seinen Abschied, der ihm am 30. Januar 1943 bewilligt wurde. Auslöser für das Zerwürfnis war das „Unternehmen Regenbogen“, ein Ende 1942 durchgeführter Flottenvorstoß gegen einen britischen Geleitzug im Nordmeer. Dabei hat die Kriegsmarine blamable Verluste erlitten und den Einsatz schließlich erfolglos abgebrochen.

Als Angeklagter vor dem Nürnberger Gerichtshof beeindruckte der 70-Jährige viele durch sein aufrechtes und unerschrockenes Auftreten. In tiefster innerer Überzeugung, stets ehrenhaft gehandelt zu haben, wies er den Vorwurf, ein Kriegsverbrecher zu sein, entrüstet zurück. Der Vorwurf von Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde gegen ihn allerdings auch nicht erhoben. Der Hauptvorwurf war die Mitwirkung an der Kriegsvorbereitung. Dafür wurde er im Oktober 1946 zu lebenslanger Haft verurteilt. Es sagt viel über die Haltung Raeders, dass er die Umwandlung dieser Haftstrafe in Erschießung beantragte, was ihm aber verweigert wurde. Als „Häftling Nr. 4“ verbrachte Raeder bittere Jahre im alliierten Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau, bis er im September 1955 schwerkrank aber geistig ungebrochen vorzeitig entlassen wurde. Seinen Lebensabend verbrachte Raeder mit der Aufzeichnung seiner Lebenserinnerungen in Kiel, wo er am 6. November 1960 starb.

Jan Heitmann

Raeders Vorstellung vom »unpolitischen Soldaten«

Wenn ich mich irgendwie schuldig gemacht haben sollte, dann höchstens in der Richtung, dass ich trotz meiner rein militärischen Stellung vielleicht nicht nur Soldat, sondern doch bis zu einem gewissen Grade auch Politiker hätte sein sollen.“ Dieses Schlusswort Raeders in Nürnberg macht die Tragik in seinem Leben deutlich.

Wie viele seiner Offizierskameraden traumatisch durch die Matrosenrevolte und die Zäsur der Niederlage von 1918 geprägt, war Raeder davon überzeugt, dass sich Ungehorsam in der Marine niemals wiederholen dürfe. Für ihn war die Marine ein von allen anderen Bezügen losgelöstes, in sich geschlossenes und homogenes Gebilde, frei von Politik und unabhängig von der herrschenden Staatsform. Er ordnete sich und die Marine – seinem konservativen Loyalitätsverständnis entsprechend – Hitler ohne Einschränkung und vollkommen kritiklos unter. Raeders Verantwortung für die Flotte und später auch für die Führung des Seekrieges war unumstritten, doch für die „große Strategie“ oder gar die Politik fühlte er sich nicht zuständig. Die Tragweite von Hitlers Außen- und Kriegspolitik hat Raeder vermutlich nie wirklich begriffen. Für ihn war sie nur eine Neuauflage der wilhelminischen Weltpolitik mit schärferen Mitteln und anfänglich großen Erfolgen, die nicht nur ihn beeindruckten. Sie zu hinterfragen, ist ihm wohl nicht in den Sinn gekommen, rechtfertigte er sich doch noch in seinen Memoiren, die menschliche Größe eines Soldaten sei nicht abhängig davon, „ob die politischen Umstände eines Krieges anerkannt oder abgelehnt“ würden. Als gehorsamer und treuer Soldat funktionierte Raeder ebenso reibungslos wie er widerspruchslos gehorchte, weshalb ihn Hitler als einzigen Spitzenmilitär neben Göring bis zum Zerwürfnis 1943 im Amt beließ.

In Nürnberg stellte er sich rückhaltlos vor seine Untergebenen und übernahm die volle Verantwortung für die Führung des Seekrieges und alle von ihm erteilten und weitergeleiteten Befehle. Seine Rechtfertigung war in allen Anklagepunkten ebenso schlicht wie typisch für ihn: Alle seine Handlungen seien formal durch „Führerbefehle“ gedeckt gewesen. Widerspruch „wäre Meuterei gewesen“, und das hätte „unter gar keinen Umständen geschehen“ dürfen. Auch ein Rücktritt sei für ihn keine Option gewesen, denn „die Sache hinzuwerfen wäre Ungehorsam gewesen“. Erst als Hitler ihn Anfang 1943 „nicht mehr goutiert“ habe, sei er zu diesem Schritt bereit gewesen.

J. H.

Friedrich Wilhelm IV. die Krone angetragen

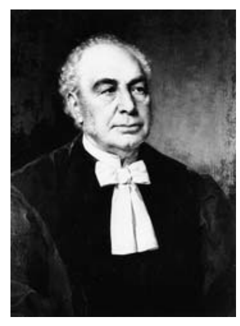
Eduard von Simson leitete gleich zwei Kaiserdeputationen, eine im Jahre 1849, eine 1870 – Präsident mehrerer Parlamente

Eduard von Simson leitete als Präsident des Frankfurter Paulskirchenparlamentes die Kaiserdeputation, die 1849 Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone anbot. Der preußische König lehnte das „Hundehalsband, mit dem man“ ihn „an die Revolution von 1848 ketten will“, ab und brachte damit die Revolution von 1848/49 zum Scheitern.

Weniger bekannt dürfte sein, dass Simson als Präsident des Reichstages des Norddeutschen Bundes auch die Deputation leitete, die 1870 Friedrich Wilhelms IV. Bruder Wilhelm I. die Kaiserkrone antrug – diesmal mit Erfolg. Otto von Bismarck hat diese Parallele als einen „Witz der Geschichte“ und „ein reizendes Spiel des Geschicks“ bezeichnet. Tatsächlich gibt es wohl keinen anderen Deutschen, der in einer vergleichbar exponierten Stellung sowohl an dem gescheiterten Versuch der Reicheinigung der Jahre 1848/49 „von unten“ als auch am geglückten Versuch der Reicheinigung der Jahre 1870/71 „von oben“ beteiligt gewesen wäre.

> Parlamentarier, Richter und Universitätsprofessor

Im Laufe seines Lebens hat der am 10. November 1810 geborene Kaufmannssohn den unterschiedlichsten Parlamenten angehört und als Präsident vorgestanden. Der Liberale, der sich nach der Spaltung des Liberalismus dem bismarckfreundlichen Flügel der Nationalliberalen anschloss, ließ sich 1848 in die Paulskirche wählen, wo er noch im selben Jahr Heinrich von Gagerns Nachfolger im Amte des Parlamentspräsidenten wurde, als dieser Reichsministerpräsident wurde. Nach dem Scheitern der Märzrevolution wechselte Simson 1849 in das Erfurter Unionsparlament, mit dem Friedrich Wilhelm IV. eine Reichseinigung von oben versuchte. Auch in diesem nur wenige Monate tagenden Parlament wurde Simson zum Präsidenten gewählt. Ebenfalls 1849 war er Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses geworden, zu dessen Präsident er 1859 wurde. Als 1867 mit dem Deutschen Bund dessen Reichstag geschaffen wurde, wurde Simson dessen erster Präsident. Als 1871 aus dem Norddeutschen Bund das Deutsche Reich wurde, blieb Simson Reichstagspräsident, und das bis 1874. 1877 schied er aus dem Reichstag aus.



Eduard von Simson

Bild: Archiv

Simson war kein Berufspolitiker und 1877 nicht das Ende seiner Karriere. An dem gebürtigen Königsberger wurde nicht nur sein angenehmes Organ, seine Liebe zum wohlgesetzten Wort sowie sein repräsentatives Erscheinungsbild und Auftreten gelobt – alles Eigenschaften, mit denen seine häufige Wahl zum Parlamentspräsidenten erklärt wird. Der Jurist empfahl sich auch schon frühzeitig für eine wissenschaftliche Karriere. 1831 wurde er Privatdozent, 1833 außerordentlicher Professor und 1836 schließlich ordentlicher Professor an der Albertina. 1855/56 wählte ihn die Königsberger Universität gar zu ihrem Prorektor. Dennoch lehnte er 1852 einen Lehrstuhl an der Universität Jena mit der Begründung ab, nicht eigentlich zum Fachgelehrten berufen zu sein.

> »Musterbild einer jüdischen Assimilation«

Lieber amtierte er als Richter. 1860 gab Simson seine Professur auf und wechselte als Vizepräsident an das Appellationsgericht in Frankfurt an der Oder, dessen Präsident er 1869 wurde. Nach dem Ausscheiden aus dem Reichstag erreichte Simsons Richterkarriere ihren Höhepunkt. 1879 wurde er der erste Präsident des neu geschaffenen Reichsgerichts in Leipzig. Dort übernahm er den Vorsitz des 4. Zivilsenats. Protegiert wurde Simson dabei durch den liberalen damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Neun Tage nachdem der Prinz 1888 seinem Vater als Deutscher Kaiser und König von Preußen auf dem Thron gefolgt war, verlieh er dem liberalen Reichsgerichtspräsidenten den Schwarzen Adlerorden, dem die Erhebung in den erblichen Adelsstand folgte.

1890 erlitt Simson einen Schlaganfall, weswegen er im darauffolgenden Jahr auf eigenen Wunsch das Reichsgericht verließ.

Von Staat und Gesellschaft vielfach geehrt, starb Eduard von Simson am 2. Mai 1899 in Berlin. Der jüngere Zeitgenosse und Klassiker der Soziologie Max Weber hat die Biographie des 1823 konvertierten Juden als „das Musterbild einer jüdischen Assimilation im 19. Jahrhundert“ bezeichnet.

Manuel Ruoff

Irrtum Gnädigste, die Revision ist längst unterwegs

Verdrängte Tatsachen über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges – Von Max Klaar

Es ist der tapferen Erika Steinbach zu verdanken, in der CDU-Bundestagsfraktion unlängst die Mitschuld Polens am Kriegsausbruch thematisiert zu haben, was dann prompt öffentlich wurde. Ihre Aussage: „Ich kann doch nichts dafür, dass Polen im März 1939 mit der Mobilmachung begann“ löste einen Sturm der Entrüstung der Tugendwächter der politischen Korrektheit aus. Hauptargument war dabei, dass die damalige Teilmobilisierung Polens nur eine Reaktion auf die deutsche Besetzung der Tschechei gewesen sei. Doch in der darauffolgenden Diskussion erinnerten große Zeitungen, darunter die „FAZ“, an eine in diesem Zusammenhang noch viel wichtigere Tatsache: die polnische Generalmobilmachung vom 29. August 1939.

Damit wurde das verdrängte Faktum öffentlich, dass Polen am 1. September 1939 an der Grenze zu Deutschland mobilgemacht bereit stand. Von „Überfall“ im Sinne eines Angriffs auf einen ahnungslosen und unvorbereiteten Gegner kann demzufolge niemand sprechen.

Lassen Sie uns der Frage nach dem Mitverschulden Polens am Kriegsausbruch noch ein wenig genauer nachgehen. Es geht dabei nicht darum, Deutschland reinzuwaschen – zumal Schuld ebenso wie Verdienst nie ganze Länder oder Völker treffen kann, sondern immer nur einzelne Personen. Es geht einfach darum, der Wahrheit über die tatsächlichen Abläufe etwas näher zu kommen.

Ein altes polnisches Sprichwort lautet: *„Póki swiat em, Polak Niemcowi nie bedzie bratem“ – „Solange die Welt bestehen wird, wird der Pole niemals des Deutschen Bruder sein.“* Diese Aussage setzt folgerichtig fort, was schon 1848 in Prag auf dem großen All-Slawen-Kongress gesungen wurde:

„Brüder, Sensen in die Hände!
Auf zum Kampfe lasst uns eilen!
Polens Knechtschaft hat ein Ende, länger wollen wir nicht weilen.
Sammelt Scharen um euch alle.
Unser Feind der Deutsche falle!
Plündert raubet, senget, brennet.
Lasst die Feinde qualvoll sterben.
Wer die deutschen Hunde hänget, wird sich Gottes Lohn erwerben.
Ich, der Propst, verspreche euch fest dafür das Himmelreich.
Jede Sünd' wird euch vergeben, selbst der wohlbedachte Mord,
den der Polen freies Leben unterstützt von Ort zu Ort.
Aber Fluch dem Bösewicht, der vor uns für Deutschland spricht.
Polen soll und muss bestehen.
Papst und Gott versprechen's mir.
Russland, Preußen muss vergehen. Heil dem polnischen Panier.
Darum jauchzet froh darein: Polzka zyje, groß und klein!“

Wann hätte außer in der Nazizeit je ein Deutscher derartiges über ein Nachbarvolk gesungen? Nun könnte man ja über eine solche „Merkwürdigkeit“ des 19. Jahrhunderts schmunzeln und dem polnischen Klerus, der diese Geisteshaltung über Generationen hinweg gegen das Land der Reformation schürte, „sanft entgegnen“, im Bestreben der Gegenreformation doch wohl nicht so recht auf dem Pfade Christi gewesen zu sein. Das könnte man aber nur dann, wenn das, was die Deutschen seit Beginn des 20. Jahrhunderts durch Polen erleben und erleiden mussten, nicht geschehen wäre – denn das war nun einmal allzu oft und schon lange vor dem 1. September 1939 die Umsetzung dieser antideutschen Hetze. Am Ende standen millionenfacher Mord und Vertreibung, Diebstahl, Ausraubung und Behalten des Raubes und des Diebesgutes bis auf den heutigen Tag. Aber Vertreibung verjährt als Verbrechen gegen die Menschlichkeit genauso wenig wie die dabei vollzogenen Enteignungen einschließlich des Landraubes.

Die polnische kommunistische Regierung (und bald das gesamte offizielle Polen – leider vielfach bis heute) berief sich unter Geschichtsfälschung auf ein vermeintliches Recht, uraltes deutsches Land „zurückerobern“ zu dürfen, weil es im frühen und hohen Mittelalter einmal zum damaligen polnischen Staat gehört hätte. Schon in Versailles beanspruchten polnische Offizielle als Westgrenze die Linie Rügen–Berlin–Hof ja sogar Bremen–Hannover–Kassel–Nürnberg. 1928 gipfelte der wüste polnische Nationalismus in Gebietsforderungen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Diese polnischen Maximalforderungen waren und bleiben genauso historisches Unrecht, wie es die Forderung der Russen auf Rückgabe Alaskas oder ein Verlangen der Franzosen auf Wiederinbesitznahme Louisianas wäre. Die Nachkommen der Germanen sagen ja auch nicht, dass sie die Verluste der späten Völkerwanderungszeit rückgängig machen müssten – mit Forderungen auf Portugal und Spanien, Italien, Tunesien und so weiter; wohlweislich, denn die heute dort Lebenden zu vertreiben, um selber dort siedeln zu können, wäre ein schreiendes Verbrechen.

Polen brach mit dem Landraub seit 1945 bis heute internationales Recht; es hatte und hat ebensowenig wie die Tschechei einen rechtmäßigen Anspruch auf die deutschen Ostgebiete noch einen Anteil an deren 700-jähriger Kultivierung durch die deutschen Siedler, die das bewerkstelligten.

Vergessen hat Polen auch das überschwängliche Dank-Telegramm von 1916, das ihre Führer an die beiden deutschen Kaiser für die Errettung vom russischen Joch richteten; darin hieß es: *„An diesem Tage, wo das polnische Volk erklärt, dass es frei sei und einen selbständigen Staat mit eigenem König und eigener Regierung erhalten wird, durchdringt die Brust eines jeden freiheitsliebenden Polen das Gefühl der Dankbarkeit gegen diejenigen, die es mit ihrem Blute befreit und zur Erneuerung eines selbständigen Lebens berufen haben ... Daher senden wir den Ausdruck unserer Dankbarkeit und die Versicherung, dass das polnische Volk seinen Bundesgenossen die Treue zu bewahren imstande sein wird ...“*

> 1916 bedankten sich die Polen noch beim deutschen Kaiser

Diese „dankbare Treue“ hielt keine drei Jahre, dann erlebten die Deutschen im Osten ab Ende 1918 – noch vor Versailles und lange vor Hitler – offene Gewalt bis hin zum Mord, Raub, millionenfache Verdrängung und Polonisierung. Haben unsere lieben Nachbarn in der EU schon vergessen, was Korfanty und seine Soldateska in Oberschlesien anrichteten? Von der Missachtung und Fälschung von Volksabstimmungen ganz zu schweigen. Hat sich Polen je dafür entschuldigt, Verantwortung übernommen oder gar etwas wieder gut gemacht, wo es noch möglich war und ist?

Man lese doch einmal nach, was der ehemalige Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Hermann Rauschning, in dem Buch „Zehn Jahre Polnischer Politik“ schrieb. Er war ein erklärter Hitlergegner. Kleiner Auszug gefällig? Wohlan: *„... es lassen sich die einzelnen polnischen Maßnahmen zur Verdrängung des Deutschtums als die planmäßigen Auswirkungen eines wohldurchgebildeten Systems nachweisen, das sowohl von den verantwortlichen Leitern des Staates als auch aller Parteien getragen wurde. Größte Teile seiner [= Deutschlands] Ostprovinzen wurden dem beutegierigen Polen zugeteilt, das gleich zu Beginn seiner Existenz nichts eiligeres zu tun hatte, als die beiden Konzentrationslager Szczypiorno und Stralkowo zu errichten, in die Tausende unschuldiger Deutscher hineingepfercht wurden. Was die Polen während ihrer Teilungszeit jammervoll vor aller Welt beklagt hatten, praktizierten sie nun in noch schlimmerer Maße ...“*

> Unsere Schulbücher verschweigen viel: Den Putsch von 1926, die Generalmobilmachung vom 29.8.1939 und Bieruts Geschäft mit Stalin

Auch vergessen, was der einflussreiche polnische Westmarkenverband 1926 – ebenfalls lange vor Hitler – in Warschau veröffentlicht forderte? *„Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder, im Osten die mittlere und untere Duna. Daher wird unsere Devise lauten: Von Stettin bis Riga. Indessen wollen wir uns im Augenblick nicht mit Russland streiten, weil es für immer auf Riga verzichtet hat. Riga wird uns später trotz allem gehören. Unsere aktuelle Devise ist dies: ‚Von Stettin bis Polangen.'“*

Nicht nur deswegen sagt derjenige schlicht die Unwahrheit, der behauptet, der Verlust der deutschen Ostgebiete sei Hitlers Politik zuzuschreiben. Entscheidender dafür ist neben diesen nationalistischen Verirrungen einflussreicher polnischer Gruppen das menschenverachtende Gegengeschäft, dass polnische Kommunisten des Lubliner Kommitees unter Boleslaw Bierut mit Stalin schlossen. Dieses Geschäft mit Stalin bestand nicht so sehr darin, die sogenannten „polnischen“ Ostgebiete – in denen aber seit jeher Weißrussen und Ukrainer in der großen Mehrheit waren – als Gegenleistung für Schlesien, Pommern und Ostpreußen aufzugeben. Diese sogenannten Bug-San-Gebiete waren für ein freies Polen ohnehin verloren, weil jede Volksabstimmung sie von Polen abgetrennt hätte. Die Gegenleistung bestand vielmehr darin, die für Stalin ebenso verhasste wie gefürchtete bürgerliche polnische Exilregierung unter dem (im Juli 1943 unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommenen) Wladyslaw Sikorski auszubooten und damit dem polnischen Volk Freiheit und Demokratie als Früchte des Zweiten Weltkrieges vorzuenthalten zugunsten sowjetrussischer Weltmachtpläne.

Deutsche Schulbücher und Medien (auch und gerade die öffentlich-rechtlichen!) schweigen über diese Zusammenhänge eher noch radikaler als über die polnische Generalmobilmachung vom 29. August 1939. Auch über die Tatsache, dass Polen seit dem „Mai-Putsch“ Marschall Pilsudskis im Jahre 1926 keine Demokratie mehr war, schweigen sich deutsche Geschichtsbücher und Medien aus. War dieser Staatsstreich mit dreitägigen Kämpfen in Warschau, bei denen mitten im Frieden 215 Tote und Hunderte Verletzte zu beklagen waren, wirklich so bedeutungslos für die weitere Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses?

Zunächst aber noch weitere Beispiele für die aggressiv antideutsche Stimmung, die in Polen schon lange vor Hitlers Machtergreifung weit verbreitet war. Aus der Zeitschrift „Mocarstwowiec“ der polnischen „Liga für Großmacht“, Ausgabe 3/1929, erfuhren die Deutschen: *„Im Krieg mit den Deutschen wird es keine Gefangenen geben und keinen Raum für menschliche Gefühle. Da werden wir die Welt staunen machen durch die ungewöhnlichen, das menschliche Maß übersteigenden menschlichen Opfer, mit denen wir die Schmach der Kränkungen abwaschen, die wir von den Deutschen erfahren haben. Wir müssen in die polnische Armee den Geist eines unversöhnlichen, bis zur Grausamkeit gesteigerten Kampfes tragen.“*

Es lässt sich belegen, dass Polen seit Anfang der 1930er Jahre zur Verwirklichung solcher Ideen Frankreich zum Krieg gegen Deutschland überreden wollte. Am 3. Oktober 1937 las sich das in der erwähnten Zeitschrift der „Liga für Großmacht“ dann so: *„Der Kampf zwischen Deutschland und Polen ist unausbleiblich. Wir müssen uns dazu systematisch vorbereiten. Unser Ziel ist ein neues Grunwald (Anm. gemeint ist die Schlacht bei Tannenberg 1410), aber diesmal ein Grunwald in den Vororten von Berlin, das heißt die Niederlage Deutschlands muss von polnischen Truppen in das Zentrum des Territoriums getragen werden, um Deutschland im Herzen zu treffen. Unser Ideal ist ein Polen im Westen mit der Oder und Neiße als Grenze. Preußen muss für Polen zurückerobert werden und zwar das Preußen an der Spree. Die Welt muss zittern vor dem deutsch-polnischen Krieg. In die Reihen unserer Soldaten müssen wir den Geist unbarmherziger Rache tragen. Vom heutigen Tage an wird jede Nummer dieses Blattes dem kommenden Grunwald in Berlin gewidmet sein.“*



„Friedenspolitiker“ anno 1934: Polens starker Mann Marschall Pilsudski und Joseph Goebbels

Bild: pa

Schon am 3. Mai 1939 tönten bei der Truppenparade in Warschau Sprechchöre: *„Auf nach Danzig! – Vorwärts nach Berlin! – Wir wollen Königsberg!“* In Polen lebende Deutsche wurden dann im Sommer 1939 immer brutaler bedrängt und ab dem 1. September zu Freiwild. Etwa 6100 Tote haben die Vorgänge des „Bromberger Blutsonntags“ gefordert – brutale Massaker, die vielfach nach vorbereiteten Listen und keineswegs nur in und um Bromberg stattfanden.

Am 30. August 1939 wurde dann der deutsche Generalkonsul in Krakau, Schillinger, ermordet. Waren die Vorschläge aus Berlin zur friedlichen Regelung der Streitfragen um Danzig und den Korridor wirklich allesamt reine Taktik, weil die Besetzung Polens schon beschlossene Sache war? Eine der doch wohl ernstzunehmenden Gegenstimmen ist diejenige des damaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker. Er telegraphierte am 3. September 1939: *„... Vernünftige deutsch-polnische Regelung wäre ohne Englands Dazwischentreten und seine antideutsche Einkreisungspolitik sicher längst zu erzielen gewesen. Statt aber Polen zum Einlenken zu ermahnen, hat England ihm Generalvollmacht gegen Deutschland erteilt, sich selbst in Abhängigkeit von Polens Entschlüssen und schließlich im letzten Augenblick auch noch Vorschlag Mussolinis durch sein Verhalten zum Scheitern verurteilt. Damit ist die Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf der Ereignisse zeigt klar volle Verantwortlichkeit Englands für Kriegsausbruch.“*

> Sprechchöre im Mai 1939: »Vorwärts nach Berlin!«

Die Briten verhindern bis auf den heutigen Tag die Quellenerforschung zur Entlastung Deutschlands, indem sie bedeutende Teile ihrer Archive internationalen Usancen zuwider verschlossen halten. Warum wohl?

Am Leid des polnischen Volkes unter deutscher Besatzung in den Jahren 1939 bis 1945 gibt es nichts zu deuteln, auch nicht an der Tatsache, dass diese Unterdrückung das vorangegangene polnische Unrecht an Deutschen der Jahre 1918 bis 1939 noch bei Weitem übertraf. Aber was kann daraus anderes folgen außer Wiedergutmachung für die Opfer und Bestrafung der individuell schuldigen Täter? Ein blutiger Rachefeldzug an Millionen Zivilisten durch Vertreibung und Enteignung jedenfalls sicher nicht.

Wie wenig das alles Geschichte aus grauer Vorzeit ist, wissen wir vom viel gepriesenen polnischen Arbeiterführer und ehemaligen Präsidenten Polens, Lech Walensa, welcher der niederländischen Wochenzeitung „Elsevier“ am 7. April 1990 erklärte: *„Ich schrecke selbst nicht vor einer Erklärung zurück, die mich in Deutschland unpopulär macht. Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendigen fortgeschrittenen Technologien, um diesen Urteilsspruch zu vollstrecken.“* Viele Zeitungen druckten das damals nach, heute ist es fast vergessen.

Das Deutsche Reich hat den Krieg verloren. Die Frage nach der Schuld an seinem Ausbruch ist aber nicht so einfach zu beantworten, wie die politische Korrektheit uns das durch „gereinigte“ Dokumente, Quellenverweigerung und die tagtägliche Berieselung in den Medien glauben machen will. Der Verband deutscher Soldaten trat seit seiner Gründung satzungsgemäß für die Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern ein und tut das auch weiterhin. Aber Versöhnung, die wir wollen, setzt das Wissen um die Wahrheit auf allen Seiten und die Anerkennung des Völkerrechts voraus; nur so kann sie zum Wohle Europas gelingen. Dabei wollen wir jedermanns Vaterland achten, aber das eigene wollen wir lieben.

Bundeskanzlerin Merkel hat erklärt: *„Eine Revision des Geschichtsbildes darf es durch Deutschland nicht geben und wird es nicht geben.“* Tatsächlich trägt sie selbst dazu bei, dass die Geschichte umgeschrieben wird, etwa dadurch, dass sie selbst am 9. Mai dieses Jahres auf der Siegesparade in Moskau ausgerechnet den Soldaten der damaligen Roten Armee für die „Befreiung“ Deutschlands dankte, was bis zu diesem Zeitpunkt aus guten Gründen kein deutscher Politiker von Rang jemals getan hatte.

Deswegen dürfen wir ihr getrost entgegenhalten: **Irrtum Gnädigste, die Revision ist längst unterwegs.**

Der Autor ist Oberstleutnant a. D. und Bundesvorsitzender des Vereins Deutscher Soldaten (VdS) e. V. Der vorstehende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Artikels, der in der Zeitschrift „Soldat im Volk“ erschienen ist.

Elchschaufel in Gefahr

Die ostpreußischen Trakehner erfreuen sich bis heute großer Beliebtheit – Bundesrat will Brandzeichen verbieten

„Der Tradition verbunden – Die Zukunft im Blick“ lautet das Motto des Trakehner Verbandes. Das dieses gelebt wird, zeigte der 48. Trakehner Hengstmarkt.

„Bitte alle auf den Plätzen bleiben und bitte seien Sie ganz still“, bat Auktionator Uwe Heckmann die rund 3000 Zuschauer beim 48. Internationalen Trakehner Hengstmarkt in Neumünster. Doch das hätte er nicht extra sagen müssen, denn wie gebannt starrten die Gäste in die Mitte der Halle, wo sich ein aufgeregtes, vier Monate altes Fohlen in den Zügeln der Mutter verfangen hatte, nervös hin und her sprang und mit jeder Bewegung der Mutter am Maul rumzerrte. Doch schnell war das Kleine befreit, die Mutterstute unverletzt und schon konnte die Auktion weitergehen. Und wieder konnten die Zuschauer den Atem anhalten, denn selbst für die 22 Fohlen wurden in Neumünster wieder gute Preise erzielt. So ging der kleine Diestelprinz für 17 000 Euro nach Dänemark, der Fuchs Dancer für 14 500 Euro nach Niedersachsen.



Nicht nur in den Hallen, auch außen wurden die Trakehner in Aktion begutachtet: Der Hengst Banderas, Enkel des preisgekrönten Trakehner-Elitehengsts Friedensfürst, der einst Hoffnungsträger des Dressursports (zeitweise mit der Olympia-Siegerin Nicole Uphoff) war, aber 2001 früh starb, fand für 65 000 Euro einen neuen Besitzer in Niedersachsen. Bilder (2): Trakehner Verband

Ein lebendiges Kulturgut Ostpreußens

Doch diese Summen waren nichts gegen das, was die Gäste keine 90 Minuten zuvor für die 13 zweieinhalbjährigen Hengste zu zahlen bereit gewesen waren. Diese waren zuvor von der Richterkommission des Trakehner Verbandes mit dem Körsiegel ausgezeichnet worden und werden nun wegen ihrer guten Erbanlage als Zuchthengst in das offizielle Hengstbuch für die Trakehner eingetragen. Die Trakehner gelten als die älteste Reitpferderasse Deutschlands. „Die Trakehner Zucht lässt sich genetisch lückenlos auf die Gründung des Hauptgestüts Trakehnen im Jahre 1732 durch königlich preußische Anordnung zurückführen“, wie der Verband stolz verkündet. Dementsprechend waren auch in Neumünster mehrfach Hinweise zu finden, dass die Trakehner ein lebendiges Kulturgut Ostpreußens seien. Bis heute werden die Trakehner laut Verband als einzige Reitpferderasse nach den Prinzipien der Reinzucht mit hohen genetischen Anteilen des englischen und arabischen Vollblutes, des Shagya- und des Anglo-Arabers unter Berücksichtigung der nachstehenden Selektionskriterien gezüchtet. Der Verband sieht seine Hauptaufgabe darin, diese Ursprungszucht, von der nach Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen 1945 nur 575 Stuten und 45 Hengste im Westen ankamen, in ihrer besonderen „trakehnerspezifischen Ausprägung zu fördern und durch geeignete Maßnahmen einen bestmöglichen Zuchtfortschritt sicherzustellen. Zuchtziel ist ein im Trakehner Typ stehendes, rittiges und vielseitig veranlagtes Reit- und Sportpferd mit gutem Interieur“.

Und so erzielten jene Hengste, die vom Verband offiziell für die Zucht zugelassen wurden auch exklusive Preise. So verkündete das Rosenholzhämmerchen des Auktionators Heckmann, dass ein Käufer aus Nordrhein-Westfalen für 300 000 Euro den Zuschlag für den Siegerhengst Imhothep erhalten hatte. „Dies ist ein Siegerhengst mit dem gewissen Etwas, dem die Herzen nur so zufliegen. Imhotep hat eine ungemeine Ausstrahlung, war stets taktbeherrscht und bei jedem Auftritt höchst motiviert“, lobte Zuchtleiter Lars Gehrmann den Rappen, der seinem dänischen Züchter eine schöne Summe einbrachte. Nicht so sehr gefreut haben dürften sich die vielen dänischen Besucher des Hengstmarktes allerdings über den Seitenhieb von Auktionator Heckmann. Der wies darauf hin, dass Neumünster ja mal zu Dänemark gehört habe, aber dann hätten die Österreicher zusammen mit den Preußen 1864 die Dänen gen Norden zurückgedrängt. „Ja, der Bismarck, das war noch ein toller Kerl“, wühlte der inzwischen zum 31. Mal die Auktion führende Heckmann in der historischen Wunde der Dänen. Doch derartiges schien der Kauflust der nordischen Nachbarn keinen Abbruch zu tun, denn zwei nicht gekörte Hengste, ein Reitpferd und drei Fohlen gingen über die Grenze. Auch Belgier, US-Amerikaner, Kanadier und Österreicher ließen Geld in Neumünster. Am meisten zahlte jedoch das Sächsische Landgestüt Moritzburg zusammen mit dem Gestüt Sprehe für den Drittplatzierten nach Imhotep und His Time: Millennium erzielte mit 320 000 Euro den höchsten Einzelpreis. Insgesamt wurden allein für die zwölf gekörten Hengste 1,2 Millionen Euro umgesetzt.



Wechselte für 300 000 Euro den Besitzer: Der Hengst Imhotep

Da die 2600 Sitzplätze der Halle schnell besetzt waren, blieb vielen Zuschauern nur, stehen zu bleiben und die Hälse zu recken. Doch da die Auktion auch in die angrenzenden Hallen übertragen wurde, nutzten viele die Möglichkeit, über das Messegelände zu schlendern, an den verschiedenen Ständen das Angebot zu prüfen, das von Reitbekleidung über Pferdefutter bis hin zu Tierversicherungen reichte, und sich einen Latte Macchiato, ein Eis oder Sülze mit Bratkartoffeln zu gönnen.

Zudem war das Programm des Hengstmarktes viel breiter angelegt als nur die Auktion am Sonnabend. Bereits am Donnerstag hatte das Messegelände mit der Pflastermusterung der Hengste begonnen. Es folgten Reitvorführungen und Vorträge. Letztere reichten von rechtlichen Fragen über historische Beiträge wie „Im Wandel der Zeit – Die Geschichte des Trakehner Pferdes“ bis hin zu Erfahrungsberichten von Jungzüchtern.

Für Debatten sorgte die vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) initiierte Mehrheitsentscheidung des Bundesrates, künftig auf die Elchschaufel, das Brandzeichen auf den Pferdeschenkeln, zu verzichten. Stattdessen sollen die Daten des Tieres auf einem Mikrochip gespeichert werden, der laut EU-Recht seit 2009 Pflicht ist. „Das wäre so, als würde man bei einem Mercedes den Stern abbrechen. Unser Brandzeichen ist seit 1787 die Elchschaufel und macht unsere Marke aus. Fällt sie weg, wird es schwieriger, unsere Pferde aufgrund der Wettbewerbsverzerrung weltweit zu vermarkten“, klagt Julia Martin, Pressesprecherin des Trakehner Verbandes, über die Entscheidung, für die die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf ausarbeitet. Tierschützer freut die Entscheidung, denn aus ihrer Sicht ist das Brandzeichen, eine Verbrennung dritten Grades der obersten Hautschicht, eine Qual. „Bei dem Brand handelt es sich um ein gutes und problemloses Verfahren mit einer langen Tradition. Problematisch ist dagegen der Chip, für den es weltweit kein einheitliches System gibt“, entgegnet man hingegen beim Holsteiner Verband.

»Trakehner ohne Elchschaufel wäre wie Mercedes ohne Stern«

„Mit Holsteinern und Trakehnern haben wir die Zugpferde der deutschen Pferdezucht im Land, die auch am globalen Markt eine Rolle spielen. Ob dort der Mikrochip akzeptiert wird, bleibt abzuwarten“, teilt man im Kieler Landwirtschaftsministerium die Bedenken der Züchter und hofft auf ein Einsehen in Berlin. *Rebecca Bellano*

Gigantische Geldverbrennung im Sozialbereich

Zu: „Wirre Debatte um Hartz IV“ (Nr. 39)

Vor 40 Jahren habe ich meine Arbeit in der Wohlfahrtspflege aufgenommen. Schon während der 70er Jahre haben wir kritischen Akteure uns zugeraunt, dass es zu einer Revolution kommen würde, wenn die arbeitende Bevölkerung davon Kenntnis hätte, wer und was von ihnen mit versorgt werden muss. Heute ist es selbstverständlich geworden, die finanziellen Folgen der eigenen Fehlentscheidungen den arbeitenden Nachbarn zu übertragen. Konsumwünsche sind unendlich, auch im sozialen Bereich. Aus dem Heim-Doppelzimmer wurde ein Einzelzimmer ohne, dann mit Dusche/WC, nachfolgend ein Einzelzimmer-App. mit Dusche/WC, dann ein Einzimmer-Appartment und zuletzt ein Zweizimmerappartment. Ungefähr 600 bis 700 Millionen Euro fließen Rechtsanwälten zu, weil auch „Arme“ zum Beispiel Sorgerechtsstreitigeiten haben und Rechtsschutz beantragen können. Wundert sich jemand darüber, dass die Segnungen des Wohlfahrts- und Betreuungsstaates gerne entgegengenommen werden?

Ja, auch Unternehmer nehmen hohe Subventionen in Anspruch. Ist der aktuell gescholtene Hilfeempfänger nicht dessen Äquivalent und als besonders klug zu beurteilen, wenn er ohne Gegenleistung öffentliche Leistungen bezieht und schon von Jugend an das Leben eines Privatiers führen kann? Jetzt jammern die Funktionäre wieder mit dem bekannten gutmenschlichen Anstrich. Herr Schneider vom Paritätischen tut sich besonders hervor. Auch sein Gehalt wird nicht verdient sein, sondern setzt sich aus Zuschüssen zusammen. Kurzum, unser Wohlfahrts- und Betreuungsstaat hat gigantische Ausmaße angenommen. Hartz IV ist lediglich ein Teilbereich. Befeuert wird die gigantische Geldverbrennungsmaschine täglich durch die Politik und die ihr ebenfalls aus Eigennutz zur Hand gehenden Sozialfunktionäre.

Uwe Böttjer, Brunsbüttel

Kein Verständnis für sowjetische Mörder

Zu: „Von Mitschwestern kennen wir ihr grausames Ende“ (Nr. 39)

Der Bericht über die grausamen Erlebnisse der Ordensfrauen ist für Menschen, die nur die Nachkriegszeit kennen, so unvorstellbar, vor allem, dass man so wenig darüber berichtet. Ich selbst komme auch aus Ostpreußen, konnte aber rechtzeitig flüchten, was aber Ordensschwestern auf Grund ihres Glaubens, anderen Menschen zu helfen, nicht möglich war.

Wenn man es auch versucht, sich einmal vorzustellen, dass die Rotarmisten von Stalin aufgehetzt, voller Hass auf deutsche Menschen waren, gibt es doch keinen Grund dafür, so brutal vorzugehen, vor allem, wo es doch sichtbar war, dass es Krankenbetreuer waren. Wenn man dann noch liest, dass es sich bei diesen Bestien, die so unwürdig bei den Schwestern vorgingen, um hohe russische Offiziere handelte, kann man auch nach so vielen Jahren nur noch Hass und Verachtung für die sogenannten Befreier empfinden. Dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn man dann an den Auftritt unserer Kanzlerin bei der Siegesfeier in Moskau denkt, wo sie der Roten Armee im Namen aller Deutschen für die Befreiung vom Faschismus dankt.

Wann wird man endlich in unserem Land dazu kommen, auch der unschuldigen deutschen Opfern, die so grausam ums Leben kamen und leiden mussten, würdevoll zu gedenken? Man könnte sich auch vorstellen, dass von Seiten der Kirchen mehr öffentliche Aufklärung über diese grobe Verletzung der Menschenrechte erfolgen müsste.

Man kann nur hoffen, dass in unserem Rechtsstaat endlich mehr über die deutschen Opfer, vor allem in den Medien, öffentlich berichtet wird, ohne die ständige Bemerkung „Verbrechen gegen Verbrechen“.

In keinem anderen Land würden es sich die Menschen gefallen lassen, dass ein Denkmal an die eignen Opfer von den Siegermächten nach so vielen Jahren untersagt wird.

Ursela Maertin, Rostock

Brüssler Adel

Zu: „Brüssel will mehr Macht“ (Nr. 40)

Der neue „Europäische Adel“ erschafft und formiert sich in Brüssel und richtet sich im Stile des Absolutismus ein. Die „renitenten Völker“ werden durch „Ausdünnung“ und „Migration“ ersetzt beziehungsweise neu geschaffen, so glaubt man sich für „ewig“ an der Macht. Fehlt nur noch die Einführung des „erblichen Mandates“, nach Vorbild des britischen Oberhauses, für die EU-Bürokraten.

Lothar Liedtke, Lima, Peru

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Unvergesslicher Moment: Am 10. November 1989 werden nach der Maueröffnung in der Nacht die ersten Trabis am Berliner Grenzübergang Checkpoint Charlie begrüßt. Bild: pa

Westen war nicht besser als DDR

Zu: „20 Jahre Einheit: Trotz Widerständen Erfolgsgeschichte“ (Nr. 36)

Zu allem Unsinn, den Frau Lengsfeld in der *PAZ* verzapft hat, beweist sie noch, dass sie mit der Prozentrechnung auf Kriegsfuß steht (Ost neun Prozent des Westlohnes). Grundsätzlich hinken derartige Vergleiche, denn dann müsste man dagegen setzen, dass der Westkollege bis zu 100 Prozent mehr Miete gezahlt hat, ähnlich wie bei Licht, Wasser und Heizung. Heute frieren viele Menschen, weil sie sich die Fernheizungen nicht leisten können. Ich besuchte seit den 70er Jahren meinen Vater, der in den alten Bundesländern lebte, und der zeigte mir, dass die Wirklichkeit anders aussah als die „Fernseh-Bundesrepublik“. Schon damals ging der Stern des Wirtschaftswunders langsam unter.

Und, wenn man schon vergleicht, dann bitte auch ehrlich schreiben, dass der sogenannte Osten 90 Prozent der Reparationen zahlen musste und man uns auf dem Weltmarkt Steine in den Weg legte, wo es nur ging.

Außerdem – ganz nebenbei – möchte ich noch unter die empörten Leser die Tatsache schmeißen, dass meine Söhne – und nicht nur die – mehr „auf dem Kasten“ hatten als zum Beispiel ihre Cousins im Westen, die dort ausgewählte Schulen besuchten. Mit Kusshand nahm man studierte Leute und Fachkräfte aus dem Osten.

Ich gucke nicht durch eine vermutlich staatlich vergoldete Brille wie Frau Lengsfeld, meine war und ist zeitlebens sozial angehaucht gewesen. Ich sehe hier im Osten immer mehr entvölkerte Städte, heruntergekommene Menschen, Verbrechen finden immer mehr Nährboden, Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet.

Ruth Piehler, Gera

Plötzlich öffnete ein Grenzer ein Türchen

Betr.: Mein 9. November 1989

9. November – mein Geburtstag. Vom 8. bis 10. November 1989 reiste ich von Cottbus zu einer Tagung nach Berlin, meine Tochter begleitete mich, sie besuchte einen Freund. Meinen Geburtstagsabend verbrachten wir festlich in der Komischen Oper, bis anschließend jeder seinem Privatquartier zustrebte. Meines lag ganz weit draußen irgendwo am Stadtrand, die Straßenbahn brachte mich hin. Mein spartanisches Zimmer war immerhin mit einem Radio ausgestattet, welches ich auch sofort anstellte, denn in dieser bewegten Zeit wollte man ständig informiert sein. Was ich hörte, begriff ich zuerst falsch und dachte: Das ist richtig, dass sie jetzt alle Bürger mit Ausreiseanträgen rauslassen. Beim erneuten Hören konnte ich es nicht glauben – was, wir alle? Die Grenzen sind offen, und ich bin in Berlin.

Spannung lag in der Luft. In der Straßenbahn gingen verstohlene Blicke von einem zum anderen: Weißt du es auch schon? Warst du gar in der Nacht noch unterwegs? Ein gewisses Leuchten in den Augen signalisierte Freude, aber niemand sprach. An den Bezirksämtern bildeten sich Menschenschlangen, sie standen nach Passierscheinen an.

Ich stürzte ans Telefon, von Berlin aus konnte man in den Westen durchwählen. Nun holte ich meinen Sohn in Düsseldorf aus dem Bett: „Mutti hier, hast du es nicht gehört, die Grenze ist auf, wohl für immer.“ Nein hatte er nicht, er war spät abends vom Dienst gekommen, hatte sich sofort schlafen gelegt und war nun ganz aus dem Häuschen: „Dann kann ich vielleicht bald kommen?“ Nach einem Fluchtversuch und Inhaftierung war er ausgebürgert worden, auch der andere Sohn war weg, über Ungarn.

Die Tagung konnte nicht beginnen, denn der Wirtschaftsreferent kam nicht. So standen wir auf dem Balkon und sahen angespannt zur Grenze hinunter. Das Tor war geschlossen, Grenzpolizisten gingen hin und her. Menschen sammelten sich, kamen zu Fuß oder fuhren mit dem Taxi vor, hatten große Koffer bei sich. Man wartete diszipliniert, riskierte nichts. Plötzlich öffnete ein Grenzer ein Türchen, es war nur angelehnt. Nun löste sich die Spannung, es wurde geredet und gedrängelt.

Unser Generaldirektor hob die Tagung auf und sagt väterlich: „Na Kinder, wenn ihr da mal rüber wollt und gucken, ich habe nichts dagegen.“ Lachend packten wir zusammen und verabschiedeten uns. Mein Weg führte zum Bahnhof, wo ich meine Tochter traf, die noch völlig ahnungslos war und natürlich sofort nach Westberlin wollte. Doch ich sagte: „Nein, Kind, das können wir jetzt immer.“ Wir fuhren nach Hause, am Abend hatten wir Gäste, und es wurde tüchtig gefeiert.

Sigrid Bosse, Cottbus

Eine Bereicherung

Zu: *PAZ*

Seit dem 1. Mai habe ich Ihre Zeitung abonniert. Es war keine Fehlentscheidung, im Gegenteil, eine Bereicherung. Eine Zeitung mit Niveau und Vielseitigkeit, – Gegenwart – Zukunft – Vergangenheit. Und *Das Ostpreußenblatt* verbindet ein Stück „Heimat und Seele“. Meine Wiege stand in Königsberg, seit 33 Jahren lebe ich in der Schweiz. Die *PAZ* möchte ich nicht mehr missen und ich werde sie mit Überzeugung weiterempfehlen.

Lilo Oberli-Szardenings, Adligensville, Schweiz

Bischöfe sollten sich wehren

Zu: „Tauziehen der Bischöfe“ (Nr. 39)

Das Ende der katholischen Kirche ist der Wunschtraum der Kirchengegner und Atheisten. Wenn man nach den vielen Meldungen gehen soll, gibt es sexuellen Missbrauch fast nur in kirchlichen Organisationen und die Ehelosigkeit der katholischen Priester wird immer wieder als wahrscheinlicher Grund vorgetragen.

Die Bischöfe sollten sich nicht in die Enge treiben lassen. Die Logik sagt mir, dass eine Klage gemäß den gesetzlichen Vorschriften zuerst bei den Behörden vorgebracht werden muss und die Behörde benachrichtigt den Bischof von der Anklage. Es ist nicht richtig, dass der Kläger erst mit dem Bischof verhandelt und mit einer Abfindung den Vorfall zum Schweigen bringen kann. Es ist auch nicht richtig, dass man nach so vielen Jahren noch eine Anklage bringen kann. Vielmals sind die Beschuldigten schon tot, also ohne Verteidigung. Wo bleibt das Recht?

Hans Schmid, Winnipeg, Kanada

Weder Sarrazin noch Heisig hetzen, sie sagen nur die Wahrheit

Zu: „Enttäuschung“ (Nr. 40)

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland“, das sagt der Großteil der Deutschen! Eine offizielle Befragung der Deutschen wird jedoch von unseren Politikern wohlweislich verhindert. Inzwischen leben zwar in Deutschland mehrere Millionen bildungsferne Muslime (denn andere kommen kaum), wir Deutsche sind aber zum größten Teil speziell an deren kultureller „Bereicherung“, wie sie uns von unseren Politikern suggeriert wird, nicht interessiert. Zu dem Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ und dem Buch der Berliner Richterin Kirsten Heisig „Das Ende der Geduld“ möchte ich sagen: Beide haben niemanden verhetzt, wie die polemische Claudia Roth es tut, sie haben vielmehr aufgeklärt. Beide kennen die unsagbar chaotischen Zustände in einigen Stadtteilen Berlins aus ihren Tätigkeiten als Finanzsenator beziehungsweise Jugendrichterin sehr genau. Wir müssen ihnen für ihren Mut, die Missstände deutlich anzuprangern, dankbar sein.

Zur Integration: Das hoch überschuldete Deutschland zahlt seit Jahren Unsummen für Integration und Milliarden für Transferleistungen, für eine Integration, die selbst – neuerdings sogar von unseren Politikern erkannt – nicht stattgefunden hat. Es wird doch von Tausenden islamischer Frauen gar keine Anpassung an die deutsche Kultur gewollt. Sie nehmen im Gegenteil die Pflicht zur (zwangsweisen?) Verschleierung sehr ernst. Sie wollen oder sollen damit zeigen, dass sie nicht zur westlichen Welt und auch nicht zu Deutschland gehören. Aber ein altes englisches Sprichwort sagt schon: „When in Rome, do as the Romans do“ (ursprünglich St. Ambrosius, 339–397 n. Chr. zugeschrieben). Ein großer Teil der Deutschen ist leider (von unseren Politikern geschürt) tolerant bis zur Selbstaufgabe. Sie sehen nicht, dass hier in einigen Jahrzehnten der Islam herrschen wird!

Ina Döring, Buchenbach

Politiker sind immer seltener offen für vernünftige Argumente

Zu: „Eiertänze auf dünner Wissensbasis“ (Nr. 38)

In dem hochinteressanten Beitrag konstatiert Herr Badenheuer im Zusammenhang mit der Humangenetik zutreffend: „... es belegt doch, wie dünn die Wissensbasis oft ist, auf der Politik und Medien in Deutschland viele ihrer Eiertänze und Schlammschlachten austragen.“ In letzter Zeit sind derartige „Eiertänze“ auf vielen Gebieten zu beobachten, so in der Sarrazin-Debatte insgesamt, bei der Beurteilung der Gentechnologie in der Pflanzenzucht, der Klimaforschung (ist eine erhöhte Kohlendioxidkonzentration nun die Ursache einer Erwärmung oder doch eher umgekehrt?), der Debatte um die Zukunft unserer Energieversorgung.

Auf Basis von Textfragmenten (Sarrazin) beziehungsweise Nicht- oder Halbwissen (Klima, Energie, Gentechnik) wird seitens der Politik blinder Aktionismus betrieben, ohne die Dinge zu Ende gedacht oder hinreichend gründlich hinterfragt zu haben. Von den Massenmedien wird dieses Handeln dann als „alternativlos“ oder „einhelliger Konsens“ unters Volk gebracht. Wenn dabei tatsächlich nur ein paar „Eier“ zu Bruch gingen, wäre das ja nicht besorgniserregend; jedoch werden damit eine (Un)-Menge Ressourcen verbraucht, um nicht zu sagen vergeudet. Man denke nur an die jahrzehntelange Subventionierung von Wind- und Solarstrom, die zunehmenden Mais-Monokulturen zur „Fütterung“ von Biogasanlagen (Auszehrung der Ackerböden) oder in Sachen gescheiterter Sozial- und Integrationspolitik an die Forderungen nach immer mehr Steuergeld für hoffnungslose Fälle. Einmal eingeschlagene politische Linien werden kaum revidiert, auch wenn die Vernunft dagegen spricht. Wäre es nicht ein weiteres Betätigungsfeld für Herrn Sarrazin als Volkswirt, einmal auszurechnen, wie viel Vermögen durch das Beharren auf politischen Fehlentscheidungen vernichtet wird?

Es scheint, als ob vernünftige Argumente von den Regierenden aus Kalkül nicht wahrgenommen oder in deren Sinne interpretiert werden, um diejenigen, die an dieser Politik verdienen, nicht zu verprellen.

In Sachen Gentechnik in der Pflanzenzucht gab es vor längerer Zeit einen ARD-Fernsehbeitrag (natürlich nach 23 Uhr), der zunächst den amerikanischen Saatgutkonzern Monsanto als skrupellosen Monopolisten geißelte, der die Landwirtschaft weltweit von sich abhängig zu machen trachtet, was natürlich die „breite Ablehnung der Bevölkerung“ gegen die Gentechnik als solche bewirken sollte. Wer will jedoch einem Konzern Expansions- und Gewinnbestrebungen verdenken? Schließlich wurden in der Sendung Verbindungen dieses Konzerns beziehungsweise seiner Forschungsabteilung mit der EU-Behörden aufgedeckt, die die Anwendung der Gentechnik eigentlich kontrollieren sollte.

Durch Ignoranz und Fehlentscheidungen – ob aus Gründen von Ideologie oder Machterhalt – wird der Nutzen wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Erkenntnisse zunehmend in den Wind geschlagen.

René Jäck, Bad Belzig

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 6. November 2010

MELDUNGEN

80 000 Zloty für sieben Jahre

Allenstein – 80 000 Zloty (ungefähr 20 000 Euro) für sieben Jahre Zwangsarbeit in sowjetischen Lagern, diese Entschädigung hat das Landgericht in Allenstein den Erben einer nicht mehr lebenden Einwohnerin der Region zugesprochen. Frau Zuzanna stammte aus einer Bauernfamilie, ihr Eigentum lag auf dem Gebiet der heutigen Republik Weißrussland. Als es sich im Jahre 1945 zeigte, dass dieses Land nicht polnisch bleibt, kämpfte Frau Zuzanna aktiv in der Untergrund-Opposition. Für die Hilfe, die sie den gegen die Bolschewiki kämpfenden Partisanen zukommen ließ, erhielt sie 25 Jahre Verbannung nach Magadan am Ochotskischen Meer. Nach dem Tode Stalins wurde sie begnadigt und kehrte nach Polen zurück. Nach 1990 begann sie zusammen mit ihrem Mann für eine Entschädigung für die Gesundheitsschäden, die sie in den Lagern erlitt, zu kämpfen. Frau Zuzanna hat das Urteil nicht mehr erlebt. Vor Gericht wurde sie von ihrem Sohn Jan vertreten. Wie er nach der Urteilsverkündung sagte, sind 80 Tausend Zloty Entschädigung zweimal zuwenig. Das Gericht aber hat, wie in vielen ähnlichen Fällen, für jeden Monat Zwangsarbeit Tausend Zloty anerkannt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. *PAZ*

Erweiterung um 40 Plätze

Neuendettelsau/Allenstein – Das Pflegeheim in Allenstein, das vom Neuendettelsauer Werk über die polnische Laurentius-Stiftung betrieben wird, soll um 40 Plätze erweitert werden. Das wurde auf der Jubiläumsfeier zum fünften Geburtstag der Einrichtung bekanntgegeben. Das Pflegeheim, das 68 Plätze hat, ist beliebt, 70 Personen stehen momentan auf der Warteliste. Der Woiwode Marian Podziewski lobte bei der Feier das „europäische Niveau“ des modernen Hauses und die „liebevolle und professionelle Zuwendung“. Die Mitarbeiter werden von der Diakonie Neuendettelsau in einer eigenen Fachschule für Altenpflege in direkter Nachbarschaft des Heims ausgebildet. Etwa die Hälfte der 43 Mitarbeiter, so der Leiter des Europa-Instituts der Diakonie Neuendettelsau, Thorsten Walter, kommen aus dieser Schule. Wie der Leiter der Diakonie Neuendettelsau, Rektor Hermann Schoenauer, bekanntgab, soll Mitte 2011 die Arbeit an einem Erweiterungsbau beginnen. Neben den 40 neuen Plätzen soll der Neubau Mehrzweckräume für Schulen und Veranstaltungen enthalten. In dem Pflegeheim stehen auch Plätze für junge Menschen zur Verfügung, die ein Freiwilliges Soziales Jahr machen wollen. Insgesamt fünf Diakonische Helferinnen und Helfer haben die Chance, ein Jahr in Allenstein und damit „in einer der schönsten Gegenden Polens zu verbringen“, so der Leiter des Neuendettelsauer Europa-Instituts. *G.H.*

An Bismarcks Schreibtisch

Schüler aus Guttstadt konnten bei ihrer Deutschlandreise viel erleben – Acht Tage voller Eindrücke

Dreißig Schüler aus Guttstadt im Kreis Heilsberg haben acht Tage lang die Bundesrepublik besucht. Das vielseitige Programm führte durch mehrere Bundesländer und verband Bildung und Freizeit. Die Solidarität unter Ostpreußen der verschiedenen Generationen hat sich wieder einmal bewährt.



Schloss Varzim in Pommern: Die Guttstädter Schülergruppe im früheren Arbeitszimmer Otto v. Bismarcks *Bild: privat*

Auf Einladung des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) und der Landesgruppe Bayern der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen hat eine Schülergruppe aus Guttstadt die Bundesrepublik besucht. Die 19 Mädchen und elf Jungen wurden von ihrem Lehrer Jarek Kowalski und dem Allensteiner BJO-Vertreter Alexander Bauknecht begleitet. Die Anreise per Bus führte über Dresden, wo die Gruppe auf Veranlassung des BJO eine Stadtführung erhielt. Am Ziel ihrer Reise im nördlichen Unterfranken wurden sie vom Kulturwart der Landesgruppe Bayern in Empfang genommen und erhielt Einblick in den tristen Alltag an der früheren innerdeutschen Grenze. Schönere Eindrücke ergaben sich beim Besuch des Freizeitparks „Freizeitland Geiselwind“.

Nächstes Ziel war der Westerwald, wo das Raiffeisenmuseum in Flammersfeld besichtigt und die Raiffeisen-Idee erklärt wurde. Die Gruppe übernachtete zweimal im Hotel Grenzbachmühle („Ein kleines Stück Ostpreußen!“) in Horhausen bei Neuwied. Eigentlich war vorgesehen, dass die Jugendlichen in Zelten auf einer Wiese neben dem Hotel schlafen, doch durch ein Missverständnis hatte niemand ein Zelt mitgenommen. So räumte die Hotelbesitzerin Claudia Sawka, selbst noch 1977 in Lötzen geboren, kurzerhand einen der Speisesäle, in dem die Jungen dann auf Luftmatratzen schliefen. Für die Mädchen stellte sie Zimmer zur Verfügung – und alles kostenlos. So hat sich die Solidarität der Ostpreußen wieder einmal bewährt.

Es folgte ein Tagesausflug zur Loreley und zum Deutschen Eck in Koblenz. Claudia Sawkas Mutter Marianne Sawka, die als Aussiedlerin aus Ostpreußen noch sehr gut Polnisch spricht, übernahm die Führung. Alexander erläuterte dann noch den Text des Volksliedes „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“, was die Schüler ziemlich beeindruckte.

Gute Mischung aus Bildung und Freizeit

Am nächsten Tag wurde das Preußen-Museum in Minden besucht. Geführt in zwei Gruppen, entwickelte sich ein reges Interesse, was sich auch bei der anschließenden Fragerunde zeigte.

Nach einer Übernachtung in der Jugendherberge „Leben in Bewegung“ im Wendland ging es weiter in Richtung polnischer Grenze. Preußen war groß – erst am Abend wurde das letzte Etappenziel erreicht, eine Ferienhaussiedlung in Hinterpommern nahe Varzin, dem zeitweiligen Wohnsitz Otto v. Bismarcks. Dessen früheres Gut, in dem sich heute eine polnische Forstschule befindet, wurde anderentags ebenfalls besichtigt – wieder geführt, denn es war Sonntag und die Schule geschlossen. Die Mitarbeiterin, die durch die Räume führte, war eigens hergekommen, um den Schülern das Bismarcksche Jagd- sowie das Arbeitszimmer zu zeigen. Der Schreibtisch des „Eisernen Kanzlers“ steht heute, schön restauriert, im Büro des Schulleiters an dessen Arbeitsplatz.

Mit der Besichtigung der Reste der früheren Grabstätte der Fürstenfamilie v. Bismarck endete dieser letzte Teil der Reise vor der Rückfahrt nach Guttstadt. Alle waren sich einig: Die Mischung aus Bildung und Freizeit war wieder einmal genau richtig. *Rainer Claaßen*

Ein wichtiger deutscher Kulturträger

Vorstandssitzung des Deutschen Vereins in Memel im Beisein des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen

Anlässlich seines Aufenthalts in Memel wurde der Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, von der Vorsitzenden des Deutschen Vereins in Memel, Magdalena Piklaps, gebeten, an einer Vorstandssitzung am 27. Oktober teilzunehmen. Zu Beginn der Sitzung richtete der Sprecher die Grüße des Bundesvorstandes aus und stellte humorvoll fest, dass die Zusammensetzung des Vorstandes hier in Memel Freude bei allen Feministinnen in der Bundesrepublik hervorrufen würde. Die Damen hätten – wie er feststellen könne – eine Zweidrittelmehrheit im Vorstand.

Frau Piklaps berichtete über die sehr erfolgreiche Arbeit des Vereins, aber auch über die Sorge des Vorstandes, das Haus weiterhin täglich geöffnet zu halten. Seit 2009 gibt es keine Förderung mehr für den Verein und das Simon-Dach-Haus vom deutschen Staat.

Im Haus sei eine Kulturmanagerin des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) aus Baden-Württemberg tätig, die Kulturprojekte für das gesamte Baltikum organisiere. Der Vorstand sei sehr zufrieden, dass im Rahmen ihrer Tätigkeit auch wieder deutsche Kulturtage im Jahr 2011 in Memel durchgeführt werden können.

Der Vorstand beriet und entschied über den Ablauf der Weihnachtsfeier am 4. Dezember in der Sudermann-Schule in Memel. Die Sudermann-Schule ist eine staatliche litauische Schule, die als Minderheitsschule für die deutsche Volksgruppe im Memelgebiet eingerichtet wurde. Die Unterrichtssprache ist Deutsch und die Schule schließt mit dem voll anerkannten deutschen Abitur ab. Die Sudermann-Schule

Frauen haben Zweidrittelmehrheit im Vorstand

steht auch litauischen Schülern offen. Zahlreiche Schüler der Sudermann-Schule wohnen im schuleigenen Internat. Ferner wurde der geplante Umzug der Kinder am Martinstag, dem 11. November, besprochen. Der Sprecher wurde informiert, dass regelmäßig kleine Konzerte im Simon-Dach-Haus stattfinden, die gut besucht würden.

Der Verein unternehme große Anstrengungen, um finanziell unabhängig zu werden. Dies sei aber noch nicht in Sicht. Damit die Einnahmeseite verbessert werde, habe man im Haus ein Büro an Baltic-Tours (Reisebüro) vermietet. Darüber hinaus habe man im Dachgeschoss des Hauses zwei Fremdenzimmer eingerichtet, um mit Übernachtungen Einnahmen zu erzielen.

Die Deutsche Botschaft in Wilna (Vilnius) habe Finanzmittel, um Deutsche Vereine in Litauen zu unterstützen. Leider habe die Botschaft in diesem Jahr entschieden, dem Deutschen Verein in Memel 2010 keine Zuwendungen zu gewähren. Die Schatzmeisterin berichtete, dass 2009 das Jahresminus des Vereins rund 6000 Euro betrage, man wollte jetzt erneut einen Antrag bei der Stadtverwaltung stellen, um von der Grundsteuer befreit zu werden. Es sei bekannt, dass andere Vereine mit ähnlichem Charakter von der Grundsteuer befreit seien.

Im Übrigen, so die Schatzmeisterin, brauche man dringend we-

Der Verein ist noch nicht finanziell unabhängig

nigstens zwei bis drei Sponsoren, die aushelfen, wenn größere Reparaturen am Haus anfallen. Die Baumängel am Haus seien gravierend. Obwohl das Haus 1992/93 von Grund auf saniert wurde, mussten bisher schon einige 10 000 Euro für Erhaltungsaufwand und Reparaturen bereitgestellt werden. Dieses Geld kam vom deutschen Staat. (Anmerkung des Autors: Das Bundesinnenministerium hatte seinerzeit entschieden, die Bauaufsicht über das zu rekonstruierende Simon-Dach-Haus der Dittchenbühne in Elmshorn zu übertragen. Dabei wird so manches Dittchen fehlgeleitet worden sein.)

Der Sprecher versprach, die Probleme des Vereins im Bundesvorstand der LO vorzutragen. Selbstverständlich werde auch er im Simon-Dach-Haus übernachten, um damit einen kleinen Beitrag zur Stärkung des Vereins zu leisten. Die Vorsitzende berichtete, dass sie auch in die diakonische Arbeit in Memel eingebunden sei. Eine private humanitäre Organisation aus Baden-Württemberg habe eine Kleiderkammer und eine Suppenküche eingerichtet, die fünfmal in der Woche kostenlos eine warme Mahlzeit austeile. Diese Einrichtungen stehen auch den Deutschen in Memel zur Nutzung offen.

Fazit: Das Simon-Dach-Haus mit seiner Mannschaft ist ein wichtiger deutscher Kulturträger in Litauen. Durch die grenzüberschreitenden Aktivitäten des Hauses zum südlichen Ostpreußen hin und nach Lettland leitet es einen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas. Der Vorstand des Vereins will zum Dachverband der Deutschen Vereine in Lettland – der in Kürze gegründet werden soll – Kontakt aufnehmen. *W. v. G.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

so wie wir in unserer letzten Folge geendet haben, so beginnen wir in der heutigen: mit der Suche nach Verwandten, Freunden, Kameraden, nach Menschen, die uns lieb und wert waren und die seit Jahrzehnten vermisst werden, oft schon seit 60 und mehr Jahren. Es sind die schwierigsten Suchwünsche, vor allem dann, wenn sie nicht aus Deutschland kommen und in einer anderen Sprache formuliert wurden wie die von Madame **Valerie Auber** aus Frankreich. Sie hat sich auf der Suche nach der Familie ihres Großonkels **Charles Fernand Avenel** an uns gewandt, weil ihre Großmutter immer geglaubt hat, dass ihr Bruder noch lebe und zwar irgendwo in Ostpreußen. Ich hoffe, dass wir nach etlichen E-Mails den Suchvorgang richtig formulieren können, was bei der französisch-englisch-deutsch geführten Korrespondenz nicht leicht ist, weil sich leicht kleine Fehler einschleichen können – wie hatte es doch ein Leser bei einer von ihm gegebenen Auskunft kürzlich so treffend formuliert: Irrtümer inbegriffen!

Wenigstens haben wir zwei Namen und einige feste Daten. Der Bruder von Madame Aubers Großmutter, Charles Fernand Avenel, wurde 1895 in Rouville geboren, nahm als französischer Soldat am Ersten Weltkrieg teil und geriet in deutsche Gefangenschaft. Anscheinend hat er zu jener Zeit oder später eine deutsche Frau kennengelernt, die er etwa 1930 heiratete, und mit ihr einen Hof in Ostpreußen bewirtschaftete. Es ist anzunehmen, dass dieser Besitz aus der Familie der Frau stammte und im südlichen Ermland oder in Masuren lag. Denn 1940 erfolgte eine eigenartige Begegnung, die für Madame Auber und ihre Großmutter außerordentlich wichtig war. Ein französischer Soldat mit Namen **Robert His** kam als Kriegsgefangener in das Lager STALAG 1 B 1. Er wurde zur landwirtschaftlichen Arbeit auf den Höfen der Umgebung eingeteilt. Auf einem bei Hohenstein gelegenen Anwesen will er Charles Valerie Avenel begegnet sein und mit ihm während seiner Lagerzeit in Verbindung gestanden haben. Ob er auch auf dem Hofe tätig war, der Charles Avenel oder seiner Frau gehörte, ist nicht festzustellen. Jedenfalls konnte die Familie aus den Berichten von Robert His entnehmen, dass Charles im südlichen Ostpreußen lebte, mit einer deutschen Frau verheiratet war und mit ihr zwei Töchter hatte, die 1945 etwa 15 Jahre alt waren. Die Großmutter von Madame Auber hat immer nach ihrem Bruder gesucht, aber ihn oder seine Familie nie gefunden, zumal deren weiteres Schicksal ja auch im Ungewissen liegt, ob diese französisch-deutsche Familie auch nach der Russenbesetzung auf ihrem Besitz blieb oder ob sie auch vertrieben wurde.

Wie gehen wir nun vor? Gefragt sind zuerst einmal die ländlichen Bewohner des südlichen Ostpreußens, ob sie einen Landwirt mit Namen Charles Fernand Avenel kannten – falls dieser nicht den Namen seiner deutschen Frau angenommen hat, was aber unwahrscheinlich ist. Der französische Familienname dürfte sich in der Gegend schon eingeprägt haben. Wer kannte seine ostpreußische Frau und deren Familie, ging mit den Töchtern zusammen zur Schule? Die etwa 1930/31 geborenen Mädchen werden auch durch ihren französischen Namen aufgefallen sein. Auf welchem Hof arbeitete der französische Kriegsgefangene Robert His und wer kann über ihn etwas gesagt werden? Es wäre natürlich eines jener Wunder – von denen wir zu oft und viel zu früh sprechen, aber von denen wir träumen dürfen –, wenn sich jemand von der Familie Avenel, eine der Töchter oder deren Nachkommen, melden würden. Wegen eventueller Sprachschwierigkeiten ist es ratsam, uns eine kurze Mitteilung zukommen zu lassen, zumal Madame Auber nur ihre Online-Adresse angegeben hat. (valerie.aub@orange.fr)

Familienforschung wird ja bei uns groß geschrieben – im wahrsten Sinne. Weil für viele Vertriebene kaum etwas Bewahrtes aus Heim und Heimat blieb, ist man glücklich, wenn plötzlich greifbare Dinge auftauchen, die Licht in das Dunkel der Vergangenheit bringen. Vor allem, wenn es sich um Bilder oder Briefe handelt, die Leerseiten in der eigenen Familiengeschichte füllen könnten. So erging es auch Herrn Dr. **Klaus Becker** aus Wetter, der kürzlich zwei Briefe seiner Großmutter entdeckte und dadurch aufgerüttelt wurde, sich mit ihrer Lebensgeschichte zu befassen. Die führt nach Königsberg, und deshalb riet ihm ein Freund aus dem Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen, sich an uns zu wenden, und er tat dies mit einigen konkreten Angaben zu den gesuchten Personen, die wohl in Königsberg nicht ganz unbekannt waren. Es handelt sich um die Großmutter von Herrn Dr. Becker, **Martha Anna Elisabeth Zuckerfrisch** geborene Becker, und ihren Ehemann Leo Zuckerfrisch, der sich als Schauspieler **Leo Grand** nannte. Da der Enkel von seiner „Oma Anna" spricht, muss der Rufname der Großmutter so gelautet haben. Sie hat Zeit ihres Lebens nur in Königsberg gewohnt, ist 1872 dort geboren und 1973 laut Todesurkunde des Königsberger Standesamtes als „Schauspielerwitwe Zucker-Frisch geborene Becker" in Königsberg verstorben. Ihr Mann Leo Grand gehörte ab 1912/13 zum festen Ensemble des Luisen-Theaters auf den Hufen. Das Paar wohnte in der Tragheimer Kirchenstraße, das Haus Nr. 46 lag genau gegenüber der Altstädtischen Kirche. Von diesem Haus hätte Herr Dr. Becker gerne eine Abbildung, und da es ja an einer der beliebtesten Plätze der Innenstadt lag, ist es möglich, dass dieser Wunsch erfüllt werden kann. Schwerer dürfte dies bei seiner zweiten Frage sein, denn die bezieht sich auf das Ehepaar Zukkerfrisch, besonders auf den Großvater von Herrn Becker, der bisher nicht feststellen konnte, wann und wo Leo Zuckerfrisch verstorben ist, es muss jedenfalls vor 1937 gewesen sein. Der Enkel besitzt noch ein Theateraufnahme von 1913 mit dem Schauspieler und ein Gruppenfoto von 1933, das wir hier veröffentlichen. Es zeigt Anna und Leo Zuckerfrisch inmitten von Verwandten, davon namentlich genannt Großmutter **Laura Willer** aus Danzig, **Ego Klaus** und Bruder **Heinz**. Vielleicht erinnert sich anhand dieses Fotos jemand von unseren älteren Lesern an das Ehepaar oder besitzt noch Königsberger Theaterprogramme, in denen Leo Grand genannt wird. Der Enkel würde sich freuen. (Dr. Klaus Becker, Haus Hove 9 in 58300 Wetter (Ruhr), E-Mail: kbecker-wetter@t-online.de)


Bild: privat

Anna und Leo Zuckerfrisch mit Verwandten

Auf solche Programme – allerdings viel ältere – hatte auch Herr **Michael Schuncke** gehofft, über dessen Suche nach Informationen über seinen Urgroßonkel, den Schauspieler **Julius** Schuncke, wir bereits ausführlich berichteten. Er besitzt zwar in seinem wieder aufgebauten „Schuncke-Archiv" – das erste wurde 1945 durch Brand vernichtet – das Programm einer „Räuber"-Inszenierung aus dem Jahr 1817(!) mit dem Namen des Schauspielers. Aber die Aufführung fand nicht in Königsberg statt, sondern in einem „Stadt-Theater" – leider ohne Ortsangabe –, und Herr Schuncke „vom Stadt-Theater zu Königsberg" hatte die Gastrolle des Franz Moor übernommen. Nun schrieb Michael Schuncke: „Zu meinem Urgroßonkel Julius, Schauspieler auch in Königsberg, habe ich leider nichts von der Ostpreußischen Familie gehört. Meine leise Hoffnung war, dass irgendwo Theaterzettel jener Zeit gerettet, aufbewahrt und jetzt aktiviert würden." Dafür bekam er Hinweise zu der Familie seiner 2002 verstorbenen Ehefrau **Dorothea Czibulinski**, die – in Metgethen geboren – die Ausbildung zur Mezzosopranistin bei ihrer Tante **Margarete Schulz** in Königsberg erhielt. Hierzu schreibt Herr Schuncke: „Meine verstorbenen Anverwandten, Schwiegermutter **Irmgard Czibulinski-Dressler** – aus der Breslauer Malerdynastie Dressler stammend, die auch an der Ostseeküste malte – und mein Schwager **Bernhard** wussten, dass die Czibulinskis keine große, kopfreiche Familie waren, aber schon durch die großmütterliche Linie ‚**Kamm**' tief in den ostpreußischen Wäldern verwurzelt waren". Also da taucht ein neuer Name auf, vielleicht gibt es jetzt weitere Zuschriften zu diesem – angeheirateten – Schuncke-Zweig. (Schuncke-Archiv, Maiengasse 4 in 76534 Baden-Baden, Telefon 07221/75056.)

Wenn ich wieder einmal ein Schreiben unseres Landsmanns **Knut Walter Perkuhn** aus Wriedel bekomme und seinen Namen lese, steigt die Erinnerung an eine Begegnung mit der Dichterin Agnes Miegel auf, und sie ist so taufrisch, als sei nicht inzwischen ein Dreivierteljahrhundert vergangen. Damals war ich eine sehr junge Schriftstellerin und hatte eine Erzählung geschrieben, die in einer Königsberger Zeitung erschienen war. Agnes Miegel hatte sie gelesen und sprach mich bei der nächsten Begegnung darauf an. „Die Geschichte hat mir gefallen, aber mit dem Namen stimmt etwas nicht, da ist ein h zuviel." Sie meinte damit die Hauptfigur dieser in der Niederung spielenden Erzählung, die ich „Hanne Perkuhn" genannt hatte. Die Dichterin erklärte mir, dass sich der Namen von unserm Prussengott Perkunos herleite und deshalb auch so geschrieben werden müsste. Ich habe es mir gemerkt – aber als ich dann vor einiger Zeit einen Suchwunsch bekam, den ein Herr Perkuhn stellte, fühlte ich mich rehabilitiert. Ob mit oder ohne h – Perkunos stand Pate für diesen echten altpreußischen Namen. Und wenn der „noch heute auf fliegendem Schimmel über unserer Heimat reitet und von oben herab donnert" – so die Schriftstellerin Erminia von Olfers-Batocki in einem ihrer schönen Heimatgedichte – , dann wäre er wohl sehr stolz auf seinen Namensträger Knut Walther Perkuhn, der sich mit großer Ausdauer und Energie seiner Familiensaga widmet und deshalb unsere Ostpreußische Familie bemüht. Wobei er in der bereits zweimal vorgetragenen Suche nach dem in Skuldeinen bei Kukkerneese ansässig gewesenen Rudolf **Perkuhn** bis heute nicht weiter gekommen ist, dafür aber einen Erfolg bei einem anderen Perkuhnzweig aus Kiaulken/Muldszen, Kreis Gerdauen verweisen kann. Und in diesen Kreis führt auch seine neue Suchfrage nach einer Perkuhn-Linie, bei deren Erforschung er nicht weiter kommt, weil die Behörden mit ihrem Datenschutz einen Sperrriegel vorgeschoben haben.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Es geht um den am 1. März 1929 in Friedenberg, Kreis Gerdauen geborenen **Paul** Perkuhn, der am 17. August 1973 im Städtischen Krankenhaus Stade verstarb. Knut Walter fuhr im Rahmen seiner Sippenforschung nach Stade und erhielt vom Stadtarchiv die Sterbeurkunde, aus der hervorging, dass der kaufmännische Angestellte im benachbarten Harsefeld gewohnt und dort am 7. Juli 1963 seine Ehefrau **Irmgard** geborene **Janke** geheiratet hatte Er fuhr sofort nach Harsefeld, wo ihm vom Samtgemeindearchiv zwar bestätigt wurde, dass eine Heiratsurkunde vorhanden sei, ihm aber ein Einblick oder eine Kopie verwehrt werden müsse – da sei der Datenschutz vor! So ist es Knut Walter bis heute nicht gelungen, diese Linie weiter zu erforschen. Vielleicht kann unsere „Ostpreußische Familie" nun weiter helfen. Da Paul in Friedenberg bei Gerdauen geboren wurde, müssten seine Eltern, **Ernst** Perkuhn und **Johanna** geborene **Pahlke**, dort gelebt haben. Während von Ernst Perkuhn alle Daten fehlen, ist von Mutter Johanna bekannt, dass sie am 5. Dezember 1897 in Schakenhof, Kreis Gerdauen geboren wurde. Dorf und Gut Schakenhof lagen an der Kreisstraße 131 zwischen Friedland und Nordenburg. Wo und wann Ernst Perkuhn geboren wurde, welchen Beruf er hatte, wo das Paar geheiratet und bis zur Flucht gelebt hat, ob die Familie flüchten konnte und gegebenenfalls wohin, wo und wann Ernst und Irmgard Perkuhn verstorben sind – das alles ist unbekannt. Ebenfalls fehlen jegliche Angaben über Irmgard Perkuhn geborene Janke, die nach dem Tod ihres Mannes nach Horneburg verzog. Wer kann Angaben über die Genannten machen, ist mit ihnen verwandt oder hat mit ihnen vor und nach der Flucht zusammen gelebt? (Knut Walter Perkuhn, Bergstraße 25 in 29565 Wriedel/Brockhöfe, Telefon 05829/1668.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatregionen

»Selbstpolonisierung« mit deutschem Steuergeld

Vom Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit vorgeschlagener Referent wollte vor deutscher Volksgruppe nur Polnisch sprechen

Eine Zeitreise in das Oberschlesien der bewegten Nachkriegsjahre 1918 bis 1922 brachte unlängst viel Leben in die DFK-Begegnungsstätte der deutschen Volksgruppe im oberschlesischen Alt Poppelau. Für diese vom Bundesinnenministerium finanziell ermöglichte Veranstaltung empfahl das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit einen Referenten, der nur Polnisch referieren wollte.

Die Veranstaltung in der von Piotr Szafranski geleiteten Begegnungsstätte war möglich geworden, nachdem das Bundesinnenministerium den Deutschen in der Republik Polen sogenannte „Frischmittel" in Höhe von 850 000 Euro für das Jahr 2010 zur Verfügung gestellte hatte. Mit Hilfe dieser Gelder sollen vor allem Projekte finanziert werden, die der besonderen Förderung von Deutsch als Muttersprache der Deutschen in der Republik Polen dienen. Umrahmt wurde die Veranstaltung passend von der Ausstellung „Die Grenze" des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit (HDPZ).

Bedauerlicherweise mussten, bis der Vortrag stattfinden konnte, einige Klippen umschifft werden. Auf Anfrage von Robert Kampas, des Projektbetreuers zur Verwaltung der Frischmittel für die Gemeinden Alt Poppelau, Groß Döbern, Bad Carlsruhe und Namslau, hatte das HDPZ den Vorschlag unterbreitet, einen Historiker des Instytut Śląski (Universität Oppeln) mit dem Vortrag zu betrauen. Dieses Institut hat in der Zeit der Volksrepublik Polen eine eher unrühmliche Rolle bei der „Erforschung" der „wiedergewonnenen Westgebiete" der (Volks-)Republik Polen gespielt. Sprichwörtlich in letzter Minute stellte sich jedoch heraus, dass der vorgesehene Referent lediglich Fragen auf Deutsch beantworten wollte, den eigentlichen Vortrag trotz vorhandener Sprachkenntnisse aber auf Polnisch zu halten gedachte.

Dass es am Ende anders kam, ist dem Präsidenten des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Bernard Gaida, zu verdanken. Er intervenierte kurzerhand beim Projektkoordinator für den Bezirk Oppeln, nachdem er benachrichtigt worden war. Auf Vermittlung der Menschenrechtsorganisation AGMO e.V. in Bonn konnte deren stellvertretender Vorsitzender Tobias Körfer als neuer Referent gewonnen werden.

Die Nachricht verbreitete sich schnell und so kamen geschichtsinteressierte Zuhörer nicht nur aus den umliegenden Dörfern, sondern auch aus Oppeln, den Kreisen Krappitz und Groß Strehlitz, aus Knurow und sogar Warschau. Der große Zuspruch bestätigt die schnelle Entscheidung von Bernard Gaida. Als Plädoyer für die deutsche Muttersprache besitzt sie richtungsweisenden Charakter für jene Ortsgruppen, die sich einer „Selbstpolonisierung" (Bruno Kosak) unterwerfen und damit einer wirklichen Belebung widersetzen.

Der Vorgang, so erfreulich er auch endete, zeigt jedoch, wie viel auch innerhalb der Vereinigungen der deutschen Volksgruppe noch umgedacht werden muss, bis man von einer sich kulturell selbsttragenden Gemeinschaft der Deutschen in der Republik Polen wird sprechen können. Dass gerade das HDPZ in Gleiwitz es war, welches Referenten anbietet, die sich weigern, auf Deutsch zu sprechen, stimmt wenig optimistisch für die deutsche Volksgruppe. Um so besser, wenn solche Entscheidungen schnell und unbürokratisch korrigiert werden können. *EB/PAZ*

Vortrag des Ersatzreferenten

Der Kölner Historiker Tobias Körfer referierte über die Gründung der preußischen Provinz Oberschlesien am 14. Oktober 1919. Seine These von der Zwitterhaftigkeit der Provinzgründung unterstrich er im Titel „Polonia ante portas – Preußen zwischen allen Stühlen". Dabei wurde aufgezeigt, dass die Erhebung des preußischen Regierungsbezirkes Oppeln zur Provinz eine schwierige, den Umständen der damaligen Zeit geschuldete und nicht von allen Seiten willkommen geheißene Geburt gewesen sei. Nichtsdestotrotz sei es aber gelungen, sowohl Autonomiebestrebungen, als auch polnischen Begehrlichkeiten zurückzuweisen. Zu Recht könne man deshalb von einem taktischen Schachzug sprechen, der auf das Konto Preußens auch gegen manchen Widerstand der deutschen Reichsregierung zu verbuchen sei. *PAZ*


Bild: Körfer

Piotr Szafranski, Tobias Körfer und Robert Kampa (von links)

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Lutz, Edith, geb. **Soyka**, aus Treuburg, Goldaper Straße 24, jetzt Thermalbadstraße 4b, 96476 Rodach, am 11. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Trobisch, Elisabeth, geb. **Klan**, aus Neidenburg, jetzt Senioren-Zentrum, Sprembergstraße 34, 03119 Welzow, am 12. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Preugschat, Ella, geb. **Balewski**, aus Hohenstein, Kreis Osterode, jetzt Hof Glassiepen 8, Betreutes Wohnen, 42853 Remscheid, am 14. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dastik, Nanni, geb. **Gundermann**, aus Ebenrode, jetzt Unter den Eichen 112, 12203 Berlin, am 14. November

Engelke, Liesbeth, geb. **Loesch**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, jetzt Buchenweg 4, 55471 Neuerkirch, am 10. November

Koch, Leni, geb. **Warniak**, aus Sarken, Kreis Lyck, jetzt Wilhelm-Strauß-Straße 78, 41236 Mönchengladbach, am 8. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Binsch, Hans, aus Willenburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Sandfortskamp 18, 48159 Münster, am 8. November

Göstl, Gertrud, geb. **Piasta**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Hagenthaler Straße 99, 89258 Weißenhorn, am 10. November

Lempp, Selma, verw. **Schlösse**, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Fasanenstraße 1, 88255 Baienfurt, am 11. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barenthin, Erika, geb. **Przyborowski**, aus Treuburg, Goldaper Straße 6, jetzt Wilhelm-Külz-Straße 15, 14728 Rhinow, am 10. November

Meier, Erna, geb. **Hartfiel**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Kaiserstraße 24, 58644 Lübbecke, am 9. November

Schneider, Erika, aus Grammern, Kreis Ortelsburg, jetzt Neustraße 42, 45663 Recklinghausen, am 13. November

Templin, Rosemarie, geb. Becker, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Düsterhauptstraße 8, 13469 Berlin, am 2. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abel, Inge, geb. **Chlebowitz**, aus Korschen Kreis Rastenburg, jetzt Op dem Felde 51, 47372 Niederkrüchten, am 12. November

Främke, Edeltraut, geb. **Schwarz**, verw. **Putzka**, aus Hohenstein, Kreis Osterode, jetzt Hinzbleek 12, 22391 Hamburg, am 11. November

Herzog, Rolf, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Ferdinand-Schlufter-Straße 27, 99706 Sondershausen, am 11. November

Hess, Gerda, geb. **Rehaag**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schwalbenstraße 6, 63263 Neu-Isenburg, am 12. November

Kirstein, Kurt, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Zum Lotterberg 24, 34281 Gudensberg, am 7. November

Kohlhaas, Friedel, geb. **Weissenberg**, aus Schanzendorf, Kreis Ebenrode, jetzt Auf der Rerloff 11, 54533 Gransdorf, am 9. November

Kudies, Edith, geb. **Ratz**, aus Reuß, Kreis Treuburg und Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Freundenthalstraße 35, 29640 Schneverdingen, am 10. November

Mett, Franz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Brettmuehlenweg 26, 09526 Olbernhau, am 11. November

Naß, Emma, geb. **Rogowski**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Dorfkrone 1, 51674 Wiehl, am 12. November

Olbrisch, Marie, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Naheweinstraße 211, 55450 Langenlonsheim, am 9. November

Pangratz, Martha, geb. **Grabowski**, aus Upalten, Kreis Lötzen, jetzt Mühlenflößstraße 19, 33175 Bad Lippspringe, am 11. November

Prank, Bruno, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Wagnerstraße 17, 32427 Minden, am 8. November

Schucany, Gisela, aus Goyden, Kreis Mohrungen, jetzt Straße der Befreiung 55, 18507 Grimmen, am 13. November

Skawski, Edith, geb. **Schulze**, aus Treuburg, jetzt Uhlandstraße 3, 15370 Petershagen, am 13. November

Sonnendecker, Friedel, geb. **Paulin**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Waldbachstraße 45, 65347 Eltville, am 13. November

Von der Schleh-Goltz, Freifrau Ursela, aus Ortelsburg, jetzt Große Gartenstraße 3C, 21698 Harsefeld, am 14. November

Weiß, Kurt, aus Norkitten, Kreis Insterburg Land, jetzt Haydnstraße 4, 84034 Landshut, am 14. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ballay, Hans, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Goerdelerstraße 1B, 23556 Lübeck, am 8. November

Bartels-Frost, Günther, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Kurhausstraße 7, 31542 Bad Nenndorf, am 9. November

Brandt, Hildegard, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Hageneystraße 36, 44379 Dortmund, am 9. November

Brinkmann, Evamaria, geb. **Knorr**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Poststraße 129, 27252 Schwavörden, am 3. Oktober

Brune, Anneliese, geb. **Bohl**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hermann-Löns-Weg 3, 33818 Leopoldshöhe, am 29. Oktober

Dörffer, Margarete, aus Lyck, jetzt Am Hauptbahnhof 1a, 58089 Hagen, am 13. November

Donde, Erich, aus Tapiau, Schlageterstraße, Kreis Wehlau, jetzt Rudolf-Breitscheid-Straße 112, 23968 Wismar, am 13. November

Dorn, Lolal, geb. **Effta**, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, jetzt Von-Glahn-Straße 14, 27580 Bremerhaven-Lehe, am 12. November

Geisler, Erich, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Nordkamp 33, 26203 Wardenburg, am 10. November

Gonschorek, Edith, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Hügelstraße 14, 42553 Velbert, am 8. November

Hollo, Käthe, geb. **Naschinski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, jetzt 6/14 Belmore Street, Ryde. NSW 2112, Australien, am 11. November

Jurr, Konrad, aus Kinglacken, Kreis Wehlau, jetzt Theodor-Storm-Straße 22, 59302 Oelde, am 13. November

Karasch, Waltraut, geb. **Konoppka**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und Keipern, Kreis Lyck, jetzt Cleverhof 3, 23611 Bad Schwartau, am 11. November

Karst, Christel, geb. **Fischer**, aus Eydtkuhnen und Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Freiheiterstraße 2, 34260 Kaufungen, am 12. November

Kawlath, Erhard, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, am 3. November

Kelch, Edeltraud, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, jetzt Böhmerstraße 3, 30173 Hannover, am 3. November

Klippert, Irmgard, geb. **Rahn**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Dachsweg 7, 31303 Burgdorf, am 12. November

Martin, Lieselotte, aus Lyck, jetzt Pfalzstraße 20, 30173 Hannover, am 8. November

Mayer, Charlotte, geb. **Gerlach**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heinrich-Rorbeck-Straße 26, 73614 Schorndorf, am 24. Oktober

Meyer, Dr. Ingo, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, jetzt Heerde 70, 27245 Kirchdorf, am 10. November

Mueller, Hedwig, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Mühlenstraße 3, 56479 Hüblingen, am 5. November

Nagel, Martha, geb. **Lumma**, Kreis Ortelsburg, jetzt Hebbelweg 32, 27753 Delmenhorst, am 12. November

Neumann, Willy, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heinrichsdorf 13, 27446 Sandbostel, am 6. Oktober

Rexin, Christa, aus Neidenburg, jetzt Breslauer Weg 20, 61169 Friedberg, am 8. November

Schulz, Ehrentraud, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, jetzt Am Sägerhof 11/3, 90596 Schwanstetten, am 13. November

Siewe, Erika, geb. **Lenk**, aus Pannwitz, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hopenerstraße 14A, 49393 Lohne, am 13. November

Soyka, Irmtraut, geb. **Kannenberg**, aus Reuß Siedlung, Kreis Treuburg, jetzt Saargemünder Straße 23, 45481 Mülheim/Ruhr, am 14. November

Wiedemann, Rosa, geb. **Zielitzki**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Emil-Schweitzer-Straße 7, 47506 Neukirchen-Vluyn, am 11. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Belgardt, Gerhard, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schillerstraße 14, 44147 Dortmund, am 11. November

Bludau, Johannes, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Alter Postweg 8, 30900 Wedemark, am 4. November

Fiebach, Martin, aus Breslau, jetzt Bernhard-Bästlein-Straße 11, 18069 Rostock, am 11. November

Frey, Ruth, geb. **Burzeya**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, jetzt Hauptstraße 91, 76879 Bornheim, am 12. November

Griebau, Helga, geb. **Wiechmann**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Brunkhorstweg 11, 22525 Hamburg, am 7. November

Heynemann, Brigitte, geb. **Schorby**, aus Lyck, Danziger Straße 37, jetzt Fluhrweg 15, 82024 Taufkirchen, am 10. November

Kaminski, Siegfried, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Waldstraße 33, 19258 Schwanheide, am 11. November

Kerstan, Willi, aus Radomin, Kreis Neidenburg, jetzt Altwickeder Hellweg 248a, 44319 Dortmund, am 9. November

Klimaschewski, Siegfried, aus Seliggen, Kreis Lyck, jetzt Domänenweg 2, 42329 Wuppertal, am 10. November

Kollatz, Hannelore, geb. **Uschkurat**, aus Ebenrode, jetzt Am Sülzhof 12, 41542 Dormagen, am 14. November

Konietzko, Otto, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Niederflegge 13, 32339 Espelkamp, am 14. November

Kudritzki, Eva, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Rue Albert 1.1, 4450 Liers, Belgien, am 9. November

Kyewski, Heinz, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Glatzer Straße 6, 59872 Meschede, am 10. November

Leinemann, Hilde, geb. **Sutzyck**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, jetzt Uelzener Dorfstraße 12, 59425 Unna, am 8. November

Maron, Hannelore, geb. **Kieselmann**, aus Ebenrode, jetzt Friedrichstraße 14/15, 18057 Rostock, am 8. November

May, Erich, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, jetzt Postgasse 9, 04618 Ziegelheim, am 10. November

Meyer, Hildegard, geb. **Meyer**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kantstraße 95, 42553 Velbert, am 5. November

Muhsal, Ruth, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Möwenweg 14, 23966 Wismar, am 11. November

Nagorny, Werner, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Gartenstraße 9, 25704 Meldorf, am 9. November

Nowak, Gertrud, geb. **Laskowski**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Lange Reihe 24, 24790 Schacht-Audorf, am 12. November

Pirk, Ursula, geb. **Schirmacher**, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, jetzt Chemnitzer Straße 5, 38226 Salzgitter, am 12. November

Plotzki, Günter, aus Ortelsburg, jetzt Holstentwiete 6, 25469 Halstenbek, am 13. November

Przyborowski, Edeltraut, geb. **Dziadek**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Lindenstraße 32, 02763 Zittau, am 9. November

Sadowski, Ewald, aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Am Heideberg 28, 50354 Hürth, am 11. November

Schikanski, Herbert, aus Lyck, jetzt Opferstraße 12, 38723 Seesen, am 8. November

Schröder, Dorothea, geb. **Schächter**, aus Wehlau, Deutsche Straße, Kreis Wehlau, jetzt Lechweg 58, 24146 Kiel, am 13. November

Schiller, Ruth, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hugo-Sinzheimer-Straße 15, 60437 Frankfurt am Main, am 30. Oktober

Söckneck, Olga, geb. **Lohmeyer**, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, jetzt Reiderländer Straße 2, 28259 Bremen, am 13. November

Streit, Elsa, geb. **Rehberg**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Löbnitzstraße 9, 99734 Nordhausen, am 22. Oktober

Theweleit, Siegfried, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Bahndamm 18, 47055 Duisburg, am 12. November

Uhde, Margarete, geb. **Lammek**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, jetzt Westerndorf 1, 38315 Werlaburgdorf, am 8. November

Zerulla, Herbert, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrungen, jetzt Rostocker Straße 50, 18311 Ribnitz, am 11. November



Klischke, Siegfried, und Frau Annemarie, geb. **Neder**, aus Bischofsburg, Kreis Rößel, jetzt Straße des Aufbruchs 1, 39240 Glöthe, am 19. Oktober

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 5. November, 18.30 Uhr, Phoenix: Stalingrad.

Sonnabend, 6. November, 18 Uhr, ZDF: Die geraubten Kinder.

Sonntag, 7. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 7. November, 20.15 Uhr, NDR: Damals in Ostpreußen.

Sonntag, 7. November, 20.15 Uhr, MDR: Kaiserin Adelheid – Die mächtigste Frau der Ottonen.

Sonntag, 7. November, 23.35 Uhr, ARD: Entweder Broder.

Montag, 8. November, 21 Uhr, ARD: Deutsche Dynastien.

Montag, 8. November, 23.05 Uhr, N24: Im Todestrakt – Warten auf die Hinrichtung.

Dienstag, 9. November, 22.10 Uhr, Arte: Die neue Wut der Jugend.

Dienstag, 9. November, 23 Uhr, SWR: Stauffenberg – 20. Juli 1944.

Dienstag, 9. November, 23.05 Uhr, N24: Die Mauer – Todesstreifen in Berlin.

Mittwoch, 20.15 Uhr, Arte: Die Höllenschlacht – Somme 1916.

Donnerstag, 11. November, N24: Berlin – Hitlers letzter Kampf.

Freitag, 12. November, 20.15 Uhr, 3sat: Der Todesflug der Swissair 330 – Terroranschlag ohne Sühne.

Adventsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 29. November bis 6. Dezember 2010 findet im Ostheim wieder die alljährliche Adventsfreizeit statt. In dieser vorweihnachtlichen Zeit wollen wir zusammen ein Stück auf die Weihnachtszeit zugehen. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu einem Bummel ein. Bei den täglichen Kurkonzerten finden Sie angenehme Entspannung und Unterhaltung. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend stimmen wir uns mit einem „Adventsabend“ auf das kommende Weihnachtsfest ein. Für diese siebentägige Adventsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 337,00 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 291,50 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Lewe Landslied – nun ist bereits das zweite Heimattreffen unserer Kreisgemeinschaft Fischhausen in Pinneberg ohne unser Museum, aber dennoch fröhlich und harmonisch zu Ende gegangen. Zum Ablauf des Kreistreffens: Am Freitag gegen Abend fand die Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark bei herbstlichem Nieselregen durch unseren Vorsitzenden Wolfgang Sopha und dem Zweiten Vorsitzenden Klaus Lunau statt. Wie jedes Jahr begleitete Herr Gerhard Weiter auf seiner Trompete diese Gedenkminuten. Danach traf man sich zum gemütlichen Abend und Austausch im VfL-Heim, zu dem sich neben den schon angereisten Delegierten auch unser neuer Landrat Oliver Stolz und unser Kreispräsident Burkhard E. Tiemann gesellten. Am Sonnabend wurden die Räumlichkeiten im Hotel Cap Polonio für die Besucher um 9.30 Uhr geöffnet. Etwas später fand die Ortsvertretersitzung im VfL-Heim statt. Es wäre erfreulich gewesen, wenn sich eine größere Anzahl der Ortsvertreter beteiligt hätte. Deshalb sind alle Ortsvertreter bereits jetzt herzlich eingeladen, im kommenden Jahr gemeinsam mit allen Samländern die Wiedereröffnung unseres Museums gebührend zu feiern.

Zu unserem Kreistreffen hatte Wilhelm Tuschewitzki die Puppen in der Samlandtracht, die seine verstorbene liebe Ehefrau Hertha Tuschewitzi in liebevoller Handarbeit hergestellt hatte, ausgestellt. Daneben gab es schöne und große Bernsteine zu bewundern und zu kaufen. Ergänzt wurde dieses Angebot mit den traditionellen Arbeiten (Web- und Malarbeiten) aus der Heimat, die jedes Sammlerherz höher schlagen ließen, von dem Ehepaar Feilscher, die dem Freundeskreis zur Erhaltung des Ostpreußischen Kulturgutes angehören. Nachdem unser Vorsitzender, Herr Sopha, alle Anwesenden begrüßt und damit die Veranstaltung eröffnet hatte, entführte Klaus Lunau „seine Cranzer", um sie und weitere interessierte Besucher mit einem Video aus der Heimat über die neuesten Ereignisse in der alten Heimat zu informieren und zu unterhalten. Als dann noch Wolfgang Sopha einen herrlichen Herbststrauß für die Asylgewährung unseres ausgelagerten Museumsbüros an Sabine Lüchau, die stellvertretende Kreispräsidentin von Pinneberg, überreichte, dankte sie es ihm mit einem überraschten und glücklichen Lächeln. Am Nachmittag konnte man an einer Lesung von Karl Willamowius teilnehmen. Dieser las aus seinem Buch „Johann Gottlieb Willamov" vor und lockte damit viele Zuhörer an.

Unsere Familienforscherin Heidrun Meller stand allen Fragenden wieder für einen Gedankenaustausch zur Verfügung. Es ist erstaunlich, wie das Bedürfnis der Menschen wächst, mehr über ihre Familienwurzeln zu erfahren. Danach gab es genügend Zeit für ortsübergreifende Gespräche. Man rückte zusammen und kam sich näher. Der gemütliche Abend wurde mit einem gemeinsamen Essen beschlossen, an dem sich der gesamte Vorstand und viele Gäste beteiligten. Der „harte Kern" – typisch ostpreußisch – wurde von der sehr aufmerksamen Mitarbeitern des Hauses um 23 Uhr „hinaus gefegt". Am Sonntag wurden die Gäste im großen Saal des Cap Polonios musikalisch mit „Ännchen von Tarau" eingestimmt und die Feierstunde zum „Tag der Heimat" konnte um 11 Uhr mit dem gemeinsam gesungenen Schleswig-Holstein-Lied beginnen. Die Grußworte von Herrn Sopha richteten sich an unsere Ehrengäste, den Kreispräsidenten und Schirmherr Burckhard E. Tiemann, seinen Stellvertreter Dietrich Anders, an Frau Christa Wiebe, die den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund präsentierte und an das Ehepaar Kascha für den Verein Cranz / Selenogradsk. Danach überraschte unser Vorsitzender seinen Stellvertreter, Herrn Klaus Lunau, mit der Überreichung der silbernen Ehrennadel für sein Engagement zur Verständigung mit der heutigen russischen Bevölkerung in Ostpreußen. Vom Kreis Pinneberg wurde ihm dann vom Kreispräsidenten Burckhardt E. Tiemann die Ehrennadel für seine Verdienste für die Partnerschaft der beiden Städte Cranz / Selenogradsk und Pinneberg verliehen. Klaus Lunau war ob so viel Ehrung sichtlich gerührt.

Die Festrede hielt in diesem Jahr Herr Tiemann, der Kreispräsident von Pinneberg. Mit seiner Ansprache über „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" hat er alle Anwesenden tief berührt und aufgezeigt, wie wichtig dieses Thema ist und wie sehr wir noch daran arbeiten müssen, wirklich innerlich „anzukommen". Seine Festrede werden wir im nächsten Heimatbrief abdrucken, um sie allen Lesern zugänglich zu machen. Im nächsten Jahr wird unser Museum mit Unterstützung der Kreisverwaltung von Pinneberg und unserem Landrat, Herrn Oliver Stolz, für alle wieder geöffnet sein und in neuem Glanze erstrahlen. Zugleich werden wir die 60-jährige Partnerschaft mit Pinneberg zu feiern haben und freuen uns schon jetzt auf Ihren Besuch. Damit es ein erfolgreiches Fest wird, wünschen wir uns eine rege Teilnahme. Jeder ist herzlich willkommen, auch Freunde und Verwandte. Und wenn auch die Anreise beschwerlich sein sollte, schließen Sie sich mit anderen zusammen. Gemeinsam reist es sich im Alter leichter, ob mit Bus, Auto oder Bahn. Also liebe Samländer, freuen wir uns auf die Wiedereröffnung unseres Museums und auf ein Wiedersehen am 3. Wochenende im September 2011. (Vom Freitag, dem 16. bis Sonntag, dem 18. September!) Bleiben Sie bis dahin gesund und munter!



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Treffen der ehemaligen Königin Luise-Oberschule für Mädchen – Mitte Oktober fand wieder ein Treffen der Gemeinschaft Königin Luise-Oberschule für Mädchen zu Königsberg in Münster statt. Während 1995 noch 185 Teilnehmer dazu angereist kamen, konnten wir diesmal nur rund 30 Teilnehmer verzeichnen. Altersbeschwerden und Krankheiten machen sich zunehmend bemerkbar. Aber trotz dieser Probleme nahmen viele die weite Anreise auf sich, und das sogar manche im Alter von knapp 90. Jahren – sogar mit über 90. Jahren. Der kleine Teilnehmerkreis wurde aber nicht als nachteilig empfunden. Die Atmosphäre war sogar besonders gut, so kamen die persönlichen Kontakte noch mehr zum Tragen. Am Freitagabend sahen wir den neuen DVD-Film „Sommer 1942 in Ostpreußen", der wegen seiner Darstellung vom alten Königsberg, der Kurischen Nehrung und der Samlandküste liebe Erinnerungen wieder wach werden ließ. Am Sonnabendvormittag – nach der Begrüßung durch die Schulsprecherin Brunhild Roschanski und der Totenehrung, folgte das Hauptreferat von Roschanski über das Leben und Wirken der Königin Luise – anlässlich deren 200. Todestages. Untermalt wurden die Beiträge, auch am Nachmittag, mit hervorragender Musik auf Klavier und Geige, durch unsere beiden Mitschülerinnen Ingeborg und Brigitte Robiller-Roloff. Sie spielten Werke von Bach, Schubert und Mozart, die die Herzen der Anwesenden sehr erfreuten. Nach dem Mittagessen (Königsberger Klopse), der Mittagspause und dem Kaffeetrinken zeigte unsere Mitschülerin Leonore Bellotti, geb. Fink, einen hochinteressanten Diavortrag: „Königsberg und Umgebung im Sommer 2010", der mit sehr viel Beifall aufgenommen wurde. Dann gab es einen kurzen Film über das Schultreffen 2008 in Münster, den der Sohn von Elsa Braband, verheiratete Pichler, Dr. Rüdiger Pichler, hergestellt hatte. Anschließend gab es den Kassen- und Kassenprüfungsbericht, Heiteres aus Ostpreußen, vorgetragen von Ruth Lesch und Brunhild Roschanski sowie Zukunftsperspektiven unserer Schulgemeinschaft. In zwei Jahren soll wieder ein Treffen stattfinden, dann aber nur im inoffiziellen Rahmen. Das Interesse an Schultreffen ist noch immer erstaunlich groß. Nach den Schlussworten von Roschanski, dem Schlusslied und der Ehrung der Mitwirkenden fand ein gemütliches Beisammensein im Restaurant des Hotels statt. Am Sonntagmorgen fuhren wir mit dem Bus nach Schloss Cappenberg, dem Alterssitz von Freiherr vom Stein, den Königin Luise sehr unterstützt hatte, die preußischen Sozialreformen 1808 in Königsberg zu verabschieden. Hildegard Laws und Hanna Köster bedankten sich im Namen der Schulgemeinschaft herzlich bei Brunhild Roschanski für das gelungene Schultreffen, worüber sie sich sehr freute. Dann hieß es Abschied nehmen in der Hoffnung – sich in zwei Jahren wiederzusehen.

LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@ freenet.de

Erhard Kawlath, 85. Geburtstag – Am 3. November beging Erhard Kawlath seinen 85. Geburtstag. Auf über fünf Jahrzehnte des beständigen und intensiven Einsatzes für die Aufgaben der Kreisgemeinschaft Lötzen und für seine Heimat Masuren kann der Jubilar zurückblicken. Ganz gewiss wird er, der im August dieses Jahres aus gesundheitlichen Gründen das Amt des Kreisvertreters, das er 18 Jahre innehatte, in etwas jüngere Hände legen musste, nicht aufhören, mit innerer Anteilnahme die Entwicklungen in der Kreisgemeinschaft wie auch in Stadt und Kreis Lötzen zu verfolgen. Er hat viel bewirkt, viel geleistet und in vielen Bereichen Gutes erreicht oder angestoßen. Unvergessen werden z. B. bei den Mitgliedern des Deutschen Vereins in Lötzen und Hilfsbedürftigen im Kreis seine 14 vorweihnachtlichen Versorgungsfahrten bleiben, die er zwischen 1994 und 2007 leistete. Im Jahr 2003 verlieh ihm die Stadt Lötzen (Gizycko) die Ehrenbürgerschaft. Von anderen ihm zuteil gewordenen Ehrungen sei hervorgehoben die Verleihung der Verdienstmedaille des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland im Januar 2010. Erhard Kawlath, der seit 1954 Mitglied der Kreisgemeinschaft Lötzen ist, wurde auf dem im August in Neumünster stattgefundenen Heimatkreistreffen die Ehrenmitgliedschaft in der Kreisgemeinschaft beurkundet. Wer Erhard Kawlath kennt, weiß, dass er in seinen Worten wie in seinem Handeln stets Klarheit und Geradlinigkeit praktizierte. Seine Erfahrung und sein Rat werden weiterhin gebraucht und gefragt. Ihm und seiner Frau Nora gelten viele gute Wünsche für bestmögliche Gesundheit und für viel Kraft zur Bewältigung der in diesem Jahr eingetretenen Schicksalsschläge.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Tel.: (04402) 695727, Geschäftsstelle: Tel.: (0431) 77723 Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: tilsit.stadt@web.de

Drittes Deutsch-Russisches Forum – Das dritte Deutsch-Russische Forum fand auch bei den russischen Bürgern in Tilsit großes Interesse. Die Pressesprecherin der Tilsiter russischen Stadtverwaltung, Natalja Schumowitsch veröffentlichte im offiziellen städtischen Internetportal eine Verlautbarung, die hier auszugsweise wiedergegeben werden soll. Am 16. Oktober fand in Gumbinnen (Gusew) das Deutsch-Russische Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" statt Es wird alljährlich von der Landsmannschaft Ostpreußen veranstaltet. Teilnehmer der Konferenz waren Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen, darunter der Stadtgemeinschaft Tilsit, Mitarbeiter von Archiven, Museen und gesellschaftlichen Organisationen. Einladungen zur Mitarbeit bei dem Forum waren auch an unsere Stadt ergangen. Auf dem Forum wurde die Bewahrung des historischen Erbes sowie der Archiv- und Museumsarbeit erörtert. Eines der Ergebnisse war die Unterzeichnung eines Vertrages über die Zusammenarbeit zwischen dem Museum „Friedländer Tor" und der Landsmannschaft Ostpreußen. Am Sonntag, dem 17. Oktober weilten der Erste Vorsitzende Ulrich Depkat und der Zweite Vorsitzende Hans Dzieran von der Stadtgemeinschaft Tilsit in Sowetsk. Zum Programm gehörte eine Arbeitsberatung, die Besichtigung des Stadtgeschichtlichen Museums und ein Besuch auf dem Waldfriedhof. An der Arbeitsberatung nahmen Vertreter der Stadtverwaltung und Mitglieder der russischen Gesellschaft „Tilsit" teil. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Viktor Istschenko informierte die Anwesenden über Ergebnisse bei der Erhaltung des historischen Erbes und über die Mitarbeit in grenzübergreifenden Projekten, die auf die Erhaltung von Kulturdenkmälern und die Entwicklung des internationalen Tourismus gerichtet sind. Bei dem Treffen wurden gemeinsame Aufgaben für das kommende Jahr abgesteckt und der Blick auf das nächste Deutsch-Russische Forum 2011 gerichtet.

Informationsbroschüre

Hamburg – Unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach tagte der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa". Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Słubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysztof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten" vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa" widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400891, Fax (040) 41400850

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO – Vom 25. bis 28. November findet das traditionelle Adventstreffen der Ostpreußischen Jugend (**Adventstreffen in Osterode, Ostpreußen**) statt. Wer hat Lust auf Tanzen, Singen und Gedankenaustausch? Mitglieder und Interessenten sind ganz herzlich eingeladen. Auskunft unter Telefon (02451) 912926, oder schmelter@ostpreussen-info.de



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Der Jahresausflug der Gruppe führte nach Urach, Honau und Schloss Lichtenstein. Die Stimmung im Bus war gut, und mit einem Landjäger und einem Fläschchen Danziger Goldwasser wurde sie noch besser. In Urach angekommen wurde eine Stadtrundfahrt unternommen, und der Busfahrer gab Auskunft wie ein Lexikon, bevor er die Gruppe pünktlich vor dem Schloss Lichtenstein absetzte. Die beiden Damen, die die Gruppe zur Führung erwarteten, überraschten die Teilnehmer mit warmen Laugenbrezeln. Ein interessantes Schloss, aber eine Stunde Führung war fast ein bisschen viel, so dass die Teilnehmer sich sehr auf das Mittagessen freuten. Die Auswahl an Forellengerichten war groß und jeder kam auf seine Kosten. Die Stimmung konnte nicht besser sein. Auf einem Parkplatz wurde der mitgebrachte Tisch aufgestellt und Frau Korn bewirtete die Anwesenden mit den von Frau Nagel gestifteten „Hochprozentigen“. Für eine gute Verdauung sorgte der nicht gerade kurze Aufstieg zum Schloss Lichtenstein. Die humorvollen Ausführungen der beiden jungen Führer ließen die kleine Anstrengung aber schnell vergessen. Für die größte Überraschung sorgte aber Frau Korn. Auf einem Feldweg neben einer kaum befahrenen Straße wurde ausgepackt: Thermoskanne Kaffee, von den Frauen gebackener Kuchen, Teller und nicht einmal die goldglänzenden Kuchengabeln fehlten. Jeder hatte an diesem Tag Gelegenheit zu vielen netten Gesprächen. Das Ehepaar Korn sowie die vielen Helfer haben sich außerordentlich Mühe gemacht. Ein aufrichtiges Dankeschön für diesen schönen Tag.

Lahr – Sonntag, 14. November, lädt die Gruppe zu einer Gedenkfeier vor dem Mahnmal auf dem Schutterlindenberg ein. – Zum traditionellen Erntedankabend mit Kartoffelsuppe-Essen trafen sich Mitglieder und Freunde der Gruppe im „Zarko“. Erntegaben, Blumen und das große Erntebrot schmückten den Erntetisch. Zum Thema gehörten: 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen, Erntedank mit Gedichten, Geschichten und wie in jedem Jahr die Verteilung vom Erntebrot. Als Ernte wurde auch bedacht: „45 Jahre Frauengruppe“, die seit 1965 von Irma Barraud geleitet wird. Aus der Gruppe wurde Erika Hildebrand mit einer „Ostpreußenrose“ geehrt, da sie seit den Anfängen 1965 bis heute (2010) ein treues Mitglied der Frauengruppe ist. Die Frauengruppe hat seit 1965 nie ihren Geist aufgegeben, weil immer wieder neue Frauen die Gruppen beleben. Mit den Worten von Hannelore Pazelt-Hennig: „Da komm ich her, da ist mein Heimatland ...“, dankte die Vorsitzende und Leiterin der Frauengruppe für ihre Treue zur Gruppe.

Ludwigsburg – Mittwoch, 17. November, 15 Uhr, Stammtisch der Gruppe in den „Kronenstuben“ Kronenstraße 2.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenwohnanlage „Im Lindach“, Schwäbisch Hall. Elfi Domini zeigt zu Beginn einen Videofilm der letzten Fahrt (2010) nach West- und Ostpreußen. Freunde und Gäste sind herzlich eingeladen. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Für die Disposition ist eine baldmöglichste Anmeldung bei Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553, nötig.

Stuttgart – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Bildervortrag mittels Beamer Thema: Lovis Corinth durch den Ersten Vorsitzenden, Klaus-Peter Okun.

Weinheim – Mittwoch, 10. November, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Dieser Nachmittag ist ganz dem Land der dunklen Wälder, dem Ostpreußenland gewidmet. Ein bunter Reigen, liebevoll ausgewählter Geschichten, Gedichten sowie Erinnerungen an die Kindheit und Jugendzeit in der Heimat werden wieder wachgerufen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 17. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade. Thema: „Das Memelland“.

Erlangen – Dienstag, 9. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof. Es wird in kulinarischer Form an die Heimat gedacht, es findet das beliebte Grützwurstessen statt. Gewürzt mit Geschichten und Anekdoten preußischer Herkunft. – Sonntag, 14. November, 11.15 Uhr, Gedenkfeier für die Gefallenen und Toten am Vertriebenendenkmal auf dem Ehrenfriedhof mit anschließender städtischer Feier um 11.30 Uhr.

Hof – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen, Hof. Thema: „Königin Luise“.

Ingolstadt – Sonntag, 21. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Dienstag, 16. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel“. Hans Brünler hält einen Vortrag.

München Nord / Süd – Freitag, 12. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 12. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Diavortrag von Heide Bauer: Eine Reise nach Danzig und seiner Umgebung“.

Rosenheim – Mittwoch, 10. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Höhensteiger, Westerndorf St. Peter. – Sonntag, 14. November, 10 Uhr, Treffen zum Volkstrauertag am Friedhof Rosenheim. Nähere Informationen über den Veranstaltungen unter Telefon (08031) 94330.

Weiden – Sonntag, 7. November, 14.30 Uhr, Treffen im Heimgarten.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 10. November, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin, Totenehrung und ein Referat über Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Donnerstag, 11. November, 12 Uhr, traditionelles Ente-Satt-Essen bei „Herman Post“, Oberneulander-Landstraße 163, 28355 Bremen, pro Person kostet das Gericht 18,75 Euro, Getränke gehen extra. Anmeldungen bis zum 6. November an Frau Richter, Telefon (0421) 405515. – Donnerstag, 18. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel zur Post. Klaus Papies zeigt einen Diavortrag: „Krims Märchen – Einblicke in eine fremde Welt“. Dies ist eine offene Veranstaltung und für alle Interessenten gleichermaßen zugänglich. – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, ostpreußische Adventsfeier im Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen, Haltestelle Flughafen (Linie 6). Die Adventsandacht hält Pastor Olaf Latzel von der St. Martini-Gemeinde. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt wieder durch den „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt“. Harmonisch und besinnlich will man zusammen Lieder singen und sich an den Darbietungen erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Die Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen nur nach vorheriger Anmeldung in der Geschäftsstelle möglich. – Donnerstag, 9. Dezember, 8.30 Uhr, Busfahrt nach Münster. Auf dem Programm stehen eine Führung im Westpreußischen Landesmuseum sowie der Besuch des Weihnachtsmarkts in der historischen Altstadt Münsters. Ein Mittagsbuffet ist im Preis enthalten. Tagesablauf: 8.30 Uhr Abfahrt, Bremen ZOB, 11.30 bis 12.30 Uhr Führung im Westpreußischen Landesmuseum, 13 Uhr Mittagessen, anschließend Fahrt nach Münster und Zeit zur freien Verfügung auf dem Weihnachtsmarkt. Die Abfahrtzeit ist um 17.15 Uhr – Rückkehr nach Bremen gegen 20 Uhr. Preis: 33 Euro für Fahrt, Führung, Eintritt und Mittagessen. Informationen und Anmeldungen bei der Geschäftsstelle. – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 19. November, 14.30 Uhr, Kulturnachmittag der Gruppe. Willi Kuhn wird sein zweites Buch: „Die niederdeutsche Mundart – Auf der Elbinger Höhe“ vorstellen und daraus vortragen. Anmeldungen bis zum 10. November unter Telefon (0471) 86176. – Das Bundestreffen der Elbinger fand Anfang Oktober in Bremerhaven statt. Es begann am Freitag um 15.30 Uhr im Treffpunkt-Restaurant Haus am Blink. Sonnabend wurde die Feierstunde um 10 Uhr mit der Begrüßung der Mitglieder und Gäste durch den Vorsitzenden Günther Kuhn eröffnet. Ehrengast war die Bundesvorsitzende der Westpreußen, Sibylle Dreher, die eine bewegende Rede hielt, und nach den Grußworten der anderen Gäste Willi Kuhn für seine literarischen Werke und seine Treue zur Heimat mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Westpreußen auszeichnete. Die Gruppe Bremerhaven war durch den Elbinger Klaus Eichholz und die Vorsitzende Marita Jachens-Paul vertreten, die alle Anwesenden herzlich in der Patenstadt begrüßte. Auch einzelne Mitglieder der Gruppe besuchten das Treffen. Aus Elbing waren zwei Damen der deutschen Volksgruppe angereist, die herzlichst begrüßt wurden und die ihrerseits die Einladung aussprachen, Elbing zu besuchen. Abschluss des Treffens war die Kranzniederlegung an der Elbinger Gedenktafel im Vorraum der „Großen Kirche“. Nach

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

der Begrüßung lud Pastor Dirk Schneider alle Anwesenden zu einem gemeinsamen Gottesdienst ein. Vorsitzender Günther Kuhn und der Vorstand dankten für die nette Aufnahme in der Patenstadt Bremerhaven. Sie hoffen auf ein Wiedersehen im kommenden Jahr.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 13. November, 19 Uhr (Ende 17 Uhr), **Christkindelmarkt** aller ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungsweise U3-Station Rödingsmarkt). Die Besucher erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten und diverser Literatur. Die Landesgruppe ist mit einem Stand vertreten und freut sich auf Ihr Erscheinen.

Montag, 22. November, 17 Uhr, (Einlass 16.30 Uhr), **Konzert** des Dirigenten **Arkadi Feldmann** und das **Symphonieorchester** aus **Königsberg** im Logenhaus-Mozartsaal, Moorweidenstraße 36 (S-Bahn Dammtor). Der Eintritt beträgt 5 Euro an der Abendkasse. Gespielt werden wird unter anderem Stücke von Mozart, Brahms und Dvořák. Nähere Informationen bei Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076.

Freitag, 27. bis 29. Mai 2011, **Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen** in Erfurt. Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai, 7.30 Uhr, Kirchenallee (gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof); Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai; Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: Pro Person im DZ 154 Euro, EZ 194 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem Drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (Vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadtrundgang beziehungsweise Besichtigung des Mariendoms mit einem Stadtführer, Abendbuffet am Anreisetag, Reiserücktrittskosten-Versicherung. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 1. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtlicher Nachmittag in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, U-Bahn Christuskirche. Mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen soll Advent gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber bitte ein Päckchen für den Julklapp mitbringen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonntag, 5. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Seniorentreff der AWO, am Bauerbergweg 7. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Gemeinsam soll am zweiten Advent mit Gedichten, Liedern und Geschichten auf das Weihnachtsfest eingestimmt werden. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer-Kirche bis Bauerberg. Von dort sind es noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kosten für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bis zum 4. Dezember bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092. – Vom 26. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Neben der Teilnahme am besagten Treffen (28./29. Mai) wird aber auch ein reichhaltiges Rahmenprogramm geboten. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, 3x Übernachtungen im Vier-Sterne-Airport Hotel Erfurt, 3x Frühstücksbuffet, 3x Abendessen (Drei-Gänge-Menü), Stadtrundfahrt und Rundgang in Erfurt, Thüringen Rundfahrt mit Reiseleitung und Besuch von Weimar, Transferfahrten zum und vom Messegelände. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro, Abfahrt: Harburg-Bahnhof 7 Uhr und Hamburg ZOB 7.30 Uhr. Anmeldeschluss 20. Dezember. Anmeldungen und weitere Informationen bei Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, Telefon und Fax (040) 30067092. Reiserücktrittversicherung wird empfohlen.



Königsberg – **Montag, 22. November**, 17 Uhr, (Einlass 16.30 Uhr), **Konzert** des Dirigenten **Arkadi Feldmann** und das **Symphonieorchester** aus **Königsberg** im Logenhaus-Mozartsaal, Moorweidenstraße 36 (S-Bahn Dammtor). Der Eintritt beträgt 5 Euro an der Abendkasse. Gespielt werden wird unter anderem Stücke von Mozart, Brahms und Dvořák. Nähere Informationen bei Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076.



Osterode – Sonnabend, 27. November, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel mit musikalischer Begleitung. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen an M.-L. und G. Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt einen Diavortrag: „Reise ins Frankenland“.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Sonntag, 14. November, 14.30 Uhr, Jubiläumsveranstaltung zum 25. Gründungsjubiläum der Gruppe der Ostseedeutschen im „Kupferkessel“ in Heppenheim-Graben.

Darmstadt – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel folgt ein Diavortrag von Gerhard Schröder über die Aufstellung und Einweihung eines Gedenksteines am 20. Juni 2010 in Königsberg für die 1945–1948 verstorbenen Kinder.

Wetzlar – Montag, 8. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Kuno Kutz hält einen Diavortrag über eine Wanderung im nördlichen Ostpreußen. – Im Rahmen des letzten Treffens berichtete Karla Weyland, dass vor dem Zweiten Weltkrieg der Kreis Wirsitz in Westpreußen das größte Apfelanbaugebiet in Deutschland war. in ihrem Vortrag über diese beliebte Baumfrucht erinnerte die Landesfrauenbeauftragte daran, dass seit Jahrtausenden der Apfel in den Religionen und Mythen vieler Völker, in Märchen sowie Volks- und Aberglauben eine wichtige Rolle gespielt hat. Bei den Germanen galt der Apel als „Symbol des Lebens“, führte Karla Weyland aus. Inzwischen gebe es weltweit 20000 Apfelsorten, darunter 1000 in Deutschland. Bereits in früher Zeit hätten die Menschen den Apfel als eine gesundheitsfördernde Frucht erkannt. Heute wisse man, dass dieser 30 lebenswichtige Mineralstoffe enthalte. Der regelmäßige Genuss hält das Gedächtnis fit und stärkt das Nervenkostüm, so die Referentin.

Wiesbaden – Dienstag, 9. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Bärbel Heiler hält einen Reisebericht mit Bildern: „Mit Joachim nach Masuren“. Zum wiederholten Male zog es das Gruppenmitglied in ihren Geburtsort Sulimmen bei Lötzen, um den Sohn mit seinen Wurzeln und dem Land vertraut zu machen. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 25. November, 18.30 Uhr, Stammtisch (festliches Wildessen) in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert werden verschiedene Waldgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie einer Wildsuppe. Aufgrund der Platz- und Essendisposition unbedingt anmelden bis zum 19. November, bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. Teilnahme nur nach Anmeldung. – Zur Freude der rund 130 Besucher war der Erntetisch reich gedeckt mit Obst, Gemüse, Blumen, Wein und Königsberger Marzipan – alles Spenden von Gönnern und Mitgliedern der Gruppe. Jeder Besucher konnte davon etwas mit nach Hause nehmen. Es war ein Nachmittag des Dankes. Mit Gedichten, Vorträgen und Gesang wurde an die Erntezeit in der Heimat erinnert. Das Programm der Feier gestalteten Lieselotte Paul, Helga Kukwa, Reinhardt Kayss und der Frauenchor unter der Leitung von Ehrentraud Gerlach sowie Pfarrer Dr. Holger Saal mit einer besinnlichen Ansprache. Die Kultur der Heimat solle lebendig bleiben, erklärte der Vorsitzende Dieter Schetat, obwohl sich natürlich alle bewusst seien, dass die Ernte heute ganz anders aussehe, als es die Vertriebenen in Erinnerung hätten. Doch es wurde nicht nur für die Ernte gedankt. Auch Mitglieder wurden geehrt. Neben elf Treuezeichen in Gold und Silber für langjährige Mitgliedschaft wurden drei Ehrenzeichen vergeben. Lieselotte Paul, Georg Lehmann und Albert Berkau wurden für ihre engagierte Mitarbeit im Verein von der Ehrenvorsitzenden Anneliese Franz und dem Landesvorsitzenden Dieter Strauß ausgezeichnet. Und auch ein Dank an die Stadt war Dieter Schetat ein wichtiges Anliegen. Wiesbaden habe nach dem Kriege die Vertriebenen aufgenommen, sie mit

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 22

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 22

Wohnung, Arbeit und Lebensmittel versorgt. Das sei nicht immer einfach gewesen, dennoch ist es im Laufe der Jahre gut gelungen. Wieder waren Ehrengäste der Einladung zur Feier gefolgt: so Astrid Wallmann (MdL), Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel und Stadträtin Helga Skolik in Vertretung des Oberbürgermeisters Wiesbadens.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Dienstag, 9. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“, Barfüßerstraße 5, Telefon (0551) 384838. – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Helmstedt – Donnerstag, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. – Sonnabend, 13. November, 12.30 Uhr, Volkstrauertag auf dem St. Stephani Friedhof.

Hildesheim – Donnerstag, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Bürgermeisterkapelle“, Rathausstraße. Thema: Plaudereien über ostpreußische Sitten und Gebräuche im November.

Oldenburg – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Treffen im Stadthotel Eversten, Oldenburg. Auf dem Programm steht der zweite Teil des Filmes „Ostpreußenreise 1937“. Die Mitglieder können Freunde und Bekannte mitbringen.

Osnabrück – Freitag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. –

Rinteln – Donnerstag, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im großen Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42 in Rinteln. Friedhelm Gorski wird einen Film vorführen: „Wunderbare Wasserwege in Ostpreußen: Der Oberlandkanal“. Neben den Mitgliedern sind auch Gäste bei freiem Eintritt herzlich willkommen. – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 8. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 11. November, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 18. November, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 15. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule Ecke Märkische Straße.

Düren – Sonntag, 14. November, 10.30 Uhr, Treffen auf dem Neuen Friedhof Düren zum Volkstrauertag. – Freitag, 19. November, Treffen der Gruppe zum Heimatabend.

Düsseldorf – Mittwoch, 11. November, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Dienstag, 16. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert im Raum 311, GHH. Es gibt einen Filmvortrag über Ostpreußen.

Ennepetal – Donnerstag, 18. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt Grünkohl mit Mettwurst und Bratkartoffeln.

Essen –Freitag, 19. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen, Nähe des RWE-Turmes. Manfred Ruhnau, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Braunsberg, berichtet über die Arbeit der Kreisgemeinschaft Braunsberg. Gäste sind herzlich willkommen.

Gevelsberg – Freitag, 19. November, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 8. November, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Güteslosher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. – Montag, 15. November, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Mülheim an der Ruhr – Sonntag, 14. November, 11 Uhr, Kranzniederlegung am Gedenkstein der Vertriebenen auf dem Altstadtfriedhof Mülheim.

Neuss – Sonntag, 14. November, 11 Uhr, Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof Neuss, Rheydter Straße.

Siegburg – Montag, 8. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Bonner Hof, Bonner Straße 80, 53721 Siegburg. Janne Neuman hält einen Diavortrag: „Die Ostseeküste zwischen Danzig und Königsberg“. Gäste sind herzlich willkommen.

Wesel – Sonnabend, 13. November, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kulturabend in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht das Referat: „200. Todestag von Königin Luise von Preußen“ mit anschließendem Imbiss: Schnittchen mit geräucherter Gänsebrust – dazu Tee mit Rum oder Zitrone. Anmeldungen bis zum 6. November bei Kurt Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230.

Wuppertal – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung (ohne Neuwahl) im Ergo-Haus, Neumarkt 2, Wuppertal-Elberfeld.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Sonnabend, 6. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Bilder- und/oder Filmvortrag in der „Mundus Residenz“, Große Bleiche 44, 55116 Mainz. – Freitag, 12. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 19. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26, zu einem Filmnachmittag. Es werden alte Filmaufnahmen von Ostpreußen, das Land am Meer, die Elche und die Jagd in Trakehnen vor dem Jahr 1945 gezeigt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Leipzig – Sonnabend, 6. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe mit allen Landsmannschaften in der Begegnungsstätte der AOK, Wilmar-Schwabe-Straße, zur Jahresabschlussveranstaltung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 11. November, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im „Bestehornhaus“. – Mittwoch, 17. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 8. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Gedenken der Kriegsopfer.

Halle – Sonnabend, 13. November, 14 Uhr, Treffen der Ortsgruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54.

Magdeburg – Dienstag, 9. November, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße. – Freitag, 12. November, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Volkstrauertag in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße. – Dienstag, 16. November, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter, Lemsdorferweg.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Sonntag, 21. November, 15 Uhr, Konzert von „BernStein“ im Restaurant Drathenhof, Raum: Grote Deel, Hamburger Landstraße 99, 24113 Molfsee. Das Restaurant Drathenhor liegt vor den Toren des Freilichtmuseums Molfsee bei Kiel. Eintritt Konzert: 10 Euro (15 Uhr), Eintritt Ausstellung: 3 Euro (ab 11 Uhr), Anfahrt mit der Buslinie 501, 502 ab Hauptbahnhof Kiel. Der bekannte Heimatsänger der Ostpreußen BernStein (Bernd Krutzinna) präsentiert Lieder und Bilder aus den deutschen Ostgebieten und aus Schleswig-Holstein. Anlass ist die Ausstellung „Fremdes Zuhause“, die im Schleswig-Holsteinischen Freilichtmuseum Molfsee noch bis zum 26. Dezember 2010 präsentiert wird. Die Ausstellung zeigt, wie sich die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein einlebten und mit dem Aufbau ihrer Existenz zur Blüte des Landes beitrugen. Die Ausstellung kann vor dem BernStein-Konzert besucht werden und ist ab 11 Uhr geöffnet. Der Sänger selbst wurde 1947 in Bad Schwartau in Holstein als Sohn eines Vaters aus Ostpreußen und einer Holsteinerin geboren. Die Ausstellung zeigt damit seine eigene Geschichte. Er hat sich ganz der Musik: aus Ostpreußen und den deutschen Ostgebieten sowie aus Schleswig-Holstein gewidmet und ist damit einem großen Publikum bekannt geworden. Das Konzert hat das Motto: „Heimat im Osten 1945 – in Schleswig-Holstein zuhaus 2010“. Schleswig-Holsteiner, die von hier oder aus der Ferne stammen, sind herzlich eingeladen, die Erinnerung an gute und schlechte Zeiten feierlich und fröhlich zu begehen; und die Liebe zur Heimat zu bekräftigen. Das Konzert wird durch Bilder untermalt. Vor allem werden die Liedertexte angezeigt, so dass jeder von Herzen mitsingen kann. Es wird eine musikalische Reise durch den Osten sein. Schließlich endet sie in Schleswig-Holstein und an der Küste. Die Reise dauert etwa zwei Stunden. Als Ehrengast wird der Leiter des Freilichtmuseums, Prof. Carl I. Johannsen sein, der ein Grußwort sprechen wird.

Bad Schwartau – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Samos, Bad Schwartau. Oberstudienrat a.D. Harald Breede und seine Frau Inge halten einen interessanten Diavortrag. – Sonnabend, 13. November, 10 Uhr (Ende 16 Uhr), sind die Ostpreußen wieder mit dabei – beim Martinsmarkt in der Krummlandhalle in Bad Schwartau. Von 10 bis 16 Uhr gibt es reichlich Gelegenheit, sich schon mit Weihnachtsgeschenken zu bevorraten. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren, und mit Kaffee und Kuchen, mit Büchern, der Preußischen Allgemeinen Zeitung, und nicht zu vergessen dem ostpreußischen Bärenfang wird wieder eine Grundlage für viele Gespräche geschaffen, um auf die Landsmannschaft Ostpreußen aufmerksam zu machen. Mit dem Erlös beteiligt sich die Ortsgruppe wie jedes Jahr wieder an dem Weihnachtshilfswerk der Stadt Bad Schwartau.

Flensburg – Sonntag, 14. November, 11.30 Uhr, Gedenkfeier auf dem Flensburger Friedhof Friedenshügel, zum Gedenken der Kriegstoten, verstorbenen Landsleute, der Gefallenen beider Weltkriege und der gefallenen Soldaten der Bundeswehr statt. Der Stadtpräsident der kreisfreien Stadt Flensburg wird anwesend sein.

Pinneberg – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Gänseverspielen – Der Weihnachtsbraten winkt“ (Bingo). Nähere Informationen und Anmeldungen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667, oder b. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Gewebte Erinnerung

56. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont

Die 56. Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen fand auch in diesem Jahr wieder regen Zulauf. Sie wird gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Dieses Seminar steht unter dem Motto: Erhalten und Gestalten – Tradition bewahren und aber auch weiterentwickeln. Aus den dort gelehrten Techniken entstehen immer wieder neue Variationen. Das Motiv eines Kurenkahns wurde beispielsweise beim Doppelweben sehr kunstvoll zu einem Segelschiff-Motiv umgearbeitet. Dazu gehört Kreativität, aber auch ein feines Gespür dafür, wie stark ein ostpreußisches Motiv oder eine Funktion verändert werden darf, ohne dabei die Identität zu verlieren. Unter der Leitung von Uta Lüttich, der Vorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, kann dies gut gelingen. Neugestaltungen gab es auch bei den Jostenbändern. Verwendung finden sie eigentlich als Tragegurt oder Gürtel, doch in diesem Jahr wurden sie als Weihnachtsband gestaltet. „Das Wort ‚Josta' kommt aus dem Prußischen und bedeutet ‚Gürtel'“, erklärt eine Teilnehmerin. Die Jostenbänder fanden vielfach Verwendung, zum Beispiel als Hosenträger, Band für den Essenstopf oder die Kanne, wenn man aufs Feld ging, als Rock-, Wickel- und Wiegeband, aber auch als Schmuckband. Die Jostenbänder sind durch ihre Machart sehr haltbar. Marjellchen mussten, noch bevor sie in die Schule gingen, sich Bänder für Tafellappen und Schwamm anfertigen. Heute findet man sie besonders als Schmuckbänder an Trachten aus Schweden, Finnland, Norwegen und natürlich am Ostpreußenkleid.

In diesem Jahr haben sich die Teilnehmerinnen über jungen Zuwachs gefreut. Eine 21-jährige Hobbyschneiderin nahm die Werkwoche zum Anlass, ein Ostpreußenkleid zu schneidern. Durch ihr Geschick und die Unterstützung der Werklehrerinnen, Marianne Kopp und Helga Ständecke, konnte die Tracht fertiggestellt werden. Beim Doppel- und Musterstricken unter der Anleitung von Gudrun Breuer sind neben den warmen Schlaufenhandschuhen auch wieder wunderschöne Topflappen sowie Stickarbeiten entstanden. Liese Rudel betreute die Gruppe Weben/Knüpfen und konnte sich über Taschen und besagte Jostenbänder freuen. Barbara Lorenzen widmete sich dem Doppelweben sowie Musterknüpfen. Besonders sei der Knüpfteppich von Dagmar Adomeit erwähnt, der nach einem ostpreußischen Originalteppich gefertigt wurde.

Wie in jedem Jahr gab es auch diesmal eine samstägliche Ausstellung der gefertigten Stücke, die gut besucht war. Ein Novum gab es noch bei der diesjährigen Werkwoche, denn die Werktechniken wurden gefilmt. Sobald das Bildmaterial bearbeitet ist, soll es im Internet auf der Homepage www.ostpreussen.de und bei YouTube zu sehen sein, um Bestandteile der ostpreußischen Kultur einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. *Ch. R.*



Besonderes Erbe: Handarbeitskunst zeigt die Vielfalt der deutschen Ostgebiete Bild: Archiv

Großes Ostpreußen-Jubiläum

Rund 2000 Besucher beim diesjährigem Landestreffen in Rostock

Die Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern gelten als die größten Zusammenkünfte von Ostpreußen – neben dem Deutschlandtreffen.

Zum 15. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern waren mehr als 2000 Besucher in die Stadthalle Rostock gekommen. Mit etlichen Bussen reisten wieder ganze Kreis- und Ortsgruppen an, darunter drei Busse aus dem Raum Anklam-Greifswald-Neubrandenburg. 30 Helfer aus Anklam, Neubrandenburg und Rostock sorgten für einen reibungslosen Ablauf. Als sehr nützlich erwiesen sich wieder die anderthalb Meter großen selbstgefertigten Schilder aller 40 ostpreußischen Heimatkreise auf den Tischen mit den dazugehörigen Anwesenheitslisten. So konnten sich die Landsleute anhand der Eintragungen leichter finden. Ungezählte Wiedersehensfreude war zu beobachten.

Der Landesvorsitzende der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Schukat, eröffnete eines der bestbesuchten Landestreffen. Den musikalischen Auftakt machte das Blasorchester der Hansestadt Rostock. Umrahmt vom Marsch „Preußens Gloria“ zogen die Fahnen aller 40 ostpreußischen Heimatkreise und 20 weitere landsmannschaftliche Fahnen ein, von den Teilnehmern mit stehendem Applaus begrüßt. Danach sprach Pfarrer Dr. Daniel Havemann das geistliche Wort, dem die Totenehrung folgte.

Zum zweiten Mal konnten die Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern den Botschafter der Republik Litauen in Deutschland in ihrer Mitte begrüßen – diesmal Mindaugas Butkus, der seit einem Jahr sein Land in Berlin vertritt und die Veranstaltung in Rostock mit seinem Besuch beehrte. Der Botschafter betonte vor allem die 700-jährige deutsch-litauische Nachbarschaft und das überwiegend fruchtbare Verhältnis Ostpreußen – Litauen. Dafür stehen Namen wie Christian Donalitius, Dr. Wilhelm Storost-Vydunas, Johannes Bobrowski und andere. Viele Ortsnamen auf den Schildern waren ihm bekannt. Und so lud er die Teilnehmer zum Besuch in das heutige Litauen ein. Für seine Ausführungen erntete der Botschafter nicht nur den Applaus der versammelten Ostpreußen und herzliche Dankesworte, sondern auch echten ostpreußischen „Meschkinnes“ – eine Flasche Bärenfang. Die Grüße der Landsmannschaft Ostpreußen überbrachte Hubertus Hilgendorf, Kreisvertreter von Rastenburg. Weitere Grußworte entboten Holger Matthäus, Senator der gastgebenden Hansestadt Rostock, Ulrich Hojczyk vom Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommerns, Barbara Rużewicz vom Dachverband der deutschen Vereine in Ermland-Masuren und Reinhard Wegener vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. In seiner Entgegnung berichtete Manfred Schukat von zahlreichen Besuchen der Soldatenfriedhöfe in Ostpreußen, Pommern und Schlesien mit seinen Heimatreisegruppen. Eine spontan durchgeführte Spendensammlung erbrachte über 1300 Euro für die umfangreiche Arbeit der Kriegsgräberfürsorge. Die Feierstunde wurde in dankbarem Gedenken an 20 Jahre Wiedervereinigung mit dem stehend gesungenen Deutschlandlied und einem Platzkonzert des Blasorchesters der Hansestadt Rostock beendet.

In der Mittagspause gab es reichlich Gelegenheit zum Suchen und Kennenlernen an den Tischen der Heimatkreise. Dicht umlagert wurden auch der Anklamer Bücherstand mit Heimatliteratur, Landkarten, großen und kleinen Flaschen „Bärenfang“, dessen Umsätze in die Deckung der Unkosten des Treffens fließen. Der Bund Junges Ostpreußen, eine Bernsteinverkäuferin und der Handarbeitsstand der Schweriner Ostpreußengruppe hatten ebenfalls regen Zuspruch. Zur Unterhaltung spielte das Harmonika-Duo Ulla & Willi auf. Bei Kaffee und Kuchen am Nachmittag richteten sich alle Augen, Fotoapparate und Kameras auf die mit Fahnen und leuchtenden Sonnenblumen festlich geschmückte Bühne. Unter der Moderation von Heimatsänger Bernd Krutzinna alias „BernStein“ standen am Nachmittag viele Ensembles auf dem Programm. Zuerst brachte der Shanty-Chor „De Klaashahns“ aus Rostock-Warnemünde stimmungsvolle Seemannslieder und -potpourris zu Gehör. Die blauen Jungs hatten ihren Zuhörern zur Freude eigens das Ostpreußenlied einstudiert. Zu diesem Treffen waren auch wieder etliche Landsleute aus der Heimat eingeladen. Die Chöre der deutschen Vereine aus Lötzen, Heilsberg, Bartenstein und Osterode hatten die weite und tagelange Anreise mit zwei Bussen aus Ostpreußen bis nach Rostock nicht gescheut. Festlich gekleidet zeigten sie ihr Können mit Heimatliedern und Gedichten. Das Tanzensemble der Jugendgruppe „Tannen“ aus Osterode präsentierte sich mit modern gestalteter Folklore. Eine Augenweide war ebenfalls die Kinder- und Jugendtanzgruppe „SAGA“ aus Bartenstein, die mit hübschen ostpreußischen Trachten und Volkstänzen aufwartete. Auch Heimatsänger BernStein brachte bekannte und neue, oft selbst verfasste Ostpreußenlieder aus seinem Repertoire zu Gehör.

Bis zuletzt ließ in der großen Stadthalle die frohe Stimmung der Ostpreußen nicht nach. *Friedhelm Schülke*



Rund 2000 Teilnehmer: Die voll besetzte Halle bewies sehr deutlich – Ostpreußen lebt! Bild: FS

Art des Eintrittskartenabsatzes; fleischfressender Säuger; amerik. Schauspieler (Kevin); isolierte, plateauartige Erhebung; Oper von Bellini; deutscher Maler (Carl); Ankerplatz vor dem Hafen; Platzmangel, Raumnot; Zahnerkrankung; gefühlsbetont; Name mehrerer engl. Flüsse; anhänglich, loyal; englische Schulstadt; Nachtlager für Verheiratete; Gartenammer; Prachtentfaltung; Tick, wunderliche Eigenart; dünnes Einwickelmaterial; Gauner, Spitzbube; Schmetterlingslarve; getestet, bewährt; besonders extrem; Portier, Pförtner; Gastspielreise; Gesandter des Papstes; ärmelloses Kleidungsstück; salopp: Zechtour; Feier; eine Europäerin; Nutzung gegen Entgelt; Hafenstadt auf Sizilien; Fäden kreuzweise verbinden; ital. Mittelmeerinsel; früherer Minister islam. Staaten; Lobrede; Kinderspielzeug; Viereck; Staat der USA; fressen (Wild); von besonderem Reiz; norweg. Komponist (Edvard); scherzh.: wilder kleiner Junge; Fluss der Schweiz u. Frankreichs; Ritter am Artushof; südamerikanischer Tee; Haupthafen von Nigeria; gefallsüchtig; eingebildet; Dachöffnung mit stehendem Fenster; Nebenmeer des Atlantiks; intuitiv erfassen; dick, wohlgenährt; Schaukelbettchen; Abrichter von Greifvögeln; Radmittelstück; gefüllter oder belegter Kuchen; warmer Fallwind; alter Lappen, Stofffetzen; Wort der Ablehnung; Mutter Jesu; große Unterschrockenheit; Spechtvogel, Pfefferfresser; Schwertlilie; Stadtteil von Hamburg; Flirt, kleines Abenteuer; Verkehrsmittel (Kzw.); Turnerabteilung; persönl. Fürwort (zweite Person); Bürgerin der ital. Hauptstadt; franz. Kugelspiel; also, folglich (lat.); altröm. Politiker und Redner; Kreuzesinschrift; österr. Abtei an der Donau; niedersächsische Stadt; Umstellvorrichtung bei Gleisen; Kleider-, Mantelstoff; Kultbild der Ostkirche; Bienenzüchter; achten, anerkennen; manche; nicht wenige; Begrenzung einer Fläche; verstört, konfus; selten, knapp; Senke im Gelände; verblüht, vertrocknet; in höherem Maß, größerer Menge; Borke bestimmter Eichen; chem. Zeichen für Radium; Putte; Vorderasiat; Erkältungssymptom; österreichisches Bundesland; Brettspiel; kreisförmig

PAZ10_44

Magisch: 1. Gefuege, 2. Curling, 3. Agenten

Mittelworträtsel: 1. Quartier, 2. Schneide, 3. Splitter, 4. Batterie, 5. Geheimnis, 6. Bruecken, 7. Nachlass – Rettich

Schüttelrätsel:

P F
DEFINIEREN
SELIG UFA
AI KURIER
JULI ER NUR

So ist's richtig:

[Lösungsgitter des Kreuzworträtsels, auf dem Kopf gedruckt]

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

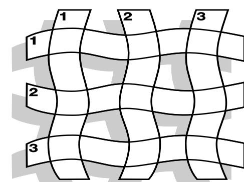
DEEEF IINNR	AESU		EFILP	EIKN		FGIRU	INRU	EEFU	ANRR
EGILS						AFU			
EIJL RU			EIKR RU						
						NRU			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung der Name einer Pflanze mit würzig schmeckender Wurzel.

1	NACHT		MACHER
2	MESSER		ZAHN
3	HOLZ		GRUPPE
4	AUTO		GERAET
5	DIENST		VOLL
6	SAAR		KOPF
7	PREIS		GERICHT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Aufbau, Struktur
2 Eisspiel
3 Spione, Spitzel

Der Hafen der Ideen

Unter dem Motto »Kultur tut gut« startet das finnische Turku (Åbo) ins Europäische Kulturstadtjahr 2011

Rache ist süß, auch wenn sie erst nach 200 Jahren kommt. Turku war dem russischen Zaren, der 1809 Finnland von den Schweden erobert hatte, zu westlich, zu schwedisch und zu weit weg. Deshalb verlegte er 1812 den Regierungssitz seiner neuen Provinz nach Helsinki. 199 Jahre später hat Turku „das Rückspiel gewonnen“: Ein Jahr lang firmiert die vielseitige Metropole als Europäische Kulturhauptstadt.

„Turku“, sagt einer, der es wissen muss, „war immer Finnlands Tor nach Europa.“ Mikka Akkanen kümmert sich für die Stadt um die auswärtigen Beziehungen. Ganz Diplomat erzählt er ruhig und bedächtig aus der Geschichte Turkus. An der durch mehr als 20000 Inseln gegen die offene See geschützten Mündung des Aura-Flusses (Aurajaki) entstand die Stadt im 13. Jahrhundert als Handelsplatz mit Hafen. Bald

Händler kamen aus ganz Europa

kamen Händler aus ganz Europa in Finnlands älteste Stadt. Sie kauften Holz und Felle aus den finnischen Wäldern. Dafür brachten sie Salz, Stoffe, exotische Lebensmittel und Wissen. Schon im 13. Jahrhundert entstanden hier die ersten Schulen. Wenig später entstand in Turku Finnlands erste Universität. Mika Akkanen hat sich in Fahrt geredet, schwärmt von seiner Heimatstadt als dem Hafen der Ideen, der viele Neuerungen ins damals rückständige Finnland brachte.

1870 lebten in Turku (schwedisch Åbo) 50 Prozent schwedischsprachige Menschen, heute sind es durch Assimilation und Zuzug nur noch fünf Prozent. Dennoch ist die Stadt offiziell zweisprachig, alle Straßenschilder sind finnisch und schwedisch. Die binationale Prägung war auch ein Argument für die Wahl zur Europäischen Kulturhauptstadt.

Turku ist neben Helsinki Finnlands kreativstes Pflaster. 15 Prozent der Einheimischen studieren an der Universität oder einer der Fachhochschulen. An den Sommerabenden genießen die jungen Leute vor frisch renovierten Bürgerhäusern am Aurajoki in den Straßencafés das Leben. Zwischen Marktplatz und Flussufer reihen sich moderne Bars, Kneipen, Diskos und Clubs aneinander. In einem bunten Laden verkauft Dani Aavinnen schräge Tassen, schrille Klamotten, sachlich-kühle Holzmöbel, Tischdeko und andere Werke des „Designs von der anderen Seite“. Acht junge Designerfirmen vermarkten ihre Produkte unter der gemeinsamen Dachmarke Turku Design Now. Aavinnen zeigt eine große Handtasche mit einem Tragegriff aus Walnussholz. „Den Griff kannst du abschrauben und die Stofftasche dann in der Maschine waschen.“ Praktisch wie die Mützen und T-Shirts aus Bio-Baumwolle oder Helen Opas mitwachsende Kinderkleidung. In ihrer kleinen Werkstatt mit Laden im ehemaligen Arbeiter- und heutigen Künstlerviertel Port Arthur fertigt die 33-Jährige ihre Kinderkollektionen aus Recyclingstoffen.

Zeitlos wollen die Mitglieder von „Turku Design Now“ ihre Werke gestalten. „Wir achten auf Langlebigkeit“, verspricht Dani Aavinnen. Die meisten Designer, die ihre Produkte unter der Dachmarke anbieten, fertigen selbst oder lassen ihre Stücke anderswo in Finnland produzieren.

Brian Keaney hat sein Label „tonfisk (Tunfisch) Design“ vor gut zehn Jahren in Turku gegründet. Zum Studieren war er Anfang der 90er Jahre nach Finnland gekommen, ging anschließend wieder zurück nach Irland und zog dann wieder nach Turku, weil er hier „die nötige Design-Kultur“ mit Messen, Museen und Design-Foren fand.

Zusammen mit zwei Angestellten produziert er am Stadtrand

Hinter jedem Produkt eine pfiffige Idee

von Turku ausgefallenes Geschirr in Handarbeit. Sein Vater brachte ihn auf die Idee, für Teetassen dünne, abziehbare Holzringe zu entwerfen. „Der hat sich an einer meiner Tassen ohne Henkel die Finger verbrannt“, erinnert sich Keaney lachend.

„Hinter jedem Produkt muss eine ausgefallene Idee stecken“, erklärt der 36-jährige Keramiker sein Prinzip. So erfand er eine Teekanne mit eingebautem Zukkerschälchen, das in einer Aufhängung waagrecht bleibt, wenn man den Tee einschenkt.

In einer ehemaligen Seilerei aus dem 19. Jahrhundert bedrucken zwei junge Designerinnen Stoffe im Siebdruckverfahren: Handarbeit nach selbst entworfenen Mustern. In ihrem Laden können ihnen die Kunden bei der Arbeit zuschauen. „Föry“-Design heißen die leuchtend grün, rot oder rosafarbenen T-Shirts und Stofftaschen mit der Fähre darauf. Die tuckert gleich vor der Haustür regelmäßig zum anderen Ufer des Aura-Flusses und wieder zurück. An Bord: Fußgänger und Radfahrer auf dem Weg zur Arbeit, zum Einkaufen oder wieder nachhause. Seit Eisschollen auf dem Fluss im Frühjahr eine Brücke weggerissen haben, fahren noch mehr Leute mit der kleinen Fähre, welche die Designerinnen auf ihren Stoffen verewigt haben.

Der Fluss Aura ist so etwas wie die Lebensader der Stadt, einst der wichtigste Transportweg, heute Vergnügungsmeile mit zahlreichen Restaurant- und Ausflugsbooten. Einige Skipper bieten Touren auf die Inseln vor der Stadt an, zum Beispiel nach Herrankukkara. Ein findiger Unternehmer hat auf der kleinen Insel ein komplettes Fischerdorf nachgebaut: 50 Häuser und Hütten aus zum Teil 200 Jahre alten Brettern und Stämmen, die Gründer Penti Oskari entlang der finnischen Küste gesammelt hat. Mitten drin, vor dem Badesteg an der Ostsee, zwischen Abkühlbecken und Whirlpools unter freiem Himmel zeigt der Chef seinen ganzen Stolz: „Die größte Rauchsauna der Welt.“ Auf den nackten Holzbrettern an den dunklen Wänden des fensterlosen Raums finden bis zu 124 Gäste Platz. In der Mitte heizt ein Feuer zehn Tonnen Steine zwölf Stunden lang auf. Dann öffnet Oskari die Türen, lässt den Rauch abziehen und die Gäste rein. „Der Rauch“, sagt Oskari, „reinigt die Luft. Rauchsaunen sind sauber.“ Drinnen ist es dann rund 60 Grad warm. Es riecht nach erloschenem Feuer, Resten von Qualm. Es ist stockfinster und wohltuend still. Die Stadt ist weit weg jenseits des Meeres, dessen zarte Wellen leise ans Ufer klatschen. Für die meisten Inselbewohner ist Turku mit seinen rund 180000 Einwohnern eine ferne Megacity. Die Fotokünstlerin Renja Leino zum Beispiel braucht für die Reise auf ihre Heimatinsel Korpo mehr als zwei Stunden. Verstreut auf dem Eiland leben nur ein paar Familien. Straßenbeleuchtung gibt es keine. Die Nachbarn sind weit weg. Ihre Inspiration bezieht Renja aus der Natur. Am liebsten sitzt sie unter dem „fantastisch klaren Sternenhimmel“ ihrer Insel. Hier kann sie am besten „darüber nachdenken, was wirklich wichtig ist“ und in aller Stille den Lärm der Welt zu neuen Werken verarbeiten. *R. B. Fishman*



Finnland: In dieser wasser- und waldreichen Landschaft liegt Turku (Åbo). Bild: Internet

Glanzstücke schlesischer Keramik

In Ratingen werden Fayencen aus den Manufakturen Proskau und Glinitz ausgestellt

Sie gehörten früher zur Zierde barocker Tafeln und schmückten herrschaftliche Wohnsitze. Bis heute wird oberschlesische Fayence aus Proskau und Glinitz zu hohen Preisen gehandelt. Diese bedeutenden keramischen Erzeugnisse aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts präsentiert das Oberschlesische Landesmuseum ab Sonntag in einer Sonderausstellung. Erstmals werden Schaustücke aus Polen, Tschechien und Deutschland gemeinsam gezeigt. Die Geschichte der Fayenceherstellung mit dem Schwerpunkt Proskau ist für die Kunst, Kultur und Wirtschaft des 18. Jahrhunderts typisch und zugleich aussagekräftig.

Bereits ab dem 9. Jahrhundert entstanden im arabischen Raum frühe Zentren der Fayence-Herstellung. Von dort aus gelangte diese Technik über die Iberische Halbinsel bis nach Italien.

Auch nördlich der Alpen waren Fayencen ab dem 16. Jahrhundert sehr populär. Sie stellten die einzige Alternative zum kostbaren chinesischen Porzellan dar. Dieses versuchte man so gut wie möglich zu imitieren. Vor allem durch die weißdeckende Zinnglasur kam man diesem Ziel ziemlich nahe. Da das asiatische Porzellan und die berühmten niederländischen Fayencen meist zu teuer waren, förderten die Landesherren die Gründung eigener Manufakturen. Dies entsprach außerdem den merkantilistischen Wirtschaftsprinzipien, die von zahlreichen Fürsten verfolgt wurden. Vor allem durch massive Staatseingriffe, die Förderung

Alternative zum Porzellan aus China

des Exports und die Einschränkung des Imports wurde versucht, die nationale Wirtschaftskraft zu steigern. Auch Preußens König Friedrich der Große handelte nach diesen Grundsätzen. So veranlasste er Graf Leopold von Proskau, 1763 eine Fayencefabrik zu gründen. Aufgrund der günstigen geographischen Gegebenheiten des oberschlesischen Proskau eignete sich dieses Dorf besonders gut für einen keramischen Betrieb. Bereits sechs Jahre später gelangte die Proskauer Manufaktur in den Besitz der Familie von Dietrichstein. Unter deren Führung kam es ab 1770 zu einer neuen Blüte. Während dieser Epoche entstand der größte Teil der figürlichen Objekte. Zu den mit bunten Muffelfarben bemalten Geschirren kamen nun auch plastische florale Elemente, etwa als Henkel oder Knauf. Es entstanden Pastetendosen, Terrinen und Kannen in Form von Obst, Gemüse und Tieren als dekorative Elemente einer festlich gedeckten Tafel.

Die Proskauer Erzeugnisse erlangten auch außerhalb Schlesiens große Popularität. Dennoch befand sich die Manufaktur in einer finanziell desolaten Lage. 1783 wurde sie an den preußischen Staat verkauft. Ab 1788 wurde in Proskau vor allem Steingut hergestellt, was die Produktionskosten erheblich senkte.

Doch konnten diese Maßnahmen und drei weitere Führungswechsel den Niedergang der Manufaktur nicht mehr verhindern. Dazu kam, dass die Fayence nicht mehr zeitgemäß und der Konkurrenz des Porzellans nicht mehr gewachsen war. Ein Brand in der Schlämmhalle wurde 1853 zum Anlass genommen, die Produktion in Proskau endgültig einzustellen.

Die Ausstellung wird neben Proskauer Fayencen auch Erzeugnisse aus der nahe Proskau gelegenen Manufaktur in Glinitz und der von Carl von Dietrichstein gegründeten Manufaktur in Mährisch-Weißkirchen zeigen. So soll eine Einordnung der Proskauer Fayence in einen größeren Zusammenhang ermöglicht werden. Zusätzlich zu den eigentlichen Fayencen vermittelt die Ausstellung den Besuchern anschaulich allgemeine Informationen zu Geschichte und Technik der Fayence. *olm*

Die Ausstellung ist im Oberschlesischen Landesmuseum, Ratingen, vom 7. November 2010 bis 23. Januar 2011 zu sehen, anschließend vom 5. Februar bis 25. April 2011 im Museum für schlesische Landeskunde im Haus Schlesien, Königswinter, und schließlich vom 15. Mai bis September 2011 im Schlesischen Museum, Troppau (Opava).



Bild: Oberschlesisches Landesmuseum

Farbenfrohe Tischdekoration: Leuchter aus Proskau (nach 1784)

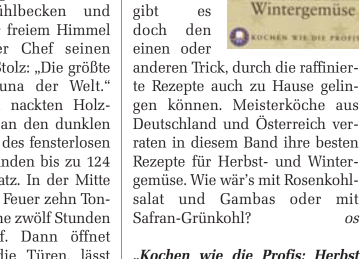
Für Sie gelesen

Kochen wie die Profis

Welche Hausfrau, welcher Hobbykoch hat nicht einmal davon geträumt, so zu kochen wie die Profis? Der Erfolg der Koch-Shows im Fernsehen spricht Bände. Wenn auch die Meister ihres Fachs eine lange Ausbildung genossen haben, so gibt es doch den einen oder anderen Trick, durch die raffinierte Rezepte auch zu Hause gelingen können. Meisterköche aus Deutschland und Österreich verraten in diesem Band ihre besten Rezepte für Herbst- und Wintergemüse. Wie wär's mit Rosenkohlsalat und Gambas oder mit Safran-Grünkohl? *os*

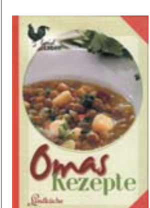


***„Kochen wie die Profis: Herbst und Wintergemüse“**, Hädecke Verlag, Weil der Stadt 2009, 96 Seiten, gebunden, 14,95 Euro*



Was Großmutter noch wusste

Ein Profi der besonderen Art war die Großmutter. Sie zauberte die schönsten Gerichte auf den Tisch. Unvergessen der Rheinische Sauerbraten oder der Tafelspitz. Aber auch Birnen, Bohnen und Speckwaren nicht zu verachten. Und erst die Königsberger Klopse. Da kann man sich heute noch so sehr bemühen, es schmeckt einfach nicht mehr ganz wie früher. Ulrike Clever und Sven Hanne haben nun ein Kochbuch zusammengestellt, in dem sie auch so manchen Trick verraten. Die Rezepte sind trotz des Titels jung geblieben wie etwa Forelle mit Pinienkernen, gefüllte Kartoffeln oder Paprika-Zucchini-Gemüse. *os*



***Ulrike Clever und Sven Hanne: „Omas Rezepte“**, Cadmos Verlag, Schwarzenbek 2010, 144 Seiten, gebunden, 14,90 Euro*

Herzhafte Küche aus der Region

Wie unterschiedlich traditionelle Rezepte überliefert werden, zeigt ein Blick in dieses Buch mit ostpreußischen Rezepten. Da gibt es auch Königsberger Klopse, allerdings mit Anchovis, Schmand und Weißwein abgeschmeckt. Aus Beetenbartsch wurde Betenborschtsch, aus Schmunzelsoße wurde Schmunselsauce. Doch was sind Namen? Die bunte Vielfalt der Rezepte spricht für die Region. Von Apfelfladen bis Zander ist alles zu finden, was auch dem verwöhnten Gaumen munden dürfte. *os*

***„Spezialiäten aus der Region: Ostpreußische Küche“**, Komet Verlag, Köln 2010, 128 Seiten, broschiert, 4,99 Euro*



Zwei Mal gestorben

Forensikerin löst Mordfall

Die sogenannten „autoerotischen“ Unfälle gehören sicher zu den pikantesten Dingen, die einem Menschen „zustoßen“ können. Besonders unangenehm ist es jedoch, wenn diese auch noch tödlich enden. Der etwa 60-jährige Mann, der in dem Krimi „Blut vergisst nicht“ der fleißigen US-Autorin Kathy Reichs in einem selbst genähten Plastiksack in Damenunterwäsche und Schwesternhäubchen tot aus einem See in der Nähe von Montreal gefischt wird, scheint auf den ersten Blick bei einem solchen „autoerotischen Selbsttötungsunfall“ ums Leben gekommen zu sein. Doch wie so häufig trügt der Schein.

Die Forensikerin Tempe Brennan kann die Leiche schnell und vor allem eindeutig als James Lowery identifizieren. Nun wird es spannend, denn laut seiner Akte ist der Soldat James Lowery bereits seit 1968 tot. Seine Leiche wurde nach einem Hubschrauberabsturz im Vietnamkrieg geborgen und offiziell beigesetzt.

Der Tote gilt bereits seit 1968 als tot

Es scheint nur eine Möglichkeit zu geben, diesen mysteriösen Fall zu lösen: Es gilt die Leiche des Verstorbenen zu exhumieren und zu klären, wer damals an Stelle des totgeglaubten Soldaten beigesetzt wurde. Dies soll sich jedoch als alles andere denn leicht erweisen.

„Ich wies den Baggerfahrer an, zurückzufahren, und die Friedhofsarbeiter, in Aktion zu treten. Die Männer nahmen ihre Schaufeln zur Hand, sprangen ins Loch und begannen, Erde aus dem Grab zu schaufeln. Binnen Minuten kam ein Sarg zum Vorschein. … Auf dem smaragdgrünen Gras in der warmen Frühlingssonne wirkte der Sarg beklemmend und unpassend.“ Um die Leiche genau untersuchen zu können, muss Tempe Brennan deren Abtransport ins Central Identification Laboratory, dem größten Forensiklabor der Welt, auf die schöne Insel Hawaii folgen. Tempes Hoffnung, auf Hawaii in Ruhe ihre Untersuchungen durchführen zu können, soll sich jedoch bald zerschlagen, denn Lowerys Spur führt nicht von ungefähr mitten auf diese Inselkette im Pazifischen Ozean.

Die US-Bestsellerautorin Kathy Reichs hat mit ihrem neuesten Thriller um die Arbeit der mutigen Forensikerin Tempe Brennan zum wiederholten Male einen spannenden Plot konstruiert. Doch wo die vorhergegangenen Thriller wie „Knochenlese“, „Mit Haut und Haar“ und „Durch Mark und Bein“ durch die fesselnde Mischung aus dramatischer Handlung und den Erlebnissen der forensische Anthropologin Tempe Brennan bestachen, stoßen dem Leser in „Blut vergisst nicht“ häufig die ausschweifenden Erzählungen der Autorin über unwichtige Details und Erläuterungen von Begriffen wie „Medical Examiner“ unangenehm auf.

Auch die permanente Wiederholung von Abkürzungen, Kürzeln oder Ziffernbezeichnungen wie zum Beispiel JPAC, CILHI und POW/MIA tragen nicht zur Steigerung der Spannung bei. Man hat das Gefühl, als wollte Kathy Reichs als Autorin (und ihres Zeichens Professorin für Anthropologie an der University of Carolina) nicht nur ihre Studenten, sondern auch noch ihre Leserschaft ausführlich in die Geheimnisse der Anthropologie einweihen. *Vanessa Ney*

***Kathy Reichs: „Blut vergisst nicht“**, Blessing, München 2010, gebunden, 384 Seiten, 19,95 Euro*



Erst Dämmerung, dann Nacht

Südböhmische Familiensaga schildert, wie »die Zeit aus den Fugen« geriet

„Die Zeit aus den Fugen“: Ein faszinierendes Buch, das bereits durch seine „Dramaturgie“ besticht: Enkel Teja Fiedler erzählt stil- und pointensicher das Leben von Vater Alois Fiedler, der sich in Nöten und Zweifeln gern an Weisheit und Weitsicht von Großvater Isidor Fiedler erinnert. „Sonntagsreden“ meidet das Buch, es scheint, als zwinkere der Autor dem Leser zu: Wir wissen doch, was alles geschehen ist, da reicht ein hingetupfter Hinweis zur Erinnerung. Dennoch ist es ein profundes Geschichtswerk – unter der Voraussetzung, dass „Geschichte“ Leben und Leiden von Menschen meint.

„Bühne“ dieser Familiensaga ist das Dorf Rohn beim südböhmischen Städtchen Prachatitz. Dahinter verschwimmt die Geschichtskulisse, auf der nacheinander Wien, Prag und Berlin erscheinen, die Hauptstädte, von denen aus Leben und Leiden auch südböhmischer Waldbauern bestimmt wurde. Die Schilderung dessen füllt eingangs Dutzende Seiten, leicht und fröhlich wie ein Schelmenroman. Erst als Student merkt Alois Fiedler, dass die Deutschen in der Habsburger Monarchie zwar dominieren, dass aber die Slawen, vor allem die Tschechen, Fiedlers Schulkameraden und Prager Kommilitonen, zur politischen und kulturellen Gleichberechtigung drängen. Andere Bücher würden hier lange Exkurse über „Volkstumskämpfe“ starten, Teja Fiedler leuchtet mit ein paar einfachen Feststellungen aktuelle Lagen und künftige Konflikte aus: „In Prag waren die Deutschen für die Tschechen der Pfahl im Fleisch. Die Deutschen stellten gerade einmal zehn Prozent der Einwohner. Doch diese kleine Minderheit … dirigierte das Wirtschaftsleben, bestimmte die Kultur.“

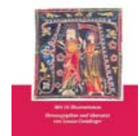
Auf deutsche Dominanz folgten Unterdrückung und später Vertreibung

Reserveleutnant Alois Fiedler muss 1914 in den Krieg, Sohn Teja rekapituliert politische Überlegungen aus Habsburgs Endzeit: „Die verdammten Serben mussten bestraft werden, das war sich Österreichs Ehre schuldig. Aber dann? Sie werden ihre russischen Brüder um Hilfe bitten. Die preußischen Pickelhauben werden uns daraufhin zur Seite springen … Und sobald die Deutschen sich einmischen, marschieren die Franzosen mit den Russen und vielleicht sogar die Engländer … der Krieg, den jeder wollte und keiner wollte, war da.“ So würde kein Fachhistoriker schreiben, und doch ersetzen solche Sätze dickleibige Geschichtsstudien!

Autor Fiedler beherrscht diese darstellerische Indirektheit meisterhaft, selbst blutige Schlachtszenen vermag er so zu schildern, dass man nicht angewidert Dutzende Seiten überschlägt. Dabei kann dieser Autor rückhaltlosen Klartext reden, etwa wenn er den Krieg „vier Jahre Dreck, Angst, Läuse, Saufraß und Dünnschiss“ nennt. Es folgen bewegte Zeiten daheim, für die Großvater „Dori“ eine bündige Formel prägt: „Deutsch-Böhmen als Teil von Deutsch-Österreich können wir vergessen. Unser Staat heißt in Zukunft Tschechoslowakei, ob wir wollen oder nicht.“ Die Fiedlers bleiben misstrauisch, verstehen aber, dass nach Jahrhunderten deutscher Dominanz jetzt in Böhmen Tschechen „dran“ sind. Man meistert soziale Probleme, auch familiäre, die wegen der geisteskranken Mutter ohnehin die schwereren sind. Über die Zukunft machen sich Vater Alois und Großvater Isidor keine Illusionen, wie Sohn Teja sagt: „Einerseits war ein Staat ohne die deutsch besiedelten Ränder nicht lebensfähig. Andererseits machten drei Millionen Deutsche einen echten tschechischen Nationalstaat unmöglich. Die Tschechen misstrauten ihren Deutschen.“

Das Münchner Abkommen 1938 und das „Protektorat“ ab 1939 bestätigen tschechische Ängste, Vater Alois weiß von Juden-Deportationen und erwartet Schlimmes. Mit dem Kriegsende kommt die Sowjetarmee, deren Offiziere sich anständiger benehmen als mancher tschechische „Partisan“. Vater Alois wird inhaftiert, die restliche Familie Fiedler vertrieben – nach Deutschland, wo Deutsche ihnen feindlich entgegentreten. Alois wird von einem tschechischen Gericht freigesprochen, weil Tschechen und Juden für ihn aussagten, aber der Vertreibung entkam er nicht. Immerhin kam er zu seiner Familie nach Bayern, wo der promovierte Jurist jahrelang keine berufliche Chance erhält. Nur bei diesen Passagen wechselt Autor Fiedler zu galliger Bitternis, wo er durchgehend einen heiteren Fatalismus bevorzugt: „Du hast Recht, Schicksal.“ *Wolf Oschlies*

***Teja Fiedler: „Die Zeit ist aus den Fugen – Vom Kaiserleutnant zum Vertriebenen – Das Leben meines Vaters“**, Piper , München 2010, gebunden, 320 Seiten, 19,95 Euro*



Erst Inquisition, dann Ehrung

Predigten von Meister Eckhart: Auf den Spuren eines großen Denkers

Davon träumt wohl kein Pastor, Priester oder Mönch unserer Tage: dass zum eigenen Geburtstag – in 750 Jahren! – ein Band mit den besten Predigten erscheint. Ein Dominikanermönch, genannt Meister Eckhart (1260–1328), hätte sich das wohl auch kaum vorstellen können, zumal er im 14. Jahrhundert ziemlich umstritten war. Gegen Ende seines Lebens setzte man die Hebel der Inquisition gegen Eck-hart in Gang. 28 Sätze sollten als häretisch verurteilt werden. Posthum wurden 1329 immerhin 15 seiner Lehrsätze als Irrlehre verurteilt.

Die Dominikaner, berühmt für ihre missionarischen und glänzenden Redner, entfalteten im Spätmittelalter eine gewaltige Wirksamkeit in ganz Europa. Auch in Hamburg entstand 1339 auf dem heutigen Rathausmarkt ein Dominikanerkloster mit angeschlossener Lateinschule, dem „Johanneum“. Am 8. September 1310 war Eckhart sogar selbst in der Hansestadt und leitete als Provinzial das Provinzkapitel seines Ordens.

In den hier vorgelegten „Deutschen Predigten“ Eckharts kann sich der Leser ein eigenes Bild von der Kraft seiner Worte, der Tiefe seiner Gedanken und seiner umstrittenen Thesen machen. 18 mittelalterliche Illustrationen aus einem Schweizer Kloster, wo Eckhart einst predigte, führen auf die Spur eines spekulativen Denkers. Theologen streiten darüber, ob Eckhart tatsächlich ein Mystiker war, wie häufig behauptet wird. Dafür scheinen seine Gedanken und Lehren zu rational. Gleichzeitig gehen sie aber auch über die Vernunft hinaus, so etwa, wenn der Dominikaner fordert, man dürfe – im Gehorsam gegen Gott – nichts und wirklich nichts wollen. Schon die Entscheidung, den Willen Gottes befolgen zu wollen, sei gleichsam ein Wollen zu viel.

In seinen meisterhaften Predigten verbindet Eckhart die theologische Bildung scholastischer Gelehrsamkeit mit der Lebenspraxis eines Christen. Die erfahrbare Begegnung mit Gott rückt in das Zentrum seiner spirituellen Sendung. So faszinieren seine deutschen Predigten durch ihre außerordentliche Wortgewalt, ihre Eindringlichkeit und ihre bewegende Gottesschau. Ein Buchtipp also nicht nur für Pastoren oder Priester, sondern auch für alle, die eine tiefe Sehnsucht nach einem „Mehr“ in ihrem Leben spüren. *Hinrich E. Bues*

***Meister Eckhart: „Deutsche Predigten“**, Manesse Verlag, München 2010, gebunden, 472 Seiten, 22,90 Euro*



Kritik an der Kritik

Islam: Versuch einer Ehrenrettung

Die Sarrazin-Debatte dürfte die Autoren des vorliegenden Bandes „Islamfeindlichkeit – Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen“ massiv verärgert haben. In diesem haben sie zahlreiche Beiträge von Wissenschaftlern vereint, in denen die Autoren schildern, warum den Moslems in den öffentlichen Debatten aus Sicht der Autoren viel Unrecht getan werde. Sie setzen all ihr Engagement dafür ein, ihren Lesern zu verdeutlichen, warum so viele Berichte über den Islam und die von ihm vermeintlich ausgehende Gewaltbereitschaft so nicht stimmen könnten. Hierbei betonen sie immer wieder, dass „sogenannte Islamkritiker“, wie sie Henryk M. Broder, Ralph Giordano, Necla Kelek und Alice Schwarzer nennen, gar nicht richtig argumentieren könnten, denn sie seien gar keine Islamwissenschaftler. Außerdem würden die „sogenannten Islamkritiker“ und die deutschen Medien Studien und Statistiken nicht richtig wiedergeben. Birgit Rommelspacher gibt stattdessen einen Beleg ihrer Fähigkeiten auf diesem Gebiet: So könne man nur zehn bis zwölf Prozent der in einer Studie befragten Muslime als radikalisiert bezeichnen, davon befürworteten nur etwa sechs Prozent (meint sie Prozent oder Prozentpunkte?) radikale Umstürze – „das sind im Übrigen deutlich weniger Radikale als im deutschen Rechtsextremismus, hier sind es 18 Prozent“. Klingt gruselig! Doch bei dem einen handelt es sich um sechs Prozent (oder sechs Prozent von zwölf Prozent?) von etwa vier Millionen Moslems und beim anderen um 18 Prozent von wenigen Tausend.

Autoren bleiben viel zu abstrakt

Mit Aufsätzen wie „Islambild in der deutschen Literatur am Beispiel einiger Persienberichte des 17. Jahrhunderts“ oder „Die passen sich nicht an‘ – Exkurs zur sprachlichen Darstellung von Muslimen in Medienberichten“ versuchen die Autoren, eine Islamfeindlichkeit der heutigen Gesellschaft zu belegen. Interessanterweise handelt es sich bei fast allen der 30 Autoren um Personen ohne muslimischen Migrationshintergrund. Auf Alltagssituationen, die so manchen Deutschen islamophob machen könnten, gehen die Autoren fast gar nicht ein. Am interessantesten ist noch der Beitrag „Der Islam im Spiegel der Politik von CDU und CSU – Aspekte einer komplizierten Beziehung“ von Mohammed Shakush. Ansonsten hat man bei den Eindruck, die in diesem Buch mit ihren Beiträgen vereinten Autoren sitzen in einem wissenschaftlichen Elfenbeinturm fernab des wahren Lebens. *Bel*

***Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.): „Islamfeindlichkeit – Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen“**, VS-Verlag, Wiesbaden 2010, broschiert, 497 Seiten, 39,90 Euro*



Zu viel des Schlechten

Spannender Mordfall in konstruierter Geschichte

Die erfolgreiche norwegische Krimi-Autorin Anne Holt (Jahrgang 1958) hat ihren aktuellen Krimi ganz dem Stil alter Meister des Genres verschrieben: Ein Berghotel an der Bahnstrecke Oslo–Bergen gibt die Kulisse für die Hatz nach dem Mörder ab. Nur eine begrenzte Zahl Verdächtiger kommt in Frage, immer neue Perspektiven auf die Personen und mitunter recht schrägen Persönlichkeiten sorgen für anhaltende Spannung. Erst kurz vor Schluss wird der Mörder aufgedeckt, es ist – nun, jedenfalls nicht der Gärtner. „Der norwegische Gast“ ist jetzt als Taschenbuch erschienen.

Hanne, eine nach dramatischer Schussverletzung im Dienst aus der Polizei ausgeschiedene Rollstuhlfahrerin, ermittelt. Ein Unfall hat sie und die Fahrgäste eines Zuges im abgelegenen Berghotel „Finse 1222“ Zuflucht nehmen lassen. Dort sitzen sie fest, während draußen ein Sturm aufzieht. Menschen in Ausnahmesituationen und ihr Verhalten sind Teil dieser betont modernen Krimi-Studie. In Gesprächen nähert sich Hanne der Erkenntnis um die menschlichen Abgründe vor ihr. Sie lernt den jungen Ausreißer und ersten Mordverdächtigen Adrian genauso beobachten wie die Mitglieder der Staatskirchenkommission, die ebenfalls unfreiwillig im Hotel am Bergpass Quartier beziehen. Die recht bunten Charaktere sind Holt dabei durchaus gelungen. Allerdings ist der bemüht zeitgeistige bis politisch korrekte Blickwinkel etwas anstrengend und mitunter willkürlich: „‚Berit Tverre‘, sagte sie ernst. Chefin hier im „Finse 1222“. Ihre Hand war eiskalt und die Haut rau. Sie trug eine blaue Kniebundhose, militärgrüne Strümpfe mit Zopfmuster und einen weiten beigen Wollpullover. Ihre blonden Haare waren zu einem Pferdeschwanz gebunden, und ihre Augen waren so blau wie auf einem Werbeplakat für Nazideutschland.“ So begegnet der Leser der Hoteldirektorin. Die entwickelt sich später dankenswerterweise anders, als es diese Beschreibung vermuten ließe. Dass mehrere Figuren auf recht originelle Weise ableben, verkommt in diesem Krimi angesichts solcher und anderer Klischees leider zeitweilig zur Nebensache. Hanne, die sich aufgrund ihrer beruflichen Vergangenheit genötigt sieht, Nachforschungen anzustellen, ist lesbisch. Sie lebt in Partnerschaft mit einer jungen Muslima, die ihr aus der Ferne Kraft zum lösen der Mordfälle vermittelt.

Voller unnötiger Klischees

Das Buch zelebriert die harte, menschlich gebrochene Ermittlerin. Wer so etwas mag, hat mit „Der norwegische Gast“ eine Krimi-Lektüre mit Knobel-Potenzial – Hüttenzauber inklusive. *SV*

***Anne Holt: „Der norwegische Gast“**, Piper, München 2009, 318 Seiten, 9,95 Euro*

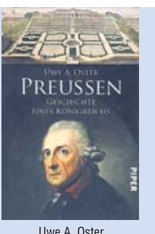
THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen



Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99

„Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen taten sich hier hervor. Sie waren in derselben Situation wie die Auswanderer des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, nämlich fremd und mittellos und sie konnten nur mit besonderem Fleiß voran-kommen. Und sie waren fleißig, so fleißig, dass sie den Alteingesessenen in der jungen Bundesrepublik bald kräftig Beine machten.“



Uwe A. Oster
Preußen - Geschichte eines Königreichs
Geb., 384 Seiten, 16 meist farbige Bildtaf. und 2 einf. Übersichts-Karten
Best.-Nr.: 7042, € 14,95





Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95





- Spezifikation: **Feinsilber 999, polierte Platte**
- Durchmesser: **35 mm**
- Gewicht: **15 Gramm reines Silber**
- Verpackung: **Repräsentatives Etui**

Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
Best.-Nr.: 7044



Subskriptions-Sonderpreis nur € 34,95

zzgl. Versandkosten € 2,50 (gilt nur für die Bestellung von Weihnachtstalern).
Nur über den Preußischen Mediendienst zu beziehen!



Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter
Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986, € 14,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Hrsg. v. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst u. a.
Lexikon der Vertreibungen
Geb., 802 Seiten, Großformat
Best.-Nr.: 7037, € 99,00

Heinrich Hartmann
Luise-Preußens große Königin
Geb., 672 Seiten, zehn Farbabbildungen, Leinen geb. mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 7046, € 39,80

Elchstandbild auf Mamorsockel, 27 cm hoch
Metallguß bronziert auf einer Mamorplatte.
Ein Qualitätsprodukt aus Deutschland
Best.-Nr.: 1935
€ 249,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...



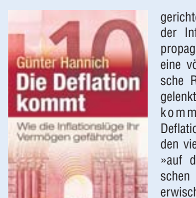
Gisela Graichen
Die Prussen
Der Untergang eines Volkes und sein preußisches Erbe Jahrhundertelang verteidigte das baltische Volk der Prussen mutig sein Land, seine Sprache und seine Götter, bis es im späten 13. Jahrhundert schließlich vor der Übermacht des Deutschen Ordens kapitulieren musste. Die Sieger eigneten sich den Namen der Besiegten an, der später in die Weltgeschichte einging: Preußen. Gisela Graichen und Matthias Gretzschel erzählen die faszinierende, aber bisher kaum bekannte Geschichte der Prussen. Von den Kämpfen mit dem Deutschen Orden bis zum Untergang Preußens im Zweiten Weltkrieg, von der abenteuerlichen archäologischen Suche nach den Spuren des versunkenen Volkes der Prussen und seines Schatzes, der legendären Prussia-Sammlung aus dem Königsberger Schloss.

Geb., 239 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7047

€ 19,95



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



Günter Hannich
Die Deflation kommt
Die Inflationslüge

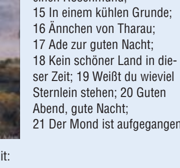
Retten Sie Ihr Geld vor der Deflation. Während die Gefahren einer Deflation nahezu unbekannt sind, ängstigen sich immer mehr Menschen vor einer im Vergleich dazu harmlosen Inflation. Gezielt lenken Massenmedien und Politik durch ihre Inflationspropaganda von den drohenden Gefahren einer Deflation ab. Insider und Superreiche bereiten sich seit Langem auf eine Deflation vor, weil sie wissen: Große Vermögen werden in Krisenzeiten gemacht. Angesichts der medialen Begriffsverwirrung gerät völlig in Vergessenheit, dass jede Wirtschaftskrise automatisch zu einer Deflation führt. Die Menschen bereiten sich nun panisch auf eine angebliche Hyperinflation vor. So werden die Anleger ziel-gerichtet mit der Inflationspropaganda in eine völlig falsche Richtung gelenkt. In der kommenden Deflation werden viele dann »auf dem falschen Fuß« erwischt und alles verlieren, was sie heute besitzen.Ein unvorstellbares Desaster droht, wenn erst die deflationäre Abwärtsspirale in Gang gekommen ist. In der Deflation wird es fast nur Verlierer geben. Es kommt zu Massenarbeitslosigkeit und Armut. Kriege und innere Unruhen drohen. Radikale Parteien werden die Situation für eine Destabilisierung des Staates nutzen. Wer das Phänomen Deflation in seiner Planung vergisst, wird schweren Schaden erleiden. Umso wichtiger ist es für Sie, dass Sie sich auf die kommende Deflation richtig vorbereiten und verstehen, warum diese kommen wird und wie sie sich entwickelt. Dies bedeutet für Sie ein radikales Umdenken bei Ihrer Zukunftsplanung. Wer heute klug handelt, hat die Möglichkeit, das Schlimmste für sich zu verhindern. Der Finanzexperte Günter Hannich versorgt Sie leichtverständlich mit dem notwendigen Wissen.

Gebunden, 192 Seiten
zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7048

€ 18,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler





1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90



Ostpreußische Küche
Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



statt € 7,40 nur noch € 3,95

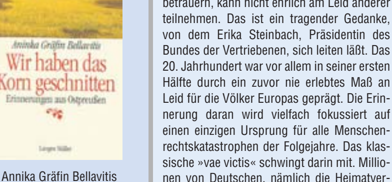
Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

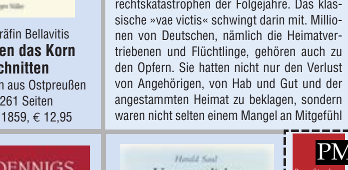


Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000, € 19,95



Annika Gräfin Bellavitis
Wir haben das Korn geschnitten
Erinnerungen aus Ostpreußen
Geb., 261 Seiten
Best.-Nr.: 1859, € 12,95







Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung



Wer nicht fähig ist, seine eigenen Toten zu betrauern, kann nicht ehrlich am Leid anderer teilnehmen. Das ist ein tragender Gedanke, von dem Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, sich leiten läßt. Das 20. Jahrhundert war vor allem in seiner ersten Hälfte durch ein zuvor nie erlebtes Maß an Leid für die Völker Europas geprägt. Die Erinnerung daran wird vielfach fokussiert auf einen einzigen Ursprung für alle Menschenrechtskatastrophen der Folgejahre. Das klassische »vae victis« schwingt darin mit. Millionen von Deutschen, nämlich die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, gehören auch zu den Opfern. Sie hatten nicht nur den Verlust von Angehörigen, von Hab und Gut und der angestammten Heimat zu beklagen, sondern waren nicht selten einem Mangel an Mitgefühl und Solidarität der heimischen Aufnahmegesellschaft ausgesetzt. Eine Erfahrung, die sich auch in den Erinnerungen von Erika Steinbachs Mutter widerspiegelt. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die Betroffenen angeht, sondern auch die Solidarität aller Deutschen erfordert. Die Autorin zeigt auf, dass diese Vertreibung dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt. Mutig und schlüssig wendet sie sich zudem gegen jegliche Relativierung der Vertreibung. Menschenrechte sind ihr auch für die deutschen Vertriebenen unteilbar. Für sie ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar, egal welchem Volk er angehört. Die europäische Dimension und Bedeutung dieses Vorganges wird beeindruckend aufgeblättert. Ob vor Studenten der Karls-Universität in Prag, der Wyszynski-Universität Warschau oder vor dem Deutschen Bundestag: Erika Steinbach zeichnet sich durch Kompetenz und Mut zur Wahrhaftigkeit aus. Im Anhang zu dem Buch kommen neben gewichtigen Medienstimmen auch engagierte Wegbegleiter zu Wort.

Geb., 250 Seiten
mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045



€ 22,00

Sommer in Ostpreußen 1942
Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich“, wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.

Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



€ 14,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
44/10

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Schrecksekunde in Ortelsburg

Journalisten, heimatverbliebene Ostpreußen, ein Rückkehrer und ein Nationalist – Begegnungen auf einer Masurenreise

Wenn einer eine Reise tut, dann trifft er oft interessante Leute, mit denen er sich auch jenseits der Grenzen des eigenen Staates in seiner Muttersprache unterhalten kann. Der nachfolgende Bericht basiert auf Begegnungen bei einer Reise nach Masuren vom 27. September bis zum 3. Oktober.

In Allenstein bin ich mit Anna Przywozna verabredet, der Redakteurin der Allensteiner Welle, also des über Radio Olsztyn gesendeten deutschsprachigen Radioprogramms. Es ist mein Anreisetag. Statt der veranschlagten zwölf Stunden benötige ich 14. Als ich das Rundfunkgebäude endlich erreicht habe, war sie nach anderthalb Stunden Wartens gegangen. Aber der Pförtner erreicht sie über das Mobiltelefon, und ein paar Minuten später zeigt sie mir die Studios. Danach unterhalten wir uns über das Radioprogramm, seine Macher und Hörer, die deutsche Volksgruppe, die deutsch-polnischen Beziehungen und die heutige Verbreitung der deutschen Sprache in ihrem Sendegebiet. Dabei stellt sich heraus, dass die Redakteurin des Programms für die deutsche Volksgruppe selbst keine deutschen Vorfahren und erst als Erwachsene Deutsch gelernt hat. Ihr Studium hat sie die hauptberufliche Deutsch-Lehrerin am nicht mehr bestehenden Lehrer-Seminar in Ortelsburg begonnen. Ihr Kollege Uwe Hahnkamp, den ich am nächsten Tag kennenlerne, stammt dagegen aus Franken und ist ursprünglich vom in Stuttgart beheimateten Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) als Kulturmanager nach Masuren geschickt worden. „Aber der Tontechniker, den Sie vorhin gesehen haben, ist ein Angehöriger der deutschen Minderheit, allerdings nicht dort organisiert.“

Während der folgenden drei Tage besuche ich in Kruttinnen, Kreis Sensburg, die Masurischen Gespräche. Diese Kulturveranstaltungsreihe der Masurischen Gesellschaft findet seit 1990 unter der Leitung von Tadeusz Siegfried Willan, der inzwischen selbst zu einer Institution in Masuren geworden ist, jedes Jahr im Herbst statt. Das diesjährige Seminar steht unter der Überschrift: „Schätze die wir nicht kennen – Polnische Literatur in deutscher Sprache.“ Der Großteil der Teilnehmer sind Angehörige der deutschen Volksgruppe, die meisten im Alter von Ende 70 bis Anfang 80. Viele von ihnen sind nicht nur Mitglied der Masurischen Gesellschaft, sondern auch im jeweiligen deutschen Verein ihres Wohnortes organisiert. Die Referenten sind meist deutlich jünger, teilweise könnten sie die Enkel ihrer Zuhörer sein. Seit das ifa keine Reisekosten mehr übernimmt, haben Referate von Bundesdeutschen Seltenheitswert. Eine der Referentinnen, eine junge Germanistin aus Angerburg, die in Warschau als Deutschlehrerin arbeitet, hält einen Vortrag zu dem Thema „Welche polnische ‚Frauenliteratur‘ erreicht den deutschen Leser?“ Das wird derart lebendig und kompetent vermittelt, dass sogar ich mir anschließend vorstellen kann, eines der vorgestellten Bücher zu lesen.

Am zweiten Tag des Seminars bin ich selbst mit meinem Referat „Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg und ihr Heimatbote“ an der Reihe. Dabei berichte ich auch von der Bruderhilfe, die die Kreisgemeinschaft jährlich an bedürftige Landsleute, die in der Heimat geblieben sind, auszahlt. Mir kommt dieser Auszahlungsbetrag eigentlich eher gering vor, deshalb frage ich meine Zuhörer nach ihrer Meinung zu derartigen Aktionen. Nach anfänglichem Zögern kommen die Antworten: „Bei uns wird viel weniger gezahlt.“, „Wenn man, so wie wir, vom umgerechnet 132 Euro im Monat leben muss, ist jeder zusätzliche Betrag willkommen.“ und „Wichtig ist nicht die Höhe des Betrags, sondern, dass man in Deutschland immer noch an uns denkt.“

Am Ende meines Beitrags packe ich etwa 20 Ortelsburger Heimatboten, die Jahrbücher der Kreisgemeinschaft, auf den Tisch und fordere die Zuhörer auf, sich hieran bei Bedarf zu bedienen. Obwohl keiner aus dem Kreis Ortelsburg kommt, sind die Hefte schnell vergriffen. Noch an Ort und Stelle fangen die Leute an, darin zu lesen.

Als zwei Referate in polnischer Sprache angekündigt werden, verlasse ich die Veranstaltung vorübergehend, da ich kaum etwas, nur einzelne Wörter verstehen würde. Die Zeit nutze ich zu einer Stippvisite in Farienen im Kreis Ortelsburg, dem Heimatort meines Vaters.

Hier suche ich den katholischen polnischen Pfarrer auf, der einer von zwei Leuten im Dorf ist, die Deutsch sprechen. Während unserer Unterhaltung über gemeinsame Bekannte und die Geschichte des Dorfes fällt unweigerlich wieder der Name „Johann Bially“. Das war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein in Farienen lebender Gromatki-Aktivist, der, obwohl er bei der Volksabstimmung 1920 für Deutschland gestimmt haben muss (in Farienen betrug das Abstimmungsergebnis 100 Prozent für Deutschland), von den Polen als Vorkämpfer für das Polentum in Masuren vereinnahmt wird. „Für uns ist Bially ein

Ein bitterer Fehler: Die Gründung einer deutschen Schule wurde versäumt

großer Mann“, sagt der Pfarrer. Als was er denn in der Bundesrepublik gesehen werde? Ich antworte ihm, dass ihn in der Bundesrepublik kaum jemand kennt.

Zurück in Kruttinnen. Die abendlichen Gespräche mit den Teilnehmern sind das Salz in der Suppe des Seminars. Dabei geht es um die Lebensverhältnisse der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen vom Kriegsende bis heute. Eine ältere Frau erzählt, wie sie von den polnischen Behörden zum Bahnhof geschickt worden ist, um den nächsten Zug in den westlich von Oder und Neiße gelegenen Teil Deutschlands zu nehmen. Nach stundenlangem Warten vor dem Bahnhof hieß es dann, der Zug sei voll, sie solle wieder gehen. Wieder in ihrer Wohnung angekommen, fand sie diese vollkommen leergeräumt. Ob es besagten Zug überhaupt gegeben hat, weiß sie nicht. Andere erzählen von einer aufgebrochenen evangelischen Kirche, in denen von den Besetzern zu Beginn der Okkupation erst einmal die Schlösser ausgewechselt wurden, damit die Deutschen nicht mehr hinein konnten. Oder von dem evangelischen Pfarrer, der auf Geheiß höherer Stellen seinen Schäfchen das Singen auf Polnisch aufzwingen wollte. Nachdem diese die von ihm verteilten Liedtexte weggeworfen hatten, klebte er in einem zweiten Anlauf die Liedtexte auf den Kirchenbänken fest. Dort blieben sie aber auch nicht lange, weil die Gläubigen sie während der Gottesdienste abknibbelten. Selbst zu Kirchenaustritten soll es damals gekommen sein. Ein anderes Thema sind deutsch-polnische Mischehen. In der Altersklasse der meisten Teilnehmer überwiegt der Frauenanteil schon aus biologischen Gründen. Aber auch unter den anwesenden Ehepaaren gibt es nur ein Paar, bei dem beide Partner Deutsche sind. In den nachfolgenden Generationen werde dann meistens auch wieder ein polnischer Partner geehelicht, was zu einem langsamen Aussterben des Deutschtums führe. Aber auch sonst sind die jüngere Vergangenheit und die Gegenwart Gegenstand der abendlichen Unterhaltungen. Unverständnis über die Praxis des deutschen Konsulats, die Staatsbürgerschaftsurkunden nur auf zehn Jahre befristet auszustellen, wird geäußert („Bin ich denn nur Deutsche auf Zeit?“) und auch, dass sich etliche der alten Herrschaften schon gar nicht mehr die Mühe machen, nach zehn Jahren eine neue Urkunde zu beantragen. Von der „Wende“ vor 20 Jahren ist die Rede und von Rivalitäten unter den verschiedenen deutschen Verbänden und ihren Spitzenfunktionären, von vertanen Chancen und geplatzten Träumen. Zu letzteren gehört der Ausbau des Ordensschlosses in Rhein zu einem deutschen Kulturzentrum mit Internatsschule, Altersheim und weiteren Einrichtungen. Zu den vertanen Chancen gehört offenbar insbesondere die Gründung einer deutschen Schule, welche die Basis für ein dauerhaftes Überleben der deutschen Volksgruppe gewesen wäre. Hier soll die von der ukrainischen Minderheit in Masuren, die seit Jahrzehnten über eigene Schulen verfügt, angebotene massive Hilfe bei der Schulgründung von einem damals maßgeblichen Vertreter der deutschen Volksgruppe abgelehnt worden sein, nach dem Motto: „Mit den Ukrainern arbeiten wir nicht zusammen.“ Weiter ist von einigen geschäftstüchtigen Angehörigen



Das „Luisenhaus“ in Ortelsburg: Aus dem Fenster im oberen Stock wurde auf den Verfasser dieses Beitrags eine Pistole gerichtet. Die anderen Begegnungen in der Heimat verliefen friedlich und harmonisch.

Bild: Ollesch

der deutschen Volksgruppe die Rede, die, seit sie über Fernsehsendungen und durch Erwähnung in Reiseführern in der Bundesrepublik einen gewissen, den Geschäftsumsatz deutlich steigernden Bekanntheitsgrad erreicht haben, zu den kulturellen Veranstaltungen der deutschen Vereine nicht mehr erscheinen.

Zu den wenigen nicht hier geborenen Teilnehmern gehört ein aus Bayern stammendes Ehepaar, das nach einem Masurenurlaub vor einigen Jahren beschlossen hat, sich hier niederzulassen. Der Mann, Anfang 70, erzählt mir von seinen Tierschutz-Aktivitäten, die vom Aufpäppeln eines nach einem Verkehrsunfall halb toten Hundes bis zur Pflege flugunfähiger Störche reichen.

Die »Masurischen Gespräche« der deutschen Volksgruppe haben schon 20 Jahre Tradition

Mit Gerd Fensterseifer, dem Vizekonsul des deutschen Generalkonsulats in Danzig, erscheint abends noch ein Gast, der besonders freudig begrüßt wird. Die Freude der Versammelten ist echt, nicht nur weil ein hochkarätiger Angehöriger des Konsulats die Veranstaltung als offizieller Vertreter des deutschen Staates aufwertet, sondern weil sie auch heute noch in schriftlichem Kontakt mit seinem Vorgänger stehen, dessen im fernen Los Angeles geschriebenes Grußwort verlesen wird.

Fensterseifer, seit einem Jahr am Generalkonsulat in Danzig tätig, ist ein unkomplizierter, volkstümlicher Mann. Er sitzt mal an diesem Tisch, mal an jenem, unterhält sich beim Bier mit allen, die das wollen, hört sich an, was die Leute zu sagen haben, und erteilt bereitwillig Auskünfte, wobei sich wirklich kritische Fragen der Teilnehmer jedoch in Grenzen halten. Den auf Tätigkeiten für die deutsche Volksgruppe entfallenden Arbeitsanteil der gesamten Konsulatsaufgaben schätzt er auf fünf bis zehn Prozent. Auf meine Frage nach dem Grund für die zeitliche Befristung der Staatsangehörigkeits-Urkunden erklärt er, dass theoretisch ja ein Wechsel der Staatsangehörigkeit des Urkundeninhabers, beispielsweise durch eine Adoption, stattgefunden haben könne. Bei dem hier anwesenden Personenkreis sei das zwar eher unwahrscheinlich, aber so seien nun einmal die Vorschriften. Ich äußere ihm gegenüber, die Gesamtunterstützung der deutschen Volksgruppe hier durch die Bundesrepublik sei doch lediglich eine lebensverlängernde Maßnahme und nicht dazu geeignet, das Überleben der Volksgruppe auf Dauer zu sichern. Meine daran anschließende Frage, ob er die Unterstützung der deutschen Volksgruppe im Einzugsbereich seines Generalkonsulats für angemessen und ausreichend halte, beantwortet er mit der Gesetzeslage. Die Konsulate dürften nur eine projektbezogene und keine institutionelle Förderung betreiben. Außerdem seien die dafür zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt. Das führe dazu, dass die Konsulate manchmal entscheiden müssten, welchen Anträgen auf Förderung sie denn nun stattgeben könnten. Und da sei eine Veranstaltung wie die Masurischen Gespräche eher förderungswürdig als beispielsweise eine Weihnachtsfeier. Letztlich sei der Haushaltsausschuss des Bundestages die Institution, die über die Höhe der verfügbaren Geldmittel entscheide.

Die nächsten Nächte verbringe ich bei einem Ehepaar ein Stück weiter im Osten. Der Mann ist ein Angehöriger der deutschen Volksgruppe. Auch die Frau spricht ein recht ordentliches Deutsch. Der Großteil ihrer Verwandten, einschließlich ihrer erwachsenen Kinder, lebt im westlichen Ausland. „Mein Bruder durfte fünf Jahre lang nicht wieder einreisen“, erzählt der Mann. Auf meine Frage, ob sein Bruder heimlich abgehauen sei, antwortet er: „Nein, wer illegal verschwunden ist, durfte zehn Jahre lang nicht kommen. Es gab auch Fälle, da sind die Leute regelrecht rausgeschmissen worden, nämlich dann, wenn man ihre Wohnhäuser haben wollte.“ Auch zu der in der Bundesrepublik relativ bekannten, zweisprachig deutsch-polnisch unterrichtenden Marion-Gräfin-Dönhoff-Schule in Nikolaiken fällt ihm etwas ein: „Das ist eine Schule für reiche Polen. Unsere Tochter wäre da auch gerne hingegangen. Aber wir hätten das Schulgeld nicht bezahlen können. Und für das tägliche Bringen zur Schule fehlte mir nicht nur das Geld, sondern auch die Zeit. Ich musste schließlich arbeiten.“

In Ortelsburg bin ich mit einem jungen Mann polnischer Nationalität verabredet, der nach einem Studium an verschiedenen polnischen und deutschen Universitäten auf Grund seiner Studienleistungen und seiner Deutschkenntnisse ein mehrmonatiges Praktikum beim Deutschen Bundestag absolvieren konnte. Während unseres Gesprächs über die deutsch-polnischen Beziehungen und die Vergangenheit Masurens stellen wir übereinstimmend fest, die Kenntnis der Vergangenheit sei wichtig, die Gegenwart und Zukunft aber noch wichtiger. Seine Ansicht, die Verhältnisse zwischen Deutschen und Polen seien heute weitgehend entspannt, kann ich aus eigenem Erleben bestätigen. Die einzige unangenehme Begegnung in Polen hatte ich vor ungefähr 15 Jahren in einem Dorf im Kreis Neidenburg. So etwas könne heute, vor allem in der Stadt, nicht mehr passieren, ist sich mein Gesprächspartner sicher.

Ein paar Stunden später werde ich eines Besseren belehrt. In Ortelsburg (Szczytno) gibt es das Haus mit der Adresse ul. Pasymska Nr. 5. Hier hat im Jahr 1806 die preußische Königin Luise auf der Flucht vor Napoleon ein paar Tage gewohnt. Dieses „Luisenhaus“ war bis zum Zweiten Weltkrieg mit einer entsprechenden Gedenktafel und weiteren Verzierungen versehen, die zum Teil noch erhalten sind. Im 200. Todesjahr der Königin will ich das Haus einmal aus verschiedenen Winkeln fotografieren. Während ich es von öffentlichem Gelände aus ablichte, öffnet sich im ersten Stock ein Fenster, ein älterer Mann richtet eine Pistole auf mich und bedeutet mir, zu verschwinden. Da ich auf die Entfernung nicht sehen kann, ob die Waffe echt ist, mache ich mich davon. Nach ein paar Schritten höre ich hinter mir einen Schuss knallen. Offenbar hat sich die deutsch-polnische Aussöhnung doch noch nicht überall herumgesprochen.

Eine halbe Stunde später bin ich bei einer Bekannten in Ortelsburg zu Gast. Ich überlege, ob ich den Mann bei der Polizei anzeigen soll, entscheide mich aber auf ihren Rat dagegen.

Auch meine Gastgeber raten mir abends von einer Anzeige ab. Auf meine Vermutung, hier an einen Deutschenhasser geraten zu sein, meint der Herr des Hauses: „Naja, vor gar nicht so langer Zeit hat ein Pole im Zusammenhang mit Erika Steinbach zu mir gesagt, dem nächsten Deutschen, den er treffe, wolle er in die Schnauze schlagen.“

Am letzten Tag meiner Reise treffe ich in Ortelsburg zufällig einen Mann, dessen Auto ein deutsches Kennzeichen trägt. Er stellt sich als ein in Westfalen lebender Pole vor, der in seinem Haus in Ortelsburg nach dem Rechten sieht. „Nachdem ich vor 20 Jahren dieses Haus gebaut habe, bin ich zur Arbeit nach Deutschland gegangen. Wie mein Vater schon sagte: Heimat ist dort, wo man Arbeit und Brot hat.“

Wie zu Anfang schon gesagt: Wenn einer eine Reise tut, trifft er mitunter eine Menge interessanter Leute. *Detlef Ollesch*

MELDUNGEN

LO-Sprecher bei Wolfskindern

Memel – 72 Wolfskinder waren aus Wilna (Vilnius), Mariampole, Tauroggen, Kaunas, Schaulen und Memel angereist, um einer Einladung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) nachzukommen. Man traf sich am 28. Oktober im Simon-Dach-Haus in Memel. Beifall kam auf, als der Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, die Erschienenen begrüßte und ihnen die Entscheidung des Bundesvorstandes der LO mitteilte, in diesem Jahr erneut eine Zuwendung an die Wolfskinder-Landsleute vorzunehmen. Zu Beginn des Treffens verlas v. Gottberg ein Grußwort der BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Mit tatkräftiger Unterstützung der Vorsitzenden des Wolfskindervereines „Edelweiß“ Luise Quitsch (Kazukauskiene) konnten alle Erschienenen nach Ausfüllung eines Quittungsbeleges ihre Zuwendung in Empfang nehmen. In einer kurzen Ansprache versicherte der Sprecher der LO, dass die Wolfskinder keinesfalls vergessen seien. Er sei heute zum zehnten Mal bei einer Wolfskinder-Zusammenkunft, um ihnen mit einer humanitären Aktion die Solidarität der Landsleute in Deutschland zu bekunden. Der Bundesvorstand der LO habe bewusst den Zeitpunkt für die Zuwendung kurz vor Beginn des Winters festgelegt, damit die Empfänger für die schwierigen Wintermonate eine zusätzliche Hilfe hätten. Der Verein „Edelweiß“ hat derzeit noch 86 Mitglieder. Alle sind zwischen 65 und 80 Jahre alt. Ursprünglich wurden nach der „Wende“ rund 350 Wolfskinder in Litauen erfasst. Durch Tod und Übersiedlung nach Deutschland hat sich ihre Zahl nunmehr drastisch reduziert. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Wolfgang von Stetten, CDU, – er ist heute litauischer Generalkonsul für Baden-Württemberg – hat sich um die Förderung und Fürsorge der Wolfskinder besonders verdient gemacht. Etwa 40 Prozent aller bisher geleisteten Zuwendungen an die Wolfskinder stammen von ihm oder wurden durch ihn initiiert. *PAZ*

Neuer Übergang bei Braunsberg

Braunsberg/Heiligenbeil – Der Grenzübergang an der Autobahn bei Braunsberg und Heiligenbeil ist auf polnischer Seite seit drei Jahren fertig. Die Russen erklären, dass der Übergang Ende November/Anfang Dezember fertig sein werde. Der von russischer Seite genannte Termin für die Eröffnung des Grenzübergangs ist bereits der fünfte. Der Direktor der Bauabteilung in Allenstein, Jerzy Szczepanik, schätzt, dass es nun schnell gehen könnte. Gegenwärtig beendeten die Russen den im Sommer begonnenen Prozess der sogenannten Zertifizierung des Übergangs. Der Direktor ergänzte, dass die polnische Seite von heute auf morgen mit der praktischen Arbeit beginnen könnte. Das Zollamt hat bereits vor einem Jahr 70 Beamte eingestellt, die derzeit an anderen Grenzübergängen arbeiten und sich fortbilden. Seit einem Jahr sind auch schon die entsprechenden Geräte vorhanden. Der Übergang kostet Geld, auch wenn er nicht geöffnet ist. Allein die Beheizung kostet jährlich zwei Millionen Zloty (über eine halbe Million Euro). Der Grenzübergang an der Autobahn wird der größte an der polnisch-russischen Grenze. Täglich können 5000 Personenwagen, 800 Lastwagen und etwa 300 Omnibusse abgefertigt werden. *PAZ*

Mit dem Dozenten gen Osten

Rostocker Geschichtsstudenten besuchten mit Vertriebenen deren Heimat

Ostpreußen zeigte Rostocker Studenten ihre Heimat. Die Möglichkeit hierzu bestand, weil Fischhausens ehemaliger Kreisvertreter Louis-Ferdinand Schwarz diesen Sommer neun Geschichtsstudenten der Universität Rostock unter seinen Reiseteilnehmern hatte.

Für den stellvertretenden Leiter des Dokumentationszentrums für die Opfer deutscher Diktaturen an der Universität Rostock, Dr. Fred Mrotzek, und seine neun Studenten stand das Thema Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges im Fokus der Reise. Durch Gespräche und Berichte von Zeitzeugen sollte den jungen Historikern Ostpreußen in all seinen Facetten näher gebracht und das Historische lebendiger werden. Bereits am ersten Tag nach der Anreise besichtigte die Gruppe Ostpreußens Hauptstadt. Auf der Stadtrundfahrt durch Königsberg wurde den Studenten der verschwundene Glanz und die geistige Größe der Geburtsstadt Immanuel Kants vermittelt. Besucht wurde unter anderem der Königsberger Dom, der sich wieder in seiner ursprünglichen Backsteingotik zeigt. Gesprächen mit Professoren der Immanuel-Kant-Universität folgte die Besichtigung des Befehlsbunkers des letzten Kommandanten von Königsberg, General Otto Lasch, in unmittelbarer Nähe. Weiter führte die Besichtigung der Stadt am Pregel zu den Ausgrabungen der Reste des Königsberger Schlosses. Beeindruckend war der Gegensatz von Altem und Neuem im jetzigen Stadtbild. Hitzig wurde über das abscheuliche „Haus der Räte“ und die seit der Sowjetzeit anscheinend unveränderte Ausstellung im Stadtmuseum diskutiert.

Eine andere Seite Ostpreußens zeigte sich der Gruppe auf der Rundfahrt über die Kurische Nehrung. Dort konnte neben deutsch-russischen Umweltprojekten auch die 1901 von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründete Vogelwarte in Augenschein genommen werden, die heute das Zoologische Institut Sankt Petersburg betreibt. Die Kurische Nehrung besticht vor allem durch die Schönheit der typischen, weitläufigen Wanderdünen, die der Gegend um Nidden ein fast schon mediterranes Flair verleihen. Vom Thomas-Mann-Haus, welches auf besonders viel Interesse stieß, hatte man bei gutem Wetter einen hervorragenden Blick auf das Kurische Haff.

Hitzige Diskussion über Ausstellung im Stadtmuseum

Nicht mit dem Reisebus, sondern mit dem Schiff wurde Pillau angesteuert. Der heutige Stützpunkt der russischen Baltischen Flotte war der letzte Hafen, von dem aus Tausende Flüchtlinge 1945 versuchten, vor der anrückenden Roten Armee zu fliehen. In diesen Monaten der Belagerung und des Kampfes ließen Zehntausende Zivilisten und Soldaten ihr Leben. Selbstverständlich besuchte die Gruppe auch den vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge angelegten und gepflegten Ehrenfriedhof in den Stranddünen nahe der Stadt. Einen besonderen Eindruck hinterließ der deutsche Soldatenfriedhof in Fischhausen. Mit bewegenden Worten betonte der gebürtige Fischhausener Louis-Ferdinand Schwarz die enorme Wichtigkeit, der Opfer beider Seiten zu gedenken und die Aussöhnung zwischen den beiden Völkern weiter zu fördern. Die russische Gemeinde in Fischhausen ist daher sehr um die Aufrechterhaltung des Andenkens des widerfahrenen Leidens beider Seiten bemüht.

Dozent informierte vor Ort über das Nemmersdorf-Gräuel

Um noch mehr über die Heimat der Mitreisenden zu erfahren, wurde der geschichtsträchtige Osten des Landes erkundet. Ein Tagesausflug führte die Gruppe nach Insterburg, zum Gestüt Georgenburg sowie nach Trakehnen und Gumbinnen. Jeder, der sich mit preußischer Geschichte beschäftigt, kennt Trakehnen. Das berühmte Gestüt macht heute einen traurigen Eindruck. Leider wurde die Gruppe auch Zeuge der Auseinandersetzungen in der und um die „deutsche Schule Trakehnen“.

Als ein besonderes Erlebnis blieb der Reisegemeinschaft der Besuch Nemmersdorfs im Gedächtnis. Im Oktober 1944 wurde das beschauliche Dorf als eine der ersten Ortschaften Ostpreußens von der Roten Armee eingenommen. In einem kurzen, aber eindrucksvollen Vortrag schilderte Mrotzek die Geschehnisse in Nemmersdorf. Im besonderen Maße wies der Historiker auf das Ausmaß der Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung hin und versuchte die Situation in jenen Herbsttagen des Jahres 1944 und die Folgen von Nemmersdorf detailliert aufzuzeigen.

Fazit der Reise: Als Student kann man sich in seinen Ferien für wenig Geld in den warmen Gebieten Südeuropas erholen. Man kann aber auch mit Zeitzeugen in das Königsberger Gebiet reisen, und als Geschichtsstudent sollte man dies tun. Auf eine einzigartige Art und Weise wird Geschichte am authentischen Ort durch Zeitzeugen vermittelt. Der weitergegebene Erfahrungsschatz führt bei den angehenden Geschichtslehrern dazu, dass die Geschichte Ostpreußens an den deutschen Schulen wieder eine Chance bekommt. Betrachtet man das Gebiet heute, ist aber auch zu fragen: „Quo vadis Königsberg?“

Sophie Auer/Alexander Vogt



Bild: privat

Einträchtig beieinander: Jung und Alt auf der Suche nach deutschen Wurzeln in Ostpreußen

Nord- und Südbahnhof restauriert

Königsberg: Feierliche Neueröffnung des 156 Meter langen Verbindungstunnels

Anderthalb Jahre lang konnten die Königsberger die Kurorte an der Ostseeküste per Bahn nur vom Nordbahnhof in der Innenstadt aus erreichen, weil der zentrale Südbahnhof wegen Renovierungsarbeiten geschlossen war. Die Arbeiten waren dringend notwendig geworden, weil der Tunnel unter dem Hansaplatz, der beide Bahnhöfe miteinander verbindet, einzustürzen drohte. Dieser Tunnel stammt aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und war seit fast einem halben Jahrhundert nicht mehr renoviert worden.

Viele Passagiere wurden nur zufällig Zeugen der feierlichen Neueröffnung des 156 Meter langen Eisenbahntunnels. Die Renovierung fand im Rahmen des Investitionsprogramms der russischen Eisenbahn statt und kostete über 400 Millionen Rubel (rund zehn Millionen Euro). Während der Bauarbeiten wurden tragende Konstruktionen aus Eisenbeton eingezogen, um das Fundament der Stützen zu verstärken. Das Niveau der Eisenbahnlinie wurde um eineinhalb Meter abgesenkt. Der Tunnel soll es ermöglichen, die Frequenz der Zugverbindungen von Königsberg nach Cranz und Rauschen sowie in Richtung Tilsit vom Südbahnhof aus zu erhöhen.



„Elektritschka“: Die Vorortbahn verbindet Königsberg mit der Ostseeküste. Bild: Tschernyschew

Während der Bauarbeiten am Tunnel war auch der Nordbahnhof modernisiert worden. Der Platz vor dem Bahnhof wurde verschönert, die unterste Gleisebene, auf der die Züge vom Südbahnhof einfahren, wurde ebenso wie die oberste Plattform mit den Endgleisen renoviert.

Das Gebäude des Nordbahnhofs wurde 1929 eröffnet. Während des Krieges wurde es zerstört, erst ab Mai 1964 fuhren wieder Züge in Richtung Küste. Dafür wurde ein kleines Gebäude mit einem Warteraum gebaut. Seit 1976 kamen „Elektritschkas“ (elektrisierte Vorortzüge) zum Einsatz. Das unbeschädigte vierstöckige Vorkriegsgebäude auf dem Hansaplatz, von dem Architekten Stallmann im neoklassizistischen Stil erbaut, wurde damals als Seemannsheim genutzt. Nach dem Krieg war es nahezu detailgetreu rekonstruiert worden, nur das Dach wurde ein wenig steiler und die Säulen über dem Haupteingang wurden erhöht. *Jurij Tschernyschew*

MELDUNGEN

70. Geburtstag in der Heimat

Lötzen/Hamburg – Klaus-Rüdiger Pott hat seinen 70. Geburtstag mit seiner Ehefrau Elke, seinem Sohn Rüdiger, seinen Brüdern Peter, Hans-Helmut und Erhard sowie seinen Schwägerinnen Henny und Hilde in der Kreisstadt Lötzen gefeiert. Er war noch nie nach Kriegsende in Ostpreußen gewesen, seit er mit viereinhalb Jahren aus seiner Heimat fliehen musste. Erstmals waren die vier Brüder gemeinsam in der Heimat. Peter Pott, Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss und Mitglied im Kreistag der Kreisgemeinschaft Lötzen, hatte mit seiner Ehefrau Henny diese Reise organisiert. Beide haben einen sehr guten Kontakt zur jetzigen Bürgermeisterin von Lötzen, Jolante Piotrowska. Seine Kreisgruppe hat bereits sehr viel gespendet für soziale Zwecke, beispielsweise für das Hospiz in Lötzen. Sehr viele Sachspenden gingen an arme Menschen, an den kulturellen Verein der deutschen Volksgruppe und an das Waisenhaus. Durch diese aktive Tätigkeit Peter Potts entschlossen sich auch seine Brüder mit ihren Familien zu spenden. So übergab das Geburtstagskind Klaus-Rüdiger Pott Lötzens Bürgermeisterin eine größere Geldspende für soziale Zwecke, als er mit seinen Brüdern Frau Piotrowska im Rathaus besuchte. Dankbar wurde die Spende entgegengenommen. Die Reise verlief von Hamburg über Frankfurt an der Oder, Posen, Lötzen, Bartenstein, Braunsberg, Frauenburg, Danzig, Stolp, Köslin, Stettin wieder zurück in die Hansestadt. Bewusst wurde im Rahmen dieser Reise die damalige Fluchtroute der Familie abgefahren. Vater Pott war seit 1944 vermisst und die Mutter begab sich mit ihren vier Söhnen, ihrer jüngsten Schwester und der Schwägerin mit deren Tochter auf die große Flucht. Die gesamte Fahrt war sehr bewegend und durch den guten Kontakt nach Lötzen wurde die Fahrt auch zum Symbol der Völkerverständigung. *P.P.*

Mit dem Pastor in die Heimat

Sensburg – Pastor Fryderyk Tegler führt vom 20. Juni bis zum 1. Juli 2011 eine Studienfahrt durch. Sie führt von Scharnebeck bei Lübeck über Gnesen, Thorn und Osterode sowie Allenstein nach Sensburg. Auf dem Programm stehen Besichtigungen von Lötzen, Rhein, Allenstein, Osterode, Nikolaiken, Rudczanny-Nieden, Eckersdorf, Rößel, Rastenburg, Heiligelinde, der Wolfsschanze, der geneigten Ebene und der Marienburg. Eine Tagesfahrt nach Königsberg und auf die Kurische Nehrung steht ebenso auf dem Programm wie Gottesdienste und Konzertbesuche, Kontakte zu der Deutschen Minderheit, Lagerfeuer, Kutsch- und Schiffsfahrt sowie eine Stakerfahrt auf der Kruttinna. Es soll aber auch genügend Zeit für persönliche Ausflüge in die eigene Vergangenheit geben. Auf der Rückfahrt werden Danzig, Zoppot, Kolberg und Stettin besucht. Weitere Informationen erteilen Pastor Fryderyk Tegler, Hauptstraße 18, 21379 Scharnebeck, Telefon/Fax (04136) 910573, (0171) 5045487, und Kerstin Harms, Am Walde 2, 29553 Bienenbüttel, Telefon (05823) 7649, E-Mail: harmskerstin@t-online.de. Anmeldeschluss ist der 31. Dezember 2010. *PAZ*

MELDUNGEN

Muslime: Kritik an Berlin

Hamburg – Der „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ hat die jüngsten Gesetzesvorschläge der Bundesregierung gegen Zwangsehen kritisiert. Berlin will Zwangsehen generell unter Strafe stellen. Die bisherigen Regelungen gegen Nötigung und Vergewaltigung hätten ausgereicht, so Generalsekretärin Nurhan Soykan zum „Hamburger Abendblatt“. Der Zentralrat der Muslime ist zudem verärgert darüber, dass man ihn nicht in die Gesetzesfindung eingebunden hat. *H.H.*

Linke: Anschlag auf S-Bahn

Berlin – Linksextremisten haben sich zu einem Brandanschlag auf das Kabelnetz der Berliner S-Bahn bekannt. Vergangenen Montag und Dienstag waren Strecken teilweise ganz gesperrt, das Kundentelefon der S-Bahn fiel ebenfalls aus. Die Extremisten nannten Widerstand gegen Castor-Transporte als Motiv. Ärgerlich: Gerade hatte die S-Bahn ihre „Entschuldigungsoffensive“ für ein zuvor monatelanges Chaos gestartet. *H.H.*

ZUR PERSON

Neuer dritter Mann im Land

Das Amt des Moskauer Oberbürgermeisters gilt als drittmächtigste Position nach der des Präsidenten und des Regierungschefs in Russland. Kein Wunder also, dass die Kremlspitze nach dem Abgang des langjährigen und im Rausche seiner Macht gegen den Präsidenten aufbegehrenden Jurij Luschkow einen engen Vertrauten zum Nachfolger suchte, der eine Konsenspolitik in der Stadtduma durchsetzen wird.

Medwedews Wahl fiel überraschend auf den 52-jährigen Sibirier **Sergej Sobjanin**, denn zuvor war auch Krisenminister Sergej Schojgu im Gespräch. Der neue Bürgermeister verdankt seinen politischen Aufstieg allein Wladimir Putin. „Sergej Sobjanin ist ein reiner Bürokrat, ein Funktionär aus dem engsten Kreis von Putin und kein Politiker“, urteilt der Soziologe Lew Gudkow vom Meinungsforschungsinstitut Lewada.

Sobjanin stammt aus einfachen Verhältnissen und wuchs im westsibirischen Ort Njaksimwol im Gebiet Tjumen auf. Er arbeitete als Schlosser, absolvierte ein Ingenieurstudium und schloss 1989 ein Jura-Fernstudium mit dem Doktorgrad ab. Der verheiratete Vater zweier Töchter begann seine politische Karriere auf Kreisebene in der westsibirischen Stadt Kogalym. Im Jahr 2000 ernannte ihn der damalige Präsident Putin zum Vize-Gouverneur der Ural-Provinz, 2001 wurde er zum Gouverneur gewählt. 2005 holte Putin ihn überraschend nach Moskau, wo er als Chef der Kreml-Verwaltung den heutigen Staatschef Medwedew ablöste, der damals Vizeregierungschef wurde.



In den ersten Tagen als Bürgermeister entließ Sergej Sobjanin zunächst Dutzende Luschkow-Getreue, andere wurden degradiert. Seine Hauptaufgabe sieht er im Kampf gegen Korruption und in der Konsolidierung der Hauptstadt. *M. Rosenthal-Kappi*



Zeichnung: Mohr

Idis Erbe

Was Ben Bernanke von Uganda gelernt hat, wie Hans Eichel für die Griechen kämpfte, und wie die SPD die Finger sogar zweimal kreuzte / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Idi Amin war ein Scheusal. Als er nach achtjähriger Herrschaft über Uganda 1979 endlich fliehen musste, hatten hunderttausende Menschen auf bestialische Weise ihr Leben verloren oder waren vertrieben worden. Das Land blutete aus zahllosen Wunden.

Trotz allem Abscheu wurden über Amin noch bis weit in die 80er Jahre lustige Anekdoten, die sich an der sagenhaften Unbildung des mutmaßlichen Analphabeten hochzogen. „Der Idi“ geriet zum Hanswurst unter den Gewaltherrschern seiner Epoche.

Eine Geschichte ging so: Als Idi sein Land nach allen Regeln der Kunst in den Ruin geritten hatte, nahm sein Finanzminister allen Todesmut zusammen und trat vor seinen Despoten: „Herr Präsident, wir haben kein Geld mehr!“ „Na und?“, war die Antwort, „Dann drucken Sie doch welches!“

Was haben wir gelacht über die Töffel, wir Angehörigen der zivilisierten Welt. Wir, die wir doch im Groben Bescheid wussten über den Zusammenhang von Geldmengenaufblähung und Geldentwertung. Einfach Geld drucken! Heilige Einfalt ... war das komisch.

Ganz hinten in der Ecke saß einer, der nicht gelacht hat, sondern gestaunt: So leicht geht das also, dachte sich der frischgebackene amerikanische Doktor der Wirtschaftswissenschaft, der jetzt, mit Ende 20, noch nicht ahnen konnte, wie weit er es einmal bringen würde. Viele Jahre sind seitdem verstrichen, doch Idi Amins Idee mit dem Gelddrucken hat Ben Bernanke nicht mehr losgelassen.

Jetzt ist er der Chef der US-Notenbank Fed und setzt seine afrikanische Erleuchtung eifrig in die Tat um. Die USA haben kein Geld mehr? Ben druckt neues. Diese Woche rollten die Maschinen wieder an. Milliarden über Milliarden frischer Dollars pumpt Bernanke direkt in den zerrütteten Staatshaushalt, damit Idi Obama nicht die Luft ausgeht. Inflation? Ach was – wird schon schiefgehen.

Außerdem ist so ein bisschen Inflation ja auch gar nicht schlecht, damit werden die enormen Staatsschulden weniger wert. Die Idee hatte in Deutschland auch mal einer, er hieß Rudolf Havenstein und war Reichsbankpräsident. Der deutsche Bernanke schaffte es tatsächlich, dass 160 Milliarden Mark an Staatsschulden am Ende nur noch 16 Pfennig wert waren. Man schrieb den 15. November 1923, die alte Mark war erledigt. Ihr Hinscheiden zog weitere Trauerfälle nach sich: Fünf Tage später fiel Havenstein tot um, gut neun Jahre später folgte ihm die Republik von Weimar.

Ja, sieht die Gefahr denn keiner? Doch schon, aber eine Gefahr zu sehen heißt ja noch lange nicht, sie auch zu bekämpfen. Manchmal erscheint es kurzfristig ratsamer, lieber diejenigen zu knebeln, die dreist vor aller Welt auf die Bedrohung hinweisen. Das Knebeln nennt man „Politik“.

> Geschenke für alle: Athens Stadtbahn-Techniker bekommen fürs Händewaschen eine Extra-Zulage

Hans Eichel hat sein ganzes Leben lang Politik gemacht, zuletzt als Bundesfinanzminister bei Gerhard Schröder. Seine damaligen Umtriebe holen ihn heute wieder ein: Eichel war dem Chef der hessischen Landeszentralbank, Hans Reckers, im Jahre 2000 über den Mund gefahren, weil der vor einer verfrühten Aufnahme der Griechen in den Euro gewarnt hatte. Dazu sei der „nicht befugt“, grollte Eichel. Er wollte die Griechen-Aufnahme um jeden Preis durchziehen.

Den Ex-Minister hatten wir schon früher mal aufgespießt, weil er eine der höchsten Politiker-Pensionen in Deutschland kassiert. Himmel, was waren wir kleinlich damals: Von dem Geld, das uns Eichels militantes Schweigen zu Griechenland kosten wird, könnten wir uns Zigtausende solcher Nobel-Politpensionäre leisten!

Die Politik war ganz begeistert vom „Erfolg“ der ersten Euro-Erweiterungsrunde mit den Griechen. Eichels Botschaft an die Finanzmetropolen: Die europäische Integration in ihrem Lauf, die hält weder Ochs noch Esel auf! Eichels Botschaft an die Griechen: Ihr habt alles richtig gemacht, jetzt feiert mal schön!

Das ließen die sich nicht zweimal sagen; es hagelte Geschenke im Hellenenland. 39 Prozent der staatlichen Löhne bestehen aus sogenannten Zulagen, kleinen Nettigkeiten von der Regierung, die aufs reguläre Gehalt draufgeschlagen werden. Wir staunen, was es da alles gibt: Lokführer bekommen für jeden gefahrenen Kilometer eine Extraprämie zum Gehalt. Und wenn sie sich mehr als 30 Kilometer vom Dienstort entfernen, kommt nochmal was obendrauf, selbst wenn sie ihre Tour zu Dienstschluss wieder nach Hause führt. Die staatlich besoldeten Priester erhalten sogar eine Zulage fürs Lesen der Messe, Kampftaucher bekommen eine Tauchprämie, wenn sie tatsächlich einmal tauchen müssen, Techniker von Athens Stadtbahn kriegen vier Prozent extra fürs Händewaschen und Verwaltungsbeamte einen Aufschlag, wenn sie schnell und effizient arbeiten – was denn wohl die Ausnahme sein dürfte. Vermutlich bekommen auch Kraftfahrer eine Sonderzulage fürs Kraftfahren, Totengräber fürs Tote begraben und Wachleute fürs Wacheschieben. Alles in allem entsteht der merkwürdige Eindruck, dass es in Griechenland keineswegs normal ist, dass man der Arbeit, für die man bezahlt wird, auch wirklich nachgeht, weshalb dafür jeweils ein Extrazuckerl gereicht werden muss.

Den für das Aufnahmedesaster Verantwortlichen in Berlin, Brüssel, Frankfurt und anderswo geht es nur noch darum, sich irgendwie herauszuwinden. Dafür haben sie vor zehn Jahren feinsinnig vorgesorgt: Zur Griechen-Aufnahme sagten sie zwar alle vor Emphase bebend „Ja!“, doch dann, ganz leise nuschelnd, schoben sie ein linkisches „aber“ hinterher. Für später. Für: Wenn alles schiefgeht.

Es ist alles schiefgegangen, was schiefgehen konnte. Nun tragen die Pappenheimer ihr leises „Aber“ von damals plötzlich ganz laut vor sich her: „Niemand soll behaupten, wir hätten nicht gewarnt!“

Da sehen wir es: Sie haben allesamt mit gekreuzten Fingern zu uns gesprochen, ein Bein immer im Hintertürchen.

Manchmal kreuzen Politiker die Finger sogar doppelt, was sehr schmerzhaft sein muss. Aber was ein Arbeiterkampf-gestählter Sozialdemokrat ist, der steckt sowas weg: 2003 stellte uns die SPD voller Stolz ihre Hartz-Reform vor. Ab 2005 waren die Blassroten dagegen heftig bemüht, die Reform als Ausgeburt der Hölle zu geißeln, die mit ihnen eigentlich gar nichts zu tun hat. Und 2010? Nun auf einmal schieben sie sich wieder nach vorn und behaupten, ihre, die Hartz-Reform, habe das „Jobwunder“ erst möglich gemacht. Das kleine Hintertürchen ist zur schwungvollen Drehtür herangewachsen – durch welche die Sozialdemokraten schnell wieder verschwinden dürften, sobald sich die Arbeitslosenzahlen wieder verdüstern und „Hartz“ abermals zum Igitt-Wort wird.

Dann spätestens setzen sie sich wieder zur Talkshow zusammen und grübeln ganz zerknittert, warum die Deutschen ihrer Politik nicht stärker vertrauen als der jemenitischen Flughafenkontrolle. Wir sind ja auch manchmal ziemlich hart mit ihnen, obwohl die Politiker auf dem Weg zu mehr Ehrlichkeit doch auch Fortschritte machen. Früher hat man uns immer vorgelogen, dass die Tabaksteuer erhöht würde, damit wir weniger rauchen. Damit hat Schwarz-Gelb schlussgemacht. Mittlerweile räumen sie offen ein, dass sie das Geld benötigen für die Einhaltung ihrer „Sparziele“.

Was andererseits bedeutet: Sollten die Deutschen plötzlich auf ihre Ärzte hören, geriete die ganze Haushaltsplanung in Schieflage. Das hätte ungeahnte Folgen: Noch mehr Schulden verbauen nämlich der Jugend die Zukunft, sagen uns die Gelehrten. Und die Politik wiederholt es nur zu gern.

Wir ahnten ja gar nicht, wie wichtig die Qualmerei ist. Das sollte man auch mal der EU sagen, die einerseits immer mehr Geld will und andererseits mit immer schärferen Anti-Rauch-Verordnungen die Quelle des Segens gefährdet. Statt Anti-Raucher-Kampagnen zu starten, sollte man die jungen Leute rechtzeitig ans Nikotin gewöhnen, schon ihrer Zukunft wegen.

MEINUNGEN

__Hans-Ulrich Jörges__ schreibt im „Stern“ vom 28. Oktober eine __wuterfüllte Polemik__ gegen Familienministerin Kristina __Schröder__, weil sie das Thema __Deutschenfeindlichkeit__ angesprochen hat:

„Den Verstand verloren hat zu Teilen auch die Politik. Kristina Schröder etwa, die ‚Deutschenfeindlichkeit‘ muslimischer Schüler ‚Rassismus‘ nannte. Das törichte Mädchen ist nur deswegen im Amt, weil es der hessischen CDU angehört. Durch derlei Geschwätz wird auch noch dem Ansehen der Politiker geschadet – weil die Aufgestachelten genau beobachten, dass die nur reden, aber nichts tun. Gottlob hat Wulff dem guten Deutschland eine Stimme gegeben.“

Der Berliner __Rapper Harris__, Sohn eines schwarzen GIs und einer Deutschen, __kritisiert__ im „Spiegel“ vom 25. Oktober den __mangelnden Integrationswillen__ einiger Zuwandererkinder:

„Ich bin in Kreuzberg geboren und mit Arabern, Türken, Afrikanern, Polen, Jugoslawen auf der Straße groß geworden. Alles meine Freunde. Einige wurden kriminell. Wenn die aus dem Gefängnis kamen, haben sie auf die deutsche Polizei geschimpft ... Die Rechtfertigung lautete immer: Deutschland gibt uns keine Chance. Aber das stimmt nicht. Ich selber war auf einer Schule für Schwererziehbare. Da gibt es Förderkurse, da gibt es Extra-Förderkurse und Förderkurse für Förderkurse. Da kann keiner sagen, dass Deutschland nichts für diese Jugendlichen macht. Die wollen nicht! ... Diese kriminellen Alis versauen den Ruf aller gutintegrierten Araber und Türken.“

UNO-Wanzen

Die Stadt New York sei arg
verwanzt,
so heißt's jetzt in Berichten –
vielleicht fühlt mancher sich
geplanzt,
denn neu klingt das mitnichten:

Ein winzig kleines Mikro reicht,
Geheimes zu erfahren,
und anzubringen ist's oft leicht,
drum tut man es seit Jahren.

Auch Kameras sind installiert,
an möglichst vielen Stellen,
und was man sieht, wird registriert,
um Dunkles aufzuhellen.

Total wird jeder überwacht
zum Schutz vor Terrorknaben –
die erst man weltweit selber macht,
um nachher Grund zu haben.

Moment mal – denn was
kürzlich war
zu hören und zu lesen,
bezog sich leider
lapidar
auf ekle Krabbelwesen!

Nun streitet man, wer schuld
dran sei –
die Politik, die Leute,
vielleicht die viele
Reiserei,
die Wirtschaftslage heute?

Gibt's in New York zu viel an
Schmutz,
sogar im UNO-Kasten?
Ist's der Chemie, dem
Umweltschutz,
den Sekten anzulasten?

Doch wie auch immer man uns
narrt
mit Ausflucht oder Hetze,
es sorgen Wanzen jeder
Art
für neue Arbeitsplätze!

Pannonicus